

Demokratischer AUFBAU

ZEITSCHRIFT
FÜR STAATLICHE
UND KOMMUNALE
VERWALTUNG

6. JAHRGANG
SEPTEMBERHEFT
60 PFENNIG

9

1951

A

AUSGABE



Das neue Berlin

Künftiger Wohnblock
an der Weberwiese

Mit wissenschaftlichen Beiträgen der Deutschen Verwaltungsakademie »Walter Ulbricht«

Neuerscheinungen

Im Verlag „DIE WIRTSCHAFT“
sind erschienen:

Außenhandels- Nachrichten

Informationsblatt für den deutschen Außenhandel mit einem Überblick über alle wichtigen Märkte und laufende zuverlässige Informationen über Bezugs- und Absatzmöglichkeiten, Preise, Wirtschaftslage, Gesetze usw. derjenigen Länder in Ost und West, mit denen wir Handel treiben. Daneben wird an Hand authentischer Berichte der Stand des planwirtschaftlichen Aufbaues der Sowjetunion, der volksdemokratischen Länder und der Volksrepublik China besonders behandelt.

„Außenhandels-Nachrichten“ erscheinen wöchentlich zweimal.
Bezugspreis beträgt monatlich 18,- DM.

Der Außenhandel

Die Monatszeitschrift über Theorie und Praxis des Außenhandels der DDR mit allen Ländern der Welt. Daneben werden die wichtigsten Vorgänge im innerdeutschen Handel zur Besprechung gelangen.

Mit besonderer Sorgfalt wird die Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen eines neuen Typs innerhalb des Friedenslagers verfolgt werden. Außerdem kommt die Problematik des Außenhandels mit den kapitalistischen Staaten und dieser Staaten untereinander zur Darstellung. Internationale Statistiken über Preise und Warenbewegungen ergänzen den Textteil.

Die Zeitschrift „Der Außenhandel“ erscheint einmal monatlich.
Bezugspreis vierteljährlich 6,- DM.

Bestellungen bitten wir direkt an den
Verlag zu richten

VERLAG **DIE WIRTSCHAFT**
Berlin W 8, Französische Str. 53/55

IN DIESEM HEFT:

Dr. Karl Steinhoff: Durchführung der Volksbefragung — Eine Bewährungsprobe des Staatsapparates	241
Herbert Bonnie: Der Bonner Separatstaat — Handlanger der Imperialisten	243
Karl Pauligk: Die Aufgaben des Staatshaushaltsplanes 1952	246
Gemeindevertretung und Haushaltsplan	247
Anton Plenikowski: Maßnahmen zur Verbesserung der innerbetrieblichen Schulung	247
Schwerpunkt I: Eisenhüttenkombinat Ost	248
Aufruf an unsere Leser	250
Fredo Wegmarshaus: Die Schulung der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer	263
Noch einmal: „Warum doppelte Arbeit?“	263
Paul Hegner: Steckengebliebene Brigadenarbeit	264
Gesetze und Verordnungen	264

Schulung und Praxis:

Werner Kopatz: Die Schulung in der DNB Mecklenburg	266
Annemarie Zehn und Edith Keil: Nachgebühren der Post belasten die Verwaltung!	267
H. J. Leichtfuß: Gegen das Bürokratiendeutsch	267
Verbesserungsvorschläge	268
Unsere Volkskorrespondenten berichten	269
Die Antworten	271
Gutes Deutsch	272

Nur in Ausgabe A:

W. Krause: Projektierungsrichtlinien für den Wohnungsbau 1952	251
Die neuen Wohnungsbauplan der deutschen Hauptstadt	252
Neue Arbeitsmethoden bei der Wohnraumlückung	255
Die Gewerkschaftsarbeit in den Ministerien	256
Werden die Kraftfahrer vergessen?	257
P. Leonow: Die ständigen Kommissionen des Moskauer Sowjets	258
Freundschaftsverträge — nicht nur auf dem Papier	259
Ergebnis eines Erfahrungsaustausches	259
Die Pawlow-Klinik in Magdeburg	260
Poliklinik Luckenwalde holt auf	261
Horst Grünberg: Mit Schwung an die Verbesserung der Arbeit	262
Schweinemastverträge auch in der Großstadt	262

Nur in Ausgabe B:

Walter Krebaum: Sechs Jahre demokratische Bodenreform	251
Albert Lilia: Herbstarbeiten in der Wasserwirtschaft	252
Kartoffelkäfersuche ist Pflicht	252
Dr. Victor Frank: Die Stellung des Bürgermeisters im Erlassungsrecht	253
Sorgt für bessere Vorbereitung der Bauernberatungen	254
Bruno Brunelzki: Die Bedeutung der Grünlandbewerlung	255
Ein Jahr Aufbau im Oderbruch	256
Zur Durchführung von Gemeindevertreterwahlen	258
Verbesserungsvorschläge für die Viehhaltung	259
Wer ist für die Wasserversorgung auf dem Lande zuständig?	259
Die wirtschaftliche Entwicklung im polnischen Dorf	260
Noch ein Wort zur Friedhofsordnung	260
Helmut Boden: Erfahrungen einer Zentralbuchhaltung	261
Verordnungen rechtzeitig bekanntgeben	261
Berechnung der Untermiete	262

Tafelbild: Zeichnung F. Gerstmeier

Herausgeber: Verlag „Die Wirtschaft“ GmbH, Berlin W 8, Französische Str. 53/55 / Chefredakteur: W. G. Krupat / Redaktion: Berlin W 8, Französische Str. 53/55, Tel. 425376 / Telegramm-Adresse: Demoaufbau Berlin / Anzeigenannahme: Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin W 8, Französische Str. 53/55 und „Dewag“, Berlin C 2, Oberwallstr. 20 und ihre Bezirksfilialen / Druck: Sachsenverlag, Werk Leipzig III/18/211 / Preis des Einzelheftes 60 Pf., Postbezug einschl. Zustellgebühr vierteljährlich 1,90 DM.

Demokratischer AUFBAU

6. JAHRGANG ♦ SEPTEMBER 1951 ♦ HEFT 9

ZEITSCHRIFT FÜR STAATLICHE UND KOMMUNALE VERWALTUNG

DR. KARL STEINHOFF, Minister des Innern der DDR

DURCHFÜHRUNG DER VOLKSBEFRAGUNG — EINE BEWAHRUNGSPROBE DES STAATSAPPARATES

Große Ereignisse — wie sie zum Beispiel die Volkswahl 1950, die Volksbefragung oder die Durchführung der III. Weltfestspiele darstellten — sind nicht nur Marksteine auf dem Wege unseres Volkes zur Demokratie, zur Einheit unseres Vaterlandes und zur Sicherung des Friedens, sondern auch eine Bewährungsprobe unseres demokratischen Staatsapparates. Sie zeigen, bis zu welchem Grade es die Verwaltungen bereits verstanden haben, aus den Erfahrungen ihrer Arbeit zu lernen, bürgerlich-bürokratische Überreste zu beseitigen, die Verbindung mit der Bevölkerung enger zu gestalten und zum Ausdruck unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu werden. Was ist unter diesen Gesichtspunkten bei der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung im Hinblick auf die Verbesserung der Verwaltungsarbeit erreicht worden? Es kann ganz allgemein gesagt werden: Durch die öffentlichen Berichterstattungen der Verwaltungsorgane, durch das Eingehen auf die Kritik der Bevölkerung an der Arbeit der Verwaltungen festigte sich das Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung und Verwaltung. Durch die aktive Teilnahme einer großen Zahl von Verwaltungsangestellten an der ideologischen Aufklärungsarbeit im Rahmen der Friedenskomitees wurde das politische Bewußtsein der Mitarbeiter des Staatsapparates erhöht und die Verbundenheit der Angestellten der Verwaltung mit der Bevölkerung weiter gestärkt.

Die Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung bewies, daß der Staatsapparat beginnt, auf neue, fortschrittliche Weise zu arbeiten. Diese Tendenz konnte bereits nach der Durchführung der Konferenz von Forst Zinna, den sich anschließenden Landes- und Kreiskonferenzen sowie nach der Behandlung dieser Konferenz in der innerbetrieblichen Schulung festgestellt werden. In Sachsen-Anhalt zeigte sich beispielsweise die Verbesserung der Verwaltungsarbeit und die Festigung des Staatsapparates darin, daß in den Gemeinden, in denen bisher eine schlechte Verwaltungsarbeit geleistet wurde, vielfach eine grundlegende Änderung eintrat. So war die Gemeinde Beesenstedt (Saalkreis) noch vor einiger Zeit in der Verwaltungsarbeit eine der schlechtesten Gemeinden des Kreises. Der nach der Volkswahl 1950 berufene neue Bürgermeister und die neue Gemeindevertretung sorgten aber dafür, daß sich die Verwaltungsarbeit entscheidend verbesserte, so daß diese Gemeinde heute verwaltungsmäßig als eine der besten des Saalkreises angesehen werden kann. Diese gute Verwaltungsarbeit hat auch ohne Zweifel zu dem günstigen Abstimmungsergebnis dieser Gemeinde in der Volksbefragung beigetragen. 99 Prozent der Einwohner stimmten mit „Ja“. Ein ähnliches Bild bietet die Gemeinde Zötnitz, die bei der Volkswahl 1950 das schlechteste Wahlergebnis in der DDR aufwies. Die Verwaltung leistete in dieser Gemeinde eine gute Arbeit, wodurch das Vertrauen der Einwohner zu ihrer Verwaltung und zur Politik der Regierung gestärkt wurde. Die Einwohner dieser Gemeinde beteiligten sich diesmal nicht nur hun-

dertprozentig an der Abstimmung, sondern alle Wahlberechtigten gaben ihre Stimme für den Frieden und gegen die Remilitarisierung. Diese Tatsachen beweisen, daß überall dort, wo die Verwaltung ihre Arbeit unbürokratisch und zum Wohle der Bevölkerung in demokratischer Weise durchführte, auch die Volksbefragung zu einem großen Erfolg wurde.

In einer guten Verwaltungsarbeit, in einer genauen Durchführung der Gesetze und Verordnungen der Regierung kommt die Sorge um den Menschen zum Ausdruck. Die Art und Weise, wie die Mitarbeiter der Verwaltung auf die berechtigten Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung reagieren, ist entscheidend nicht nur für die Haltung, die die Bevölkerung zur örtlichen Verwaltung und darüber hinaus zur Politik der Regierung einnimmt. Die Beachtung dieses Punktes ist für die Herstellung eines wirklichen Vertrauensverhältnisses der Bevölkerung zu ihrer Verwaltung ausschlaggebend. Viele Mängel, die noch auf diesem Gebiete bestanden, wurden als Folge der bei der Vorbereitung der Volksbefragung durchgeführten Berichterstattung der Verwaltung ohne größere Schwierigkeiten abgestellt. Es konnte den berechtigten Wünschen der Bevölkerung entsprochen und damit ein weiterer Schritt zur Entwicklung einer volksnahen Verwaltung getan werden. Dafür folgende Beispiele: Vor dem einzigen HO-Geschäft in Pirna standen die Hausfrauen häufig drei bis vier Stunden, um Fisch zu erhalten. Die Beschwerden der Bevölkerung wurden berücksichtigt und einige weitere Läden zum Verkauf von Fischen herangezogen. In der Gemeinde Milkenrode wurde darüber geklagt, daß man zur Beschaffung von Wirtschaftsartikeln die Kreisstadt aufsuchen müsse. Darum veranlaßte der Landrat, daß in Zukunft HO und Konsum die in Betracht kommenden Dörfer der Reihe nach mit den am meisten benötigten Artikeln aufsuchen.

Schlechte, undemokratische Verwaltungsarbeit hat häufig eine ablehnende Einstellung der Bevölkerung den Verwaltungsorganen gegenüber zur Folge. In Kirchhain (Kreis Worbis) war eine Bauernversammlung mit dem ausdrücklichen Hinweis angekündigt, daß in der Versammlung Bezugscheine für Arbeitskleidung und Schuhe ausgegeben würden. Dieses Versprechen wurde jedoch von dem Referenten — einem Mitarbeiter der Kreisverwaltung — nicht eingehalten. Die Versammlungsteilnehmer waren darüber außerordentlich enttäuscht. Es kam zu erregten Diskussionen während und nach der Versammlung, und das Versprechen wurde als „Abstimmungspropaganda“ bezeichnet. In der Gemeinde Seefeld (Kreis Niederbarnim) setzte sich der Pächter eines 90 Hektar großen landwirtschaftlichen Besitzes nach West-Berlin ab. Ohne Wissen der Gemeindevertretung und der VdGB (BHG) übergab der Bürgermeister ein Pferd dieser Wirtschaft einem Bauern, der bereits zwei Pferde und außerdem einen Traktor besaß. Diese Maßnahme rief unter den Neubauern natürlich starke Verärgerung hervor.

Im Gegensatz hierzu konnte in der Gemeinde Holzdorf (Kreis Herzberg) auf Grund einer Beschwerde der Schulleiterin durch gemeinsame Arbeit von Verwaltung und Bevölkerung ein dritter Klassenraum eingerichtet werden. Außerdem wurde der FDJ ein ehemaliges Försterhaus übergeben und ein Kindergarten geschaffen. Es ist selbstverständlich, daß durch diese in gemeinsamer Arbeit erzielten Erfolge ein viel engeres Verhältnis zwischen Verwaltung und Bevölkerung entsteht. In der Gemeinde Kasso (Kreis Güstrow) erklärten die Bauern, nachdem sie auf Initiative der örtlichen Verwaltung mit elektrischem Licht versorgt worden waren, daß sie der Regierung hierfür dankbar sind und sich täglich bemühen wollen, unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung immer weiter zu stärken.

Darum sollte sich jeder Verwaltungsangestellte bewußt sein, daß von der Arbeit der örtlichen Verwaltung die Einstellung der Bevölkerung zur Politik der Regierung in hohem Maße abhängig ist. Die zur Vorbereitung der Volksbefragung durchgeführten Berichterstattungen der Verwaltungen und die öffentlichen Sprechstage zeigten sich als die beste Gelegenheit zur Kritik an einer schlechten Verwaltungsarbeit durch die Bevölkerung. Es muß von allen Mitarbeitern der Verwaltung gefordert werden, daß sie die Kritik, die Hinweise und Vorschläge der Bevölkerung sorgfältig beachten und aufgezeigte Mängel schnellstens beseitigen. Allgemein muß festgestellt werden, daß die Verwaltung vielfach noch zu langsam und zu schwerfällig auf die Kritik der Bevölkerung reagiert. Ausgehend von den Erfahrungen, die die Berichterstattungen anlässlich der Vorbereitung der Volksbefragung erbrachten, und gemäß der Anleitung durch die staatspolitische Konferenz von Forst Zinna, wurde nach der Volksbefragung das System der Berichterstattungsversammlungen und der Sprechstage der Verwaltungen weiter verbessert. Im Lande Mecklenburg hat das Ministerium des Innern in einem besonderen Plan die Durchführung von Sprechtagen der Verwaltungen des Landes geregelt. Dieser Plan sieht vor, daß jedes Ministerium monatlich in zwei Gemeinden Sprechstage abhält, die von einem verantwortlichen Vertreter des Ministeriums geleitet werden. Dabei wird so verfahren, daß der verantwortliche Mitarbeiter — zumindest ein Abteilungsleiter — einige Zeit vorher in der Gemeinde anwesend ist und sich vor Beginn der Sprechstunde mit den örtlichen Verhältnissen vertraut macht. Zu gleicher Arbeitsweise wurden auch die Kreisverwaltungen angeleitet. Für die Durchführung dieser Sprechstunden wurden zunächst Gemeinden ausgewählt, in denen eine überdurchschnittliche Anzahl von Nein-Stimmen während der Volksbefragung abgegeben wurde. Die Erfahrung lehrt nämlich, daß diese Stimmen in den meisten Fällen ihre Ursachen in noch vorhandenen Fehlern und Schwächen der Verwaltungsarbeit hatten. Einen guten Weg hat auch der Rat des Landkreises Meißen beschritten (vgl. Reisebericht „Demokratischer Aufbau“, Heft 8 B/1951, S. 228). Die Teilnahme der Bevölkerung an diesen Rechenschaftsberichten ist stark. An einem Sprechtag in der Gemeinde Planitz (Kreis Meißen) nahmen von den 800 Einwohnern 160 teil, von denen 70 zu Worte kamen. Keiner der Anwesenden verließ die Rechenschaftsversammlung vorzeitig.

Während der Berichterstattungsversammlungen zur Vorbereitung der Volksbefragung wurde von der bäuerlichen Bevölkerung Mecklenburgs und Thüringens Klage über die schlechte kulturelle Betreuung geführt. Auch hier konnten wesentliche Verbesserungen erzielt werden. So wurden nach der Volksbefragung in Mecklenburg 39 und im Landkreise Gera (Thüringen) 3 Bibliotheken in ländlichen Gemeinden neu errichtet. Zahlreiche andere Dorfbüchereien wurden durch wertvolles fortschrittliches Schrifttum erweitert. Mit großem Erfolg wurde in Mecklenburg vor der Landbevölkerung das Theaterstück „Das Holunderwäldchen“ von A. Kornejtschuk durch das Staatstheater Schwerin zur Aufführung gebracht. In Arnstadt (Thüringen) gab die Bevölkerung die Anregung zu regelmäßigen Konzerten im Stadtpark. Sie werden jetzt durchgeführt, und Tausende von Einwohnern nehmen an diesen kostenlosen Veranstaltungen teil. Diese enge Zusammenarbeit zwischen den Staatsbürgern und unserer

Verwaltung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens ist ein besonderer Ausdruck des Neuen in unserer demokratischen Ordnung.

Die Verbesserung der Verwaltungsarbeit geht selbstverständlich in den Ländern, Kreisen und Gemeinden ungleichmäßig voran. Täglich mehrten sich die Beispiele einer guten Verwaltungsarbeit, aber daneben gibt es noch viele von schlechter und formaler Arbeit. So berichtet der „Demokratische Aufbau“ (Heft 7/1951, S. 178) aus der Gemeinde Streufdorf (Kreis Hildburghausen), daß die für den Kreis zuständige Bauunion an einer modernen Schule, die vor der Vollendung steht, trotz vorhandener Investitionsmittel nicht mehr weiterbaut. „Die Lehrerwohnungen, die Kellerräume mit Küche für die Schulspeisung und der Pionierraum blieben einfach im Rohbau liegen“, heißt es in der Zeitschrift. Auf eine Anfrage, was auf diese Kritik hin getan wurde, antwortete das Innenministerium des Landes Thüringen: „Das Investitionsvorhaben steht kurz vor der Vollendung.“ Das ist eine formale Antwort, denn die Schule stand ja „kurz vor der Vollendung“ und es wurde eben kritisiert, daß zur tatsächlichen Vollendung nicht genügend getan wurde. Zu der im gleichen Beitrag kritisierten Angelegenheit des Neubauern Fiedler, dessen Gehöft 24 000 DM kostete, weil der Bauunternehmer die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer mit berechnet hatte und was der Kreisbaukommission des Kreises Stadroda bereits im Oktober 1950 bekannt war, wird geantwortet: „Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.“ Das sind typische Beweise dafür, daß die verantwortlichen Stellen kritische Hinweise in der demokratischen Presse nicht in der gebotenen Form zum Anlaß nehmen, aufgezeigte Mängel schnell zu untersuchen und zu beseitigen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der Staatsapparat seine Aufgaben bei der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung besser gelöst hat als anlässlich der Volkswahl im Oktober 1950, obwohl erheblich weniger Vorbereitungszeit zur Verfügung stand. Darin kommt die Verbesserung der Arbeitsweise in der staatlichen Verwaltung zum Ausdruck. Zweifellos zeigen sich hier die Auswirkungen der Konferenz von Staatsfunktionären in Forst Zinna. Es ist somit erwiesen, daß der Staatsapparat in der Lage ist, durch Anwendung neuer, fortschrittlicher Arbeitsmethoden kurzfristig große politische Aktionen durchzuführen. Im Vordergrund der gesamten Arbeit stand die Aufgabe, das demokratische Staatsbewußtsein der Mitarbeiter zu heben. Die Vorbereitung der Volksbefragung hat gezeigt, daß hier ein Fortschritt erzielt worden ist, was in der starken Beteiligung der Verwaltungsangestellten an der Aufklärungsarbeit zum Ausdruck kam. Es wurde weiter bewiesen, welche große Bedeutung gut durchgeführte öffentliche Berichterstattungen, Bauernberatungen und öffentliche Sprechstunden haben. Sie sind ein hervorragendes Mittel zur Herstellung eines wahren Vertrauensverhältnisses zwischen Verwaltung und Bevölkerung. Zur weiteren Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates ist nun die Durchführung folgender Maßnahmen notwendig:

1. Die öffentlichen Berichterstattungen einschließlich der Bauernberatungen sind nicht mehr nur kampagnemäßig, sondern regelmäßig und planmäßig vor allem in den kleinen Gemeinden durchzuführen. Sie sind sorgfältig vorzubereiten, damit sie zu einem guten Erfolg führen.
2. Die starke Anteilnahme der Bevölkerung, insbesondere der Haus- und Vertrauensleute an den Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung und der III. Weltfestspiele hat ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an den Aufgaben der Verwaltungen bewiesen. Es ist jetzt eine planmäßige Schulung der ehrenamtlichen Mitarbeiter erforderlich.
3. Der innerbetrieblichen Schulung als einem Mittel zur Hebung des demokratischen Staatsbewußtseins der Verwaltungsangestellten ist eine noch größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.
4. Die Verwaltung muß dafür die Gewähr geben, daß die ihr von den gesellschaftlichen Organisationen, den Aufklärern der Nationalen Front des demokratischen Deutschland oder der Presse übermittelten Beschwerden aus der Bevölkerung ordnungsgemäß und schnell überprüft und geklärt werden.

Der Bonner Separatstaat - Handlanger der Imperialisten

Zur Herausgabe eines Weißbuches durch den Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

„Das Bonner Remilitarisierungskabinett betreibt eine Innenpolitik, deren Hauptzweck es ist, die westdeutsche Bevölkerung kriegsreif zu machen. Der Bonner Staat greift zu diesem Zwecke auf die Mittel und Methoden der nazistischen Regierungspolitik zurück und auch auf die darin erfahrenen personellen Kräfte, die ihre nazistische Praxis bereitwillig in den Dienst des Bonner Staates stellen. Das Verbot der Freien Deutschen Jugend, das Verbot der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag mit Deutschland sind charakteristische Beispiele für die auf den Krieg zusteuernde Politik der Bonner Separatregierung — made in USA.“
(Nationalpreisträger Dr. Correns auf der Pressekonferenz des Präsidiums des Nationalrats)

Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, vorläufig die einzige und höchste Instanz des gesamten deutschen Volkes, hat ein Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus veröffentlicht. Auf 214 Druckseiten werden in sechs Hauptabschnitten der Prozeß der Spaltung Deutschlands, die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus, das Wirtschaftspotential und die Kriegswirtschaft Westdeutschlands, die Tätigkeit des Bonner Westzonenstaates — made in USA, der Truppenübungsplatz Westdeutschland als Aufmarschgebiet für den amerikanischen Krieg und schließlich der Kampf des deutschen Volkes um seine nationale Einheit, für den Frieden und gegen den Krieg mit größter Ausführlichkeit behandelt. Die im September 1949 gebildete sogenannte Bundesregierung, von einer durch und durch reaktionären Mehrheit des Bonner Bundestages geschaffen und als ausgesprochene Vertretung des westdeutschen Monopolkapitals amtierend, hat sich von Anfang an bemüht, die Direktiven der amerikanischen Politik peinlich genau einzuhalten. Adenauer selbst, der sich mit seiner eigenen Stimme zum sogenannten Bundeskanzler wählte und der der konsequenteste Vertreter und Verfechter der amerikanischen Politik ist, unterschrieb eigenmächtig das Petersberg-Abkommen und machte sich zum Wortführer einer beschleunigten Remilitarisierung Westdeutschlands. Sein Bestreben war es, nicht nur im Bonner Separatstaat mit totalitären Methoden zu regieren, sondern auch die Regierungen und Verwaltungen der Länder möglichst lückenlos gleichzuschalten. Im Interesse der amerikanischen Politik lag es, den Ländern immer mehr ihre bisherigen Kompetenzen zu entziehen und ihre Regierungen schließlich nur noch als untergeordnete Verwaltungsinstanzen zu betrachten. Mit Hilfe reaktionärer Wahlgesetze wurde darum versucht, in den Länderparlamenten die gleichen reaktionären Mehrheitsverhältnisse zu schaffen wie in Bonn, wodurch überall die Voraussetzungen für die Ausschaltung neben der KPD auch der SPD aus den Landesregierungen geschaffen werden sollte. In den Ländern Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hatte dieses Bestreben bereits Erfolg.

Darüber hinaus mußte auch mit dem Grundsatz der Selbstverwaltung auf der unteren Verwaltungsebene gebrochen werden, um auch hier den Interessen und Direktiven der amerikanischen Politik Adenauers freie Bahn zu schaffen. In der Absicht, schließlich den Widerstand gegen die antinationale Politik von Bonn zu brechen, wurden Justiz- und Polizeigesetze entwickelt, die sich auf alte faschistische Grundsätze stützen, wurden Sonderinstitutionen ähnlich der früheren Geheimen Staatspolizei (Gestapo) ins Leben gerufen. Der Kabinettsbeschuß vom 19. September 1950

sollte durch die Entfernung aller fortschrittlichen Kräfte aus den öffentlichen Diensten eine allgemeine Einschüchterung aller jener Kräfte erreichen, die sich für den Frieden und die Einheit Deutschlands einsetzen. Das Weißbuch sagt darüber folgendes:

„Die westdeutsche Bevölkerung kriegsreif zu machen, das haben die deutschen McCloy-disten von Adenauer bis Schumacher als vordringlichste Aufgabe auf sich genommen. Der Widerwille gegen den Krieg bei der übergroßen Mehrheit der Deutschen in den Westzonen ist groß, und die Eile ihrer amerikanisch-britischen Einpeitscher, zu dem von ihnen angestrebten Krieg zu kommen, ist noch größer. Dieser Widerspruch bestimmt den reaktionären Charakter des westdeutschen Separatstaates. Mit den Mitteln des Volksbetruges und der politischen Unterdrückung strebt er die ‚Gleichschaltung‘ der Geister, die ‚innere Reife‘ der westdeutschen Bevölkerung für den amerikanischen Krieg an. Der Westzonenstaat greift zu diesem Zweck auf die Mittel und Methoden der nazistischen Regierungspolitik zurück und zum Teil auch auf die darin erfahrenen personellen Kräfte, die ihre nazistische Praxis freudig in den Dienst des Bonner Staates stellen. Charakteristisch für diesen Vorgang war das Ausscheiden des Bonner Innenministers Heinemann, der die Remilitarisierung Westdeutschlands ablehnte, und die Berufung des Dr. Lehr zum Innenminister der Bonner Regierung, der seine nazistische ‚Erfahrung‘ als ‚demokratischer‘ Polizeiminister mit neuem Schneid für die Wiederaufrüstung zur Verfügung stellt. Remilitarisierung und Refaschisierung bedingen sich gegenseitig. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Innenpolitik der Bonner Regierung zu sehen.“

Wieweit die Refaschisierung des westdeutschen Bundes-Staatsapparates gediehen ist, erhellt die Tatsache, daß das Gesetz zu Artikel 131 GG (Grundgesetz) zur Regelung der Rechtsverhältnisse der sogenannten verdrängten Beamten und ehemaligen Wehrmachtsbeamten vom Bundestag beschlossen wurde. Es erstreckt sich auf alle, die am 8. Mai 1945 bei einer Dienststelle des früheren Deutschen Reichs, eines Landes, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes beschäftigt waren und „die aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen gezwungen waren, ihren Dienst aufzugeben.“ Dieser gesetzlichen Maßnahme ging der bereits erwähnte Beschuß der Bonner Separatregierung voran, alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten, die in kommunistischen oder anderen fortschrittlichen Organisationen mitwirkten und sie unterstützen, sofort aus ihren Stellungen zu entfernen. Dieser Beschuß blieb jedoch infolge des geschlossenen Widerstandes aller fortschrittlichen Beschäftigten des westdeutschen Staatsapparates — auch der sozialdemokratischen und parteilosen — wirkungslos. Trotzdem war er ein Mittel des wirtschaftlichen Druckes und des

Ministerpräsident Grotewohl beantwortet Fragen der Weltpresse auf der außerordentlichen Pressekonferenz des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 11. August 1951

Aufn. Illus



politischen Terrors und bezweckte die Freimachung von Arbeitsplätzen für Helfershelfer bei der Durchführung einer verschärften Kolonialpolitik der Bundesregierung und ihrer imperialistischen Auftraggeber. Man war der begründeten Meinung, daß die gleichen Kräfte der nazistischen Staatsmaschinerie, die Hitler bei seinen abenteuerlichen Spekulationen willfährige Werkzeuge waren, auch heute wieder den ebenso abenteuerlichen Plänen Adenauers und seines Kriegsministers Lehr gefügig sind. Die Kräfte, die nach 1945 in die Westzonen-Verwaltung kamen, werden heute bereits als „Außenseiter“ bezeichnet. Während ursprünglich nur von einer „Wiederherstellung der Rechte“ die Rede war und aus diesem Grunde vor allem die Interessen der sogenannten „Flüchtlingsbeamten“ vorgeschoben wurden, traten später die Absichten der neofaschistischen Kreise des westdeutschen Staatsapparates immer mehr hervor. So schrieb im Februar d. J. die „Beamtenwarte“:

„Wir werden, um das Berufsbeamtentum zu wahren, die parlamentarischen Instanzen auffordern, alle Einstellungen und Beförderungen in Beamtenstellen seit 1945 daraufhin nachzuprüfen, ob dabei die Grundrechte des Beamtenrechts und die Laufbahnrichtlinien befolgt sind.“

Warum diese geforderte Nachprüfung nicht auch auf die Zeit des Dritten Reiches ausgedehnt wird, ist eindeutig klar. Tatsache ist nämlich, daß während dieser Zeit eine nicht unerhebliche Anzahl sogenannter „Alter Kämpfer“ in die damaligen Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden eingestellt wurden, bei denen meistens nur die eine Qualifikation zum „Beamten“ vorlag, daß sie sich vor 1933 in Saalschlachten als erstklassig erwiesen hatten. Solche „Beamte“ wurden dann wegen ihrer „Verdienste“ meist noch besonders bevorzugt und befördert. Daß es sich um eine erhebliche Anzahl gehandelt hat, beweist die Äußerung des ehemaligen Oberbürgermeisters einer süddeutschen Großstadt im Dezember 1937, wonach bis zu diesem Zeitpunkt bereits 800 derartiger „Alter Kämpfer“ in seiner Stadtverwaltung beschäftigt waren.

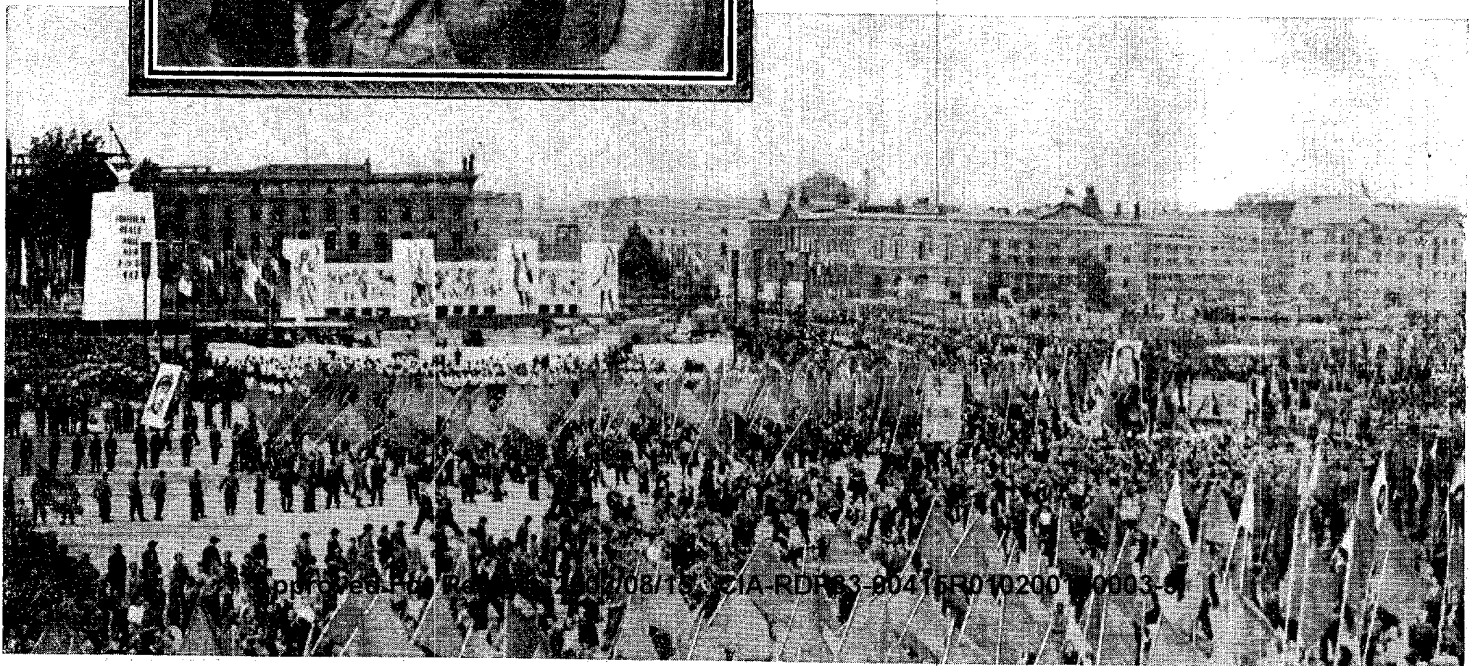
Es kann ohne Übertreibung festgestellt werden, daß ein erheblicher Teil dieser Beamten — nach „erfolgreicher“ Entnazifizierung — in der Maske des Biedermanns bereits in den bundesstaatlichen Verwaltungsorganen beschäftigt ist und darauf wartet, wiederum einträgliche Pfründen im „Protektorat“ oder im „Generalgouvernement“ zu erhalten. Wie sie arbeiten, beweist schlaglichtartig unter vielen anderen ein Beispiel aus Celle. Die Bewohner eines Straßenzuges beschwerten sich beim Oberstadtdirektor über die schmetternde Musik des Badenweiler Marsches und das Gröhlen aus „deutschen Männerkehlen“. Dieser erteilt dem Polizeichef den strikten Auftrag, ihm sofort ausführlichen Bericht über den ruhestörenden Lärm und die Provokationen der „Sänger aus Hitler-Walde“ zu erstatten. Der Polizeichef prüfte daraufhin Gesetze, studierte Verordnungen, wälzte Akten und fand den Stein der Weisen. Da besagte nämlich eine Verfügung des Reichsministers Dr. Frick aus dem Jahre 1936: „Auf ausdrücklichen Befehl des Führers darf ab sofort der Badenweiler Marsch nur noch in Anwesenheit des Führers gespielt werden. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft.“ Der „GROFAZ“ ist nicht mehr. Er kann demzufolge nicht anwesend sein, und ohne seine Anwesenheit darf der Marsch nicht gespielt werden. Infolgedessen kann auf Grund des § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes aus dem Jahre 1931 in Verbindung mit der Verfügung des Reichsministers Dr. Frick das Spielen des Badenweiler Marsches verboten werden. So geschehen im Jahre 1951.

Inwieweit nun das Bonner Remilitarisierungskabinett bereits gegen den Frieden in Aktion ist, darüber gibt das Weißbuch folgendermaßen Aufschluß:

„Der Daseinszweck des westdeutschen Separatstaates ist die Vorbereitung des Krieges. Die vielfältige und emsige Tätigkeit des Bonner Remilitarisierungskabinetts hat als einzigen bewegenden Gedanken: Vorbereitung des Krieges. Sein Gesamtun läßt sich mit dem abgewandelten Ausspruch einer einstigen Koryphäe des Nazismus charakterisieren: Wenn ich das Wort Frieden höre, entsichere ich den Revolver.“

Nicht Terror und Blutvergießen - sondern Frieden und Freundschaft mit allen Völkern

Während die amerikanische und westdeutsche Soldateska junge Menschen, die die Kriegshetze verabscheuen, verfolgte, niederschlug und einkerkerte, vereinte sich die fortschrittliche Jugend aller Völker in der deutschen Hauptstadt zur gewaltigsten Friedenskundgebung der Welt.



Den Nachweis für die Feststellung, daß das Gesamtun der Bonner Regierung der Vorbereitung des Krieges dient, erbringt sie aus ihren gesetzgeberischen Maßnahmen selbst. Am 24. April 1951 faßte das Bonner Kabinett den Beschluß, die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 zu verbieten. Das Verbot wurde auf Grund des Artikels 9, Absatz 2, des Bonner Grundgesetzes mit der Begründung ausgesprochen, daß die Durchführung der Volksbefragung einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes darstellt. Der tatsächliche Grund ist jedoch die breite Entfaltung der Volksbewegung gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland, die alle Schichten der Bevölkerung erfaßt hat. In dieser Tatsache sieht Adenauer ein Hindernis für sein volksfeindliches Treiben, das nur bezweckt, die Bevölkerung und vor allem die Jugend vor den Kriegskarren der deutschen und amerikanischen Imperialisten zu spannen. Wer also gegen die Remilitarisierung und für den Friedensvertrag eintritt, lehnt sich gegen die „verfassungsmäßige Ordnung“ auf. Damit ist die Begründung des Verbots durchaus logisch und bestätigt die Feststellung im Weißbuch über den Daseinszweck des westdeutschen Separatstaates. Aber, daß der Krieg ein Mittel der Völkerverständigung sei, der Kampf der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung infolgedessen gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstoße, das ist die „Logik“ der vom Kriegswahn Besessenen, die im Krieg einen Ausweg aus ihrer Sackgasse suchen. Der Artikel 9, Absatz 2, des Grundgesetzes hat nämlich folgende Fassung: „Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.“

Auch mit dem „Blitzgesetz“, dem Zuchthausgesetz vom 9. Juli 1951, und dem Verbot der Freien Deutschen Jugend wegen ihres Friedenskampfes wird der Rest der wenigen in der sogenannten Bonner Verfassung niedergelegten Grundrechte beseitigt und die juristische Untermauerung für Adenauers Kriegspolitik geschaffen. Das neue deutsche Massenheer für den amerikanischen Krieg braucht Rekruten. Die Aufstellung der Kader ist in vollem Gange und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht steht bevor. Der amerikanische Hochkommissar McCloy verlangt kategorisch die beschleunigte Wiederaufrüstung. „Wie es heißt, legen die Amerikaner Wert auf gut ausgebildete, gesunde, junge Rekruten zwischen 18 und 24 Jahren sowie auf Spezialkräfte im Alter bis zu 35 Jahren“, schreibt die „Kasseler Zeitung“ am 25. Januar 1951. Und nach der Londoner „Daily Mail“ vom 19. Mai 1951 erklärte einer von Hitlers Panzerexperten, General Freiherr von Manteuffel, dem englischen Korrespondenten Clifford: „Letzten Endes haben Sie uns nötig. Wir können die Leute für 30 Panzerdivisionen stellen, wahrscheinlich aber noch mehr. Die Jahrgänge, die jetzt in das militärtaugliche Alter kommen, sind besonders stark — die ersten Resultate von Hitlers Bemühungen um die kinderreichen Familien.“ Es geht also um die jungen Menschen, die in

der FDJ organisiert sind, und um alle Jugendlichen, deren vom Krieg unbeschwerte Zukunft im Mittelpunkt des Kampfes der FDJ steht. Junge Kämpfer für den Frieden sind untauglich für den amerikanischen Krieg, darum verbieten dessen Knechte von Ministerrang die FDJ.

Unter Einsatz aller verfügbaren Polizeitruppen hat der Bonner Polizeiminister Dr. Lehr am 8. Juli 1951 ein neues Verbrechen gegen das deutsche Volk und gegen die deutsche Einheit begangen, indem er 6000 Arbeiterkinder aus Westdeutschland widerrechtlich an der Fahrt in die Erholungsstätten der Deutschen Demokratischen Republik hinderte. Alle Kinder und Begleitpersonen hatten ordnungsmäßig ausgestellte Aufenthaltsbescheinigungen, die notwendigen Ausweispapiere und Interzonenpässe. Die Reisebegleiter wurden zum größten Teil verhaftet. Gegen diese Kinderferientransporte, bei denen es sich nachweisbar um minderjährige Kinder westdeutscher Erwerbsloser und Arbeiter aus den Industriestädten handelte, wurde — wie es im westdeutschen „Kriegsbericht“ heißt — die „bisher größte Polizeiaktion nach dem Kriege“ durchgeführt. Die Zonengrenze war tiefgestaffelt mit den „Lehr-Truppen“ besetzt, die mit Spürhunden und Panzerwagen die ganze Demarkationslinie entlang patrouillierten, um die Transporte abzufangen. Allein in Niedersachsen waren 3000 Polizeibeamte, darunter vier neue Bereitschaftstruppen, zusammengezogen worden. In den Gegenden von Hannover, Braunschweig, Lübeck und Hamburg stürmten die Lehrschen Truppen dann die Reiseautobusse und Dampfer der Kinder, warfen diese in bereitstehende Einsatzwagen, führten lange Verhöre mit ihnen durch, um sie nach mehrmaligem Umladen wieder in ihre Heimatorte zurückzutransportieren. In den Steinwüsten der westdeutschen Großstädte, vor allem in den Städten des dichtbesiedelten Ruhrgebietes, dessen Wohnviertel zum großen Teil von anglo-amerikanischen Bombern zertrümmert wurden, wimmelt es von Kindern, für die es keine Erholung gibt. Auf lichtlosen Höfen und staubigen Straßen spielen sie, geraten in den ausgedehnten Ruinen oft genug in verbrecherische Gesellschaft oder umvölkern die lockenden Zeitungskioske mit den verderblichen bunten Titeln, die Kriminal- und Gangsterromane ankündigen oder reine Pornographie. Niemand bekümmert sich um sie. Der Bundeshaushalt hat zwar Geld für immer höhere Besatzungskosten, für Rüstungskredite und für Generalspensionen, aber nicht für Kinder. So meldete die „Frankfurter Neue Presse“: „Der Haushaltsplan des Bundestages sieht zur Unterstützung der Ferienaktion für die Jugendlichen 30 000 DM vor.“ Das sind also bei mindestens 900 000 unterstützungsbedürftigen Jugendlichen drei Pfennig pro Kopf. Am gleichen Tage erschien in der „Braunschweiger Zeitung“ eine Meldung: „Durch das Abfangen der Kindertransporte in die Deutsche Demokratische Republik sind dem Lande Niedersachsen bisher 175 000 DM Unkosten entstanden.“ Bei etwa 10 000 abgefangenen Kindern beläuft sich die Rechnung auf 17,50 DM pro Kopf. Für die Kinder gibt die Adenauer-Clique also lumpige 30 000 DM aus. Ein einziges Land



aber kostet der von ihr organisierte Terror binnen wenigen Tagen beinahe das Sechsfache. Dafür hätten 18 000 Kinder einen kostenlosen achttägigen Ferienaufenthalt haben können. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat für die gleiche Ferienaktion, um nämlich erholungsbedürftigen Kindern aus Ost und West eine zwei- bis dreiwöchige Erholung im Gebirge oder an der See zu verschaffen, 40 Millionen DM nicht nur vorgesehen, sondern auch bereitgestellt.

Mit den Schüssen, die die Lehr-Truppen nun auch mit den amerikanischen Interventionstruppen auf deutsche Jugendliche an der Demarkationslinie und bis in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik abgegeben haben, ist das Remilitarisierungskabinett Adenauer offen vom geistigen Terror zum Terror mit der Waffe übergegangen. Die drei ermordeten Jugendlichen gehören zum ersten Akt einer Entwicklung, in deren Verlauf man bereit ist, in Kürze auf wehrlose Demonstranten zu schießen. Die Tatsache, daß man auf Jugendliche, die zu den internationalen friedlichen Festspielen nach Berlin wollten, Treibjagd veranstaltete, benutzte der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht auf der Pressekonferenz anlässlich der Veröffentlichung des Weißbuches, um zu erklären, daß das einzige, was das Terrorkabinett Adenauer damit erreicht, die Stärkung des Willens unseres gesamten Volkes ist, mit diesen Banditen in Westdeutschland aufzuräumen. Die deutsche Jugend will nicht die Wieder-

errichtung der deutschen Wehrmacht, die nur für die Rüstungsmillionäre der Vereinigten Staaten und Englands da sein soll. Alle fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt fühlen sich mit der deutschen Jugend und den fortschrittlichen Kräften in ganz Deutschland auf das engste verbunden. Das beweisen die glänzenden III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden, die eine eindeutige Absage an die aggressiven amerikanischen Imperialisten und ihre westdeutschen Handlanger waren. Hier hat die Jugend der Welt bewiesen, daß sie ein Teil des großen Friedenslagers ist, dessen Kräfte stärker sind als die Kräfte des Krieges. Die deutsche Jugend hat durch die großen Leistungen beim Neuaufbau der Deutschen Demokratischen Republik, bei der Vorbereitung und Durchführung der Weltfestspiele weiter bewiesen, was sie dort leisten kann, wo die imperialistischen Kräfte geschlagen sind und das Volk bestimmt, wo der Staatsapparat nicht mehr das Werkzeug der Monopolherren, sondern für das Volk da ist. Hitler und seine faschistischen Generale haben im Auftrage der deutschen Monopolherren im zweiten Weltkrieg des deutschen Volkes höchstes Gut, die Jugend, für ihre verbrecherischen Welteroberungspläne sinnlos geopfert. Heute ist sich die Jugend ihrer Verantwortung bewußt, und alle ihre Anstrengungen gelten der Erhaltung des Friedens, der Rettung unseres deutschen Vaterlandes.

Herbert Bonnie

Die Aufgaben des Staatshaushaltsplanes 1952

Karl Pauligk, Ministerium der Finanzen der DDR

Der Staatshaushaltsplan für das Jahr 1952 hat die Aufgabe, der Politik des Friedens und der Einheit Deutschlands zu dienen und die Durchführung der im Volkswirtschaftsplan 1952 gestellten Aufgaben sicherzustellen. Es gilt in erster Linie, die Rentabilität der volkseigenen Wirtschaft zu verbessern. Zur Beseitigung von Unzulänglichkeiten im Ablauf des Produktions- und Umschlagsprozesses werden die Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung, die auf der 6. Tagung des ZK der SED im Mittelpunkt standen und die in kürzester Zeit die Wirtschaftsführung und -planung in den volkseigenen Betrieben beherrschen müssen, wesentlich beitragen. Die höhere Ertragsfähigkeit der Wirtschaft soll die Voraussetzungen schaffen zur Vergrößerung der materiellen Staatsreserven, der Haushaltsreserven und -überschüsse und damit zur weiteren Festigung der Währung. Die Liquidierung der bestehenden Staatsschulden muß fortgesetzt werden; die Tilgung der Wiederaufbauanleihen der Länder, die Entschuldung der Kreise und Gemeinden und die planmäßige Rückzahlung der aufgewerteten Uraltguthaben usw. sind Inhalt des Tilgungsplanes, der in den Haushaltsplan aufgenommen wird.

Im Jahre 1952 werden die Lohnsumme und die Einnahmen der Bevölkerung weiter ansteigen, und die Menge der für den Verbrauch der Bevölkerung bestimmten Waren wird wachsen. In Verbindung damit sind der Einkauf der freien landwirtschaftlichen Produkte sowie der Außenhandel stärker zu entwickeln und die Mittel zur Senkung der Preise im Staatshaushalt bereitzustellen. Ferner müssen entsprechend den Kontrollziffern im Volkswirtschaftsplan für die kulturellen Aufgaben, für das Gesundheits- und Sozialwesen in den Haushalten der Gemeinden, der Kreise, der Länder und der Republik die erforderlichen Beträge genau errechnet und zugleich die Verwaltungskosten weiter gesenkt werden.

In seiner Sitzung vom 2. August 1951 hat der Ministerrat die Kontrollziffern für den Volkswirtschaftsplan bestätigt. Für die Aufstellung des Haushaltsplanes handelt es sich um zwei Arten von Kontrollziffern:

1. die Geldkontrollziffern des Ministeriums der Finanzen, die den Gebietskörperschaften den voraussichtlichen Umfang der Einnahmen und Ausgaben für die einzelnen Aufgabenbereiche vermitteln,
2. die Mengenkontrollziffern der Staatlichen Plankommission, wie sie für die verschiedenen Teile des Volkswirtschaftsplanes aufgestellt werden.

Soweit Mengenkontrollziffern für den Volkswirtschaftsplan gegeben sind, bilden sie die Grundlage für die Aufstellung der Haushaltspläne. Die sich aus diesen Kontrollziffern ergebenden Einnahmen und Ausgaben müssen in den Rahmen des Gesamtvolumens des Staatshaushaltsplanes eingestellt werden. Auf der Ausgabenseite kann für Zwecke, die nicht im Volkswirtschaftsplan vorgesehen sind, nur soviel Geld eingesetzt werden, als das Volumen der Geldkontrollziffern es zuläßt.

Eine weitere Voraussetzung für die Planung ist die „Direktive für die Aufstellung des Staatshaushaltsplanes 1952“, die am 3. und 4. August zum Versand kam, also bereits in den Händen aller Haushaltsstellen ist. Diese Haushaltsrichtlinien waren Gegenstand der Beratungen auf der Dritten Haushaltskonferenz am 25. Juni 1951, an denen sowohl die Haushaltsbearbeiter der Kreise als auch die Landräte und Oberbürgermeister teilgenommen haben. Diese Direktive ist also keine Schreibsticharbeit; an ihr haben die Praktiker aus den Fachministerien, aus den Kreisen und Ländern mitgewirkt.

Erstmals in diesem Jahre wird für die Aufstellung der Haushalte ein Normenkatalog für Ausgaben erscheinen und sicherstellen, daß besonders auf dem Gebiete der Volksbildungsarbeit und des Gesundheitswesens für gleichgeartete Einrichtungen und für Orte gleicher Größe und Bedeutung auch die gleichen Ausgabensätze in Anwendung kommen. Der Normenkatalog soll dazu beitragen, daß wir in der staatlichen Verwaltung ebenso wie in den Betrieben lernen, mit dem geringsten Aufwand an Kraft, Zeit, Material und Geld den größtmöglichen Erfolg zu erreichen. Der Normenkatalog des Jahres 1952 ist ein bescheidener Anfang. Er soll dazu anregen, a) weitere allgemeinverbindliche Normen für die Haushaltsplanung auf anderen Gebieten zu schaffen, b) einen Wettbewerb um die Senkung der Normen für Verwaltungskosten und einen Wettbewerb um die wirtschaftlichste Ausnutzung der Normen auf dem Gebiete der Kultur und des Sozial- und Gesundheitswesens zwischen den einzelnen Instituten und Gebietskörperschaften zu entfalten.

Besonders in den Gemeinden und Kreisen dienen die Haushaltsausgaben fast durchweg unmittelbar der werktätigen Bevölkerung. Im Jahre 1951 machen in den Haushalten der Gemeinden allein die Ausgaben für Volksbildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Jugend und Sport schon rund 50 Prozent aller Ausgaben aus. Der Haushalt kann daher nur richtig und zweckmäßig aufgestellt sein, wenn er erstens nicht allein von den

Haushaltsbearbeitern, von der Finanzabteilung oder dem Bürgermeister aufgestellt wird. Man muß gerade bei der Aufstellung des Haushaltsplanes lernen, auf neue Art zu verwalten. Bei der Aufstellung der Pläne müssen viel mehr als bisher die Facharbeiter herangezogen werden, in den Krankenhäusern beispielsweise die Ärzte und Schwestern, aber auch die Heizer und Gärtner. Und es kann gewiß nicht schaden, wenn man den Haushaltsentwurf auch den Patienten zur Beurteilung vorlegt. In den Schulen müssen sich Schulleiter, Lehrer und Schüler daran beteiligen. Über die Verwaltungskosten, Einsparung von Licht, Büromaterial usw. kann im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushalts in der Belegschaftsversammlung gesprochen werden. Man muß also die Aufstellung der Haushalte zu einer Angelegenheit aller Mitarbeiter der Verwaltung und der staatlichen Einrichtungen machen. In der Entscheidung auf der Dritten Haushaltskonferenz heißt es: „Die Landräte und Oberbürgermeister werden in den Kreisen dafür Sorge tragen, daß die Finanzabteilungen bei der Aufstellung des Haushalts durch die gesamte Verwaltung ausreichend unterstützt werden.“

Zweitens muß man zur Aufstellung der Haushalte auch die Öffentlichkeit, die demokratischen Volksvertretungen heranziehen. Der Finanzplan der örtlichen Industrie und der kommunalen Dienstleistungs- und Versorgungsbetriebe sollte nicht aufgestellt werden, ohne daß die gesamte Belegschaft ihn zur Kenntnis und eingehend erläutert erhalten hat. Er muß öffentlich durchgesprochen werden, und Betriebsleiter, technische Intelligenz sowie alle Arbeiter und Angestellten sollen bestimmte Verpflichtungen zu seiner Erfüllung übernehmen. Den Plan für die Schulen muß man in Elternversammlungen diskutieren. Indem man von dem einzelnen Problem ausgeht, es dem Interessierten darlegt, bringt man ihm auch die gesellschaftlichen Zusammenhänge nahe, wie sie heute das öffentliche Leben beherrschen und im Staatshaushalt ihren Niederschlag finden. Wenn wir in den Gemeinden und Kreisen so die Aufstellung des Haushaltsplans unter die Kontrolle der werktätigen Bevölkerung bringen, dann können wir überzeugt sein, daß er ihren Interessen dient und nicht von Ignoranten oder Schädlingen gegen die demokratische Ordnung mißbraucht wird. Man könnte einwenden, dazu stehe zu wenig Zeit zur Verfügung. Wenn aber der erste Entwurf aufgestellt ist, kann sofort an die Überprüfung und demokratische Beratung in der vorgeschlagenen Weise herangegangen werden. Auf Grund der Beratungen werden dann die Ziffern des ersten Entwurfs berichtigt und die neuen Ziffern, wie in der Direktive vorgesehen, als Ergänzungen zum Haushalt bis spätestens 15. Oktober 1951 fertiggestellt. Es stehen also noch mehrere Wochen für die Beratungen zur Verfügung.

In der Periode des ersten Fünfjahrplans der Deutschen Demokratischen Republik von 1951 bis 1955 sollen die für die Haushaltsplanung und Durchführung aufgestellten Grundsätze — wie sie durch die Haushaltsreform festgelegt wurden —, möglichst unverändert bestehen bleiben. Der Einheitskontenrahmen ist deshalb nur in dem Teile wesentlich verändert worden, wo es zur Anpassung der Haushaltsplanung an die Planung der Volkswirtschaft erforderlich war. Der stellvertretende Ministerpräsident Reinrich Rau umriß auf der letzten Tagung des ZK der SED die volkswirtschaftlichen Erfordernisse, indem er sagte: „Die Planung muß ausgehen vom Bedarf.“ Eine wesentliche Grund-

lage für die Feststellung des Bedarfs ist aber auch die exakte Geldbilanz. Um die volkswirtschaftliche Geldbilanz aufstellen zu können, war es erforderlich, den Sachkontenrahmen so zu verändern, daß nunmehr Materialkosten, Dienstleistungen, die von der Verwaltung beansprucht werden, und die geldlichen Zuwendungen an die Bevölkerung gesondert ersichtlich sind.

Die Haushaltsreform wird ferner fortgesetzt durch die Bereinigung der Verschuldung innerhalb der Haushaltsorganisationen. Deshalb sind für „Forderungen und Verbindlichkeiten aller Art“ aus der Zeit vor 1945 Beträge in den Haushaltsplan 1952 nicht mehr einzusetzen, wenn der Gläubiger oder Schuldner eine Haushaltsorganisation ist. „Forderungen aller Art des früheren Deutschen Reiches, seiner Länder (einschließlich Preußen und dessen Provinzen) sowie seiner sonstigen Gebietskörperschaften (Kreise, Gemeinden und Einrichtungen) werden auf die Deutsche Investitionsbank übertragen.“ Einnahmen aus diesen Forderungen sind 1952 in den Haushalten nicht mehr einzustellen. Für die Veranschlagung der Werterhaltung werden in der „Direktive“ ausführliche Anweisungen gegeben, so daß Planfehler vermieden werden können.

Gemeindevertretung und Haushaltsplan

Als Planung der Finanzen stellt der Haushalt einen Teil der staatlichen Planung dar. In diese Planung sind alle Gebietskörperschaften der Republik einbezogen. Die Haushalte der Gemeinden sind also Teile des gesamtstaatlichen Haushaltsplanes. Daraus ergibt sich, daß sich der Haushalt der Gemeinde nur im Rahmen des Gesamthaushalts des Staates bewegen kann. Dieser Rahmen ist aber so weit gespannt, daß für die Berücksichtigung der örtlichen Belange ein weiter Spielraum bleibt. Der Haushaltsplan der Gemeinde und die Anträge auf Investitionsmittel sollen das Spiegelbild der in der Gemeinde zu lösenden Aufgaben sein. Deshalb darf der Rat der Gemeinde, wenn er den Haushaltsplan aufstellt, nicht schematisch von den Einnahmen und Ausgaben des Vorjahres ausgehen und losgelöst von der Volksvertretung den Haushaltsplan aufstellen. Gerade bei der Vorbereitung des Haushaltsplanes muß die Gemeindevertretung oder ihr Finanzausschuß sehr aktiv mitwirken. Sie soll ja auch später die Durchführung des Haushaltsplanes kontrollieren und die Einwohner der Gemeinde für die Durchführung der sich aus dem Plan ergebenden Aufgaben gewinnen.

In den Haushaltsplan werden neben den Ausgaben für die Verwaltung alle Mittel für Maßnahmen eingesetzt, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Gemeinde dienen sollen. Dabei ist zugleich zu überprüfen, für welche Aufgaben Investitionsmittel beantragt werden müssen. Ob es sich um die Ausgestaltung der Schule, den Auf- oder Ausbau von Lesestuben oder Bibliotheken, die Verschönerung des Ortes, die Verbesserung der Straßen, die Schulspeisung, die Räumung von Teichen oder Gräben handelt, für alle diese Aufgaben werden Mittel gebraucht. Sie müssen im Haushalt richtig eingesetzt oder als Investitionsmittel angefordert werden. Wenn das alles gut überlegt und rechtzeitig beantragt worden ist, wird es nicht schwer sein, den Haushaltsplan richtig durchzuführen und auch strengste Finanzdisziplin einzuhalten.

Anton Plenikowski, Berlin

Maßnahmen zur Verbesserung der innerbetrieblichen Schulung

Wichtige Anordnungen des Ministeriums des Innern der DDR

Die innerbetriebliche Schulung, die alle Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung erfaßt, hat die Aufgabe:

1. das demokratische Staatsbewußtsein aller Mitarbeiter des Staatsapparates zu heben und sie zu befähigen, die Bevölkerung über den Inhalt und die Bedeutung der Gesetze und Verordnungen der Regierung aufzuklären und so dazu beizutragen, daß die Initiative der Bevölkerung entfaltet wird, damit rechtzeitig

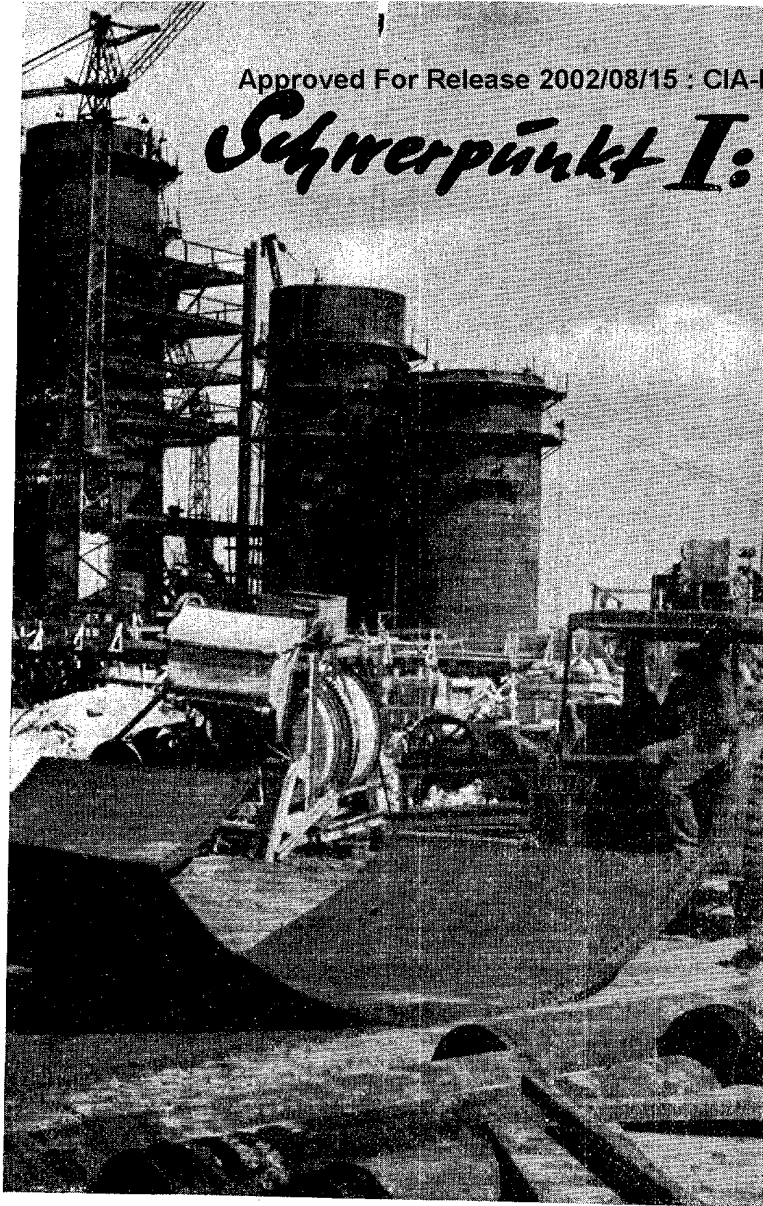
Mängel und Fehler aufgedeckt und bürokratische Mißstände beseitigt werden können;

2. das ideologische Niveau der Mitarbeiter des Staatsapparates zu heben, indem sie systematisch die Gesetze und Verordnungen der Deutschen Demokratischen Republik studieren und sich ein höheres Fachwissen aneignen;

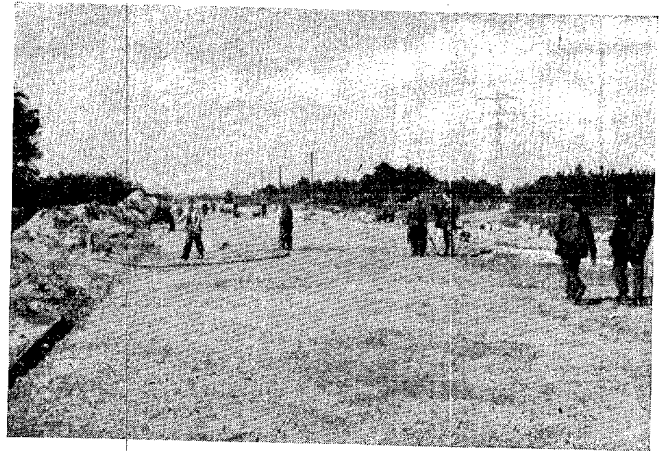
3. dazu beitragen, daß die Kritik und Selbstkritik, das Entwick-

Schwerpunkt I:**EISENHÜTTENKOMBI**

Es hat den Anschein, als ob noch nicht alle Stellen in der staatlichen Verwaltung die Wichtigkeit der Industrieschwerpunkte für das Gelingen unserer Volkswirtschaftspläne im allgemeinen und die Bedeutung des Schwerpunktes „Eisenhüttenkombinat Ost“ im besonderen voll erkannt haben. Gerade der Aufbau des gewaltigen Industriezentrums an der Oder erfordert stärkste Konzentration und Anspannung aller Kräfte, denn das Kombinat soll nicht nur ein entscheidendes Fundament unserer Friedensproduktion werden, sondern zugleich Schwerpunkt einer festen, freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der DDR, Volkspolen und der Sowjetunion beim Aufbau einer freien fortschrittlichen Wirtschaft sein, die auch unserem Volke eine glückliche Zukunft sichern wird. Diese Zielsetzung von größter politischer Tragweite muß jede Maßnahme im Interesse des Kombinats bestimmen. Das gilt keineswegs nur für die planenden und lenkenden Zentralstellen, sondern genau so für die unteren Verwaltungen, die alles an örtlichen Reserven mobilisieren müssen, was dem Werk dienlich sein kann. Wir betrachten es als



Eine wichtige Voraussetzung für das entstehende Werk ist der Bau guter Zubringerstraßen



lungsgesetz unseres Staatsapparates, systematisch entfaltet und die demokratische Wachsamkeit gegenüber allen Feinden unserer demokratischen Ordnung verstärkt wird;

4. die Erfahrungen der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder bei ihrem friedlichen und planmäßigen Aufbau allen Mitarbeitern des Staatsapparates zu vermitteln und damit dazu beizutragen, in unseren Verwaltungen einen neuen Arbeitsstil zu entwickeln.

Erfolge der innerbetrieblichen Schulung

Im Ergebnis der seit Januar 1950 durchgeführten regelmäßigen innerbetrieblichen Schulung ist eine Reihe guter Erfolge zu verzeichnen. Das Staatsbewußtsein und das ideologische Niveau der Mitarbeiter des Staatsapparates hat sich gefestigt. Bei der Vorbereitung und Durchführung der Oktoberwahlen 1950, der Volksbefragung und der Weltfestspiele 1951 zeigte es sich, daß die Verwaltungsstellen gelernt haben, die Gesetze und Verordnungen der Regierung besser durchzuführen, sie der Bevölkerung richtiger zu erläutern und breitere Massen zur aktiven Mitarbeit an den staatlichen Aufgaben heranzuziehen, die Kritik und Selbstkritik stärker zu entfalten. Der Arbeitsstil, die Arbeitsordnung und die Arbeitsmoral sind wesentlich besser geworden.

Mängel und Schwächen der innerbetrieblichen Schulung

Durch die Auswertung der Kritik des stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht auf der Konferenz von Staatsfunk-

tionären in Forst Zinna wurde u. a. auch die innerbetriebliche Schulung verbessert. Der Minister des Innern der DDR, Dr. Karl Steinhoff, wies darauf schon in seinem Artikel „Bewegung zur Verbesserung der Arbeitsweise in den Verwaltungen“ im Heft Nr. 8 hin. Dennoch gibt es eine Reihe von Mängeln und Schwächen, die immer noch in Erscheinung treten und beschleunigt überwunden werden müssen, um den Staatsapparat für die Lösung der gestellten Aufgaben weiter zu qualifizieren. Diese Mängel und Schwächen sind im wesentlichen folgende:

a) *Themenplan:* Die Themenfolge der innerbetrieblichen Schulung war bisher sporadisch und unsystematisch. Die behandelten Themen waren ungenügend mit den Schwerpunkten der Arbeitspläne der Regierung und mit den Schulungsthemen der demokratischen Massenorganisationen abgestimmt. Mehrfach war die angesetzte Zeit zu kurz bemessen, um die einzelnen Themen gründlich durcharbeiten zu können. Die Folgen waren, daß

1. das Schulungsmaterial oft in kürzester Zeit ausgearbeitet werden mußte, so daß die notwendige Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit fehlte,

2. die Zirkellehrer und Schulungsteilnehmer das Material verspätet erhielten und durch die kurzfristigen Änderungen der Schulungsthemen nicht in der Lage waren, sich gründlich vorzubereiten.

NAT OST

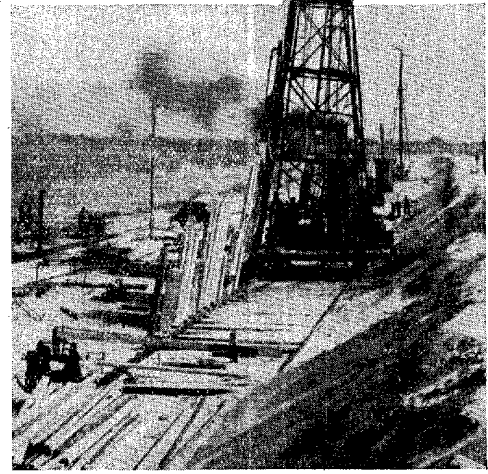
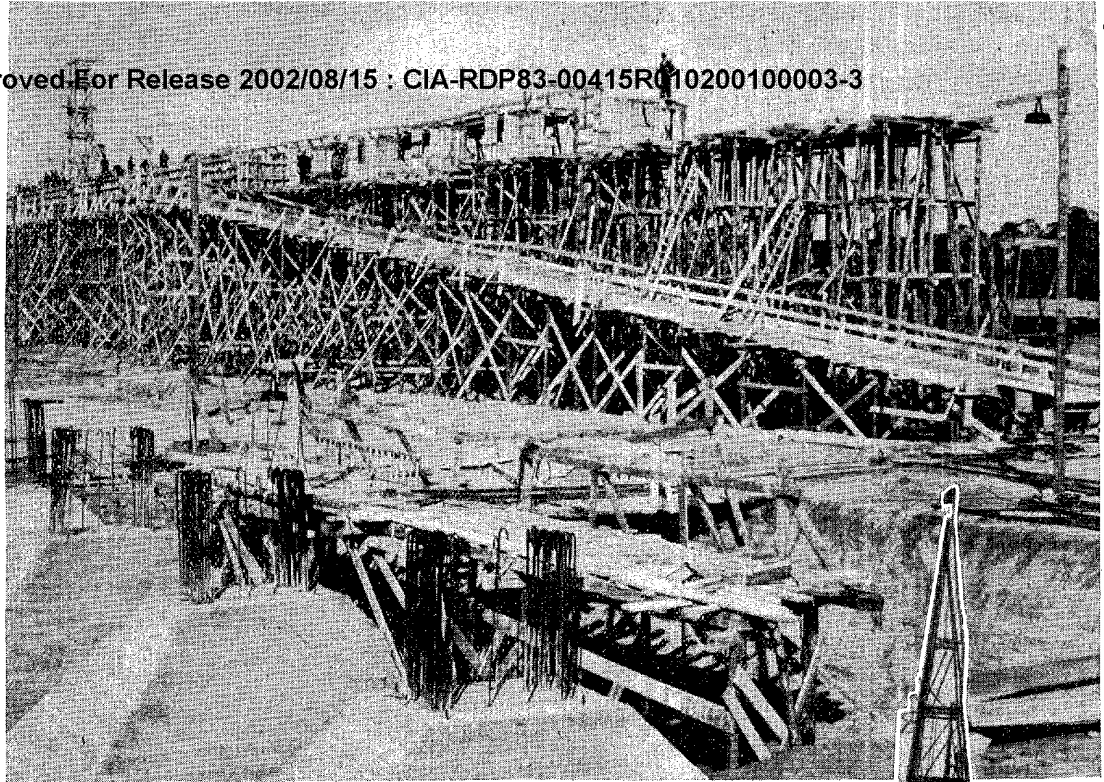
unsere besondere Aufgabe, die Arbeit des Verwaltungsapparates zur reibungslosen unbürokratischen Durchführung dieses großen Projektes zu verfolgen und werden über die weitere Entwicklung Bericht erstatten.

Rechts: Beim Bau einer der Werk- und Montagehallen

Unten rechts: Bau einer Hafenanlage

Unten: Bei dem Werk entsteht eine neue Wohnstadt

Aufn.: Jllus (4), Kolbe (1)



b) *Schulungsmaterial*: Das Schulungsmaterial weist immer noch in Form und Inhalt wesentliche Schwächen auf.

1. Die Hauptprobleme werden nicht genügend an praktischen Beispielen erläutert.
2. Das Material ist zu wenig allgemeinverständlich, setzt oft zu große theoretische Kenntnisse voraus und ist in seiner sprachlichen Gestaltung noch nicht vorbildlich.
3. Die methodischen Anleitungen für die Zirkellehrer sind oftmals nicht gründlich genug ausgearbeitet und geben damit dem Zirkelleiter nicht die notwendige Hilfe.

Diese Mängel sind im wesentlichen auf folgende Ursachen zurückzuführen:

1. Die Anleitung durch das Ministerium des Innern beschränkt sich auf technisch-organisatorische Fragen. Es fehlte eine theoretisch-ideologische Anleitung in Form von Vorbesprechungen, Schwerpunktsetzung, Bereitstellung geeigneten Materials der Org.-Instruktorabteilung usw.
2. Die Unterstützung der Fachministerien durch Material und fachliche Beratung war bis auf wenige Ausnahmen ungenügend. Auch die Mitarbeit der Massenorganisationen beschränkte sich auf Einzelfälle.
3. Die Anleitung und Unterstützung des Redaktionskollektivs durch die Akademieleitung der Deutschen Verwaltungsgesellschaft „Walter Ulbricht“ war unzureichend. Die Fakultäten gaben nur

gelegentlich Unterstützung. Die Abteilung Vorschulen, die das Material ausarbeitet, ist personell sowohl der Qualität wie der Quantität nach unterbesetzt.

c) *Durchführung der Schulung*: Die wöchentlichen Schulungsstunden, die in seminaristischer Form durchgeführt werden sollen, weisen noch folgende Schwächen auf:

1. Vereinzelt wird das Material noch vorgelesen. Es wird versäumt, jedes Thema in lebendige Verbindung mit dem Arbeitsbereich der Teilnehmer zu bringen und insbesondere die Schwerpunkte herauszuarbeiten.
 2. Die Methodik der Seminarführung und das ideologische Niveau der Diskussion entsprechen nicht den Anforderungen. Die Seminarführung ist nicht kämpferisch genug. Nicht selten weichen die Zirkellehrer in der Auseinandersetzung mit falschen und schädlichen Argumenten zurück, zum Teil tragen sie sogar selbst falsche Auffassungen in die Seminare.
 3. Die Beteiligung und die Disziplin der Teilnehmer läßt in vielen Fällen zu wünschen übrig.
- Die Ursachen dieser Mängel liegen vor allem darin, daß die Auswahl der Zirkellehrer teilweise nicht den Grundsätzen einer demokratischen Kaderpolitik entspricht und ein großer Teil theoretisch nicht ausreichend geschult ist.

d) *Anleitung und Kontrolle*: Die Durchführung der innerbetrieblichen Schulung stützt sich auf die Schulungsabteilungen der Ministerien der Deutschen Demokratischen Republik, der Ministe-

rien der Länder und auf die Kreisschulungsbeauftragten. Die Anleitung der für die Schulung verantwortlichen Mitarbeiter des staatlichen Apparates durch die übergeordneten Organe und die Kontrolle der Seminare ist ungenügend und unsystematisch. Das äußert sich darin, daß die Zirkellehrer-Vorbesprechungen unregelmäßig und formal durchgeführt werden. Es wird in der Regel unterlassen, Schwerpunkte aus dem Thema entsprechend den Aufgaben der jeweiligen Verwaltungsorgane festzulegen. Zu häufig werden Schulungsbeauftragte oder Zirkellehrer ausgetauscht oder für andere Funktionen eingesetzt.

Die Personalabteilungen haben bisher nicht in vollem Umfange die großen Möglichkeiten der innerbetrieblichen Schulung für die planmäßige Kaderentwicklung erkannt und ausgenutzt. Daraus ergab sich eine ungenügende Zusammenarbeit zwischen Personalreferenten und Schulungsbeauftragten. Die Ursachen der mangelnden Anleitung und Kontrolle liegen vorwiegend in der allgemeinen Unterschätzung der Bedeutung der innerbetrieblichen Schulung begründet, insbesondere durch die leitenden Funktionäre des Staatsapparates, die nicht selten diese Unterschätzung offen zum Ausdruck bringen, indem sie selbst der Schulung fernbleiben oder an den Schulungstagen Sitzungen einberufen.

Es ist deshalb zu begrüßen, wenn das Ministerium des Innern der DDR in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ zur Beseitigung dieser Mängel und Schwächen eine Reihe konkreter Maßnahmen in die Wege geleitet hat, um die innerbetriebliche Schulungsarbeit weiter zu verbessern und zu entwickeln. Dabei konnten sich das Ministerium und die Verwaltungsakademie auf die ihnen übermittelten bedeutsamen Erfahrungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei der Durchführung des ersten Parteilehrjahres stützen.

Das Ministerium des Innern der DDR hat folgende Maßnahmen zur Verbesserung der innerbetrieblichen Schulung angeordnet:

1. Die innerbetriebliche Schulung wird nach einem Themenplan durchgeführt, der die Themen für jeweils ein Quartal festlegt und auf dem Arbeitsplan der Regierung basieren muß. Ein Perspektivplan muß die Hauptschwerpunkte der Schulung für jeweils ein Jahr enthalten. Für die Festlegung der Themen wird

eine Kommission gebildet. Der Themenplan darf ohne Zustimmung der Kommission nicht geändert werden und ist für alle Schulungseinheiten, auch hinsichtlich der festgesetzten Termine, verbindlich. Der Zeitplan der innerbetrieblichen Schulung muß entsprechenden Raum für die Behandlung aktueller Themen und für Wiederholungen frei lassen.

2. Die Abteilung Schulung des Ministeriums des Innern der DDR ist mit der Leitung der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ für den Inhalt und die rechtzeitige Fertigstellung des Schulungsmaterials verantwortlich. Das Ministerium wird eine so rechtzeitige Herausgabe des Materials gewährleisten, daß es jeweils mindestens eine Woche vor der Schulung an die Teilnehmer gelangt. An der DVA „Walter Ulbricht“ wird eine Redaktion für die innerbetriebliche Schulung gebildet, die das Schulungsmaterial verantwortlich ausarbeitet. Das Redaktionskollektiv ist personell und technisch-organisatorisch so auszustatten, daß es den erhöhten Anforderungen gerecht wird. Die Fakultäten und Institute der Verwaltungsakademie haben ständige Unterstützung und Hilfe zu leisten. Alle staatlichen Organe werden ersucht, die notwendigen Unterlagen und Beispiele zur Verfügung zu stellen und beratend an der Ausarbeitung des Schulungsmaterials mitzuwirken.

3. Die Zirkellehrer sind in ihrem theoretischen Studium laufend anzuleiten, darüber hinaus sind Möglichkeiten der Konsultation zu schaffen. Es sind vierzehntägige Lehrgänge einzurichten, die an Verwaltungs- und Fachschulen bzw. anderen geeigneten Einrichtungen durchgeführt werden. Neben internatsmäßigen Schulungen müssen auch alle Möglichkeiten der Externatsschulung ausgenutzt werden. In den Lehrgängen werden staatsrechtliche Themen auf der Grundlage des Planes der innerbetrieblichen Schulung sowie pädagogische Fragen behandelt. Ferner ist ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch unter den Zirkellehrern zu organisieren. In den Seminaren muß die Kritik und Selbstkritik verstärkt entfaltet und auch das Material soll kritisch gelesen werden. Anregungen zu seiner Verbesserung und geeignete Beispiele aus der Verwaltungspraxis sind der DVA „Walter Ulbricht“ zuzuleiten, die sie beschleunigt auswerten muß.

4. Das Ministerium des Innern der DDR ist verantwortlich für die zentrale Anleitung der innerbetrieblichen Schulung. Der in die Schulung einzubeziehende Personenkreis war bisher nicht fest umrissen. Zur Verbesserung der innerbetrieblichen Schulung wird das Ministerium des Innern als Ergänzung zu den Richtlinien klare Anweisungen dafür herausgeben. Dabei wird darauf zu achten sein, daß die innerbetriebliche Schulung die Schulung der Massenorganisationen nicht ersetzt.

Es werden regelmäßige Arbeitskonferenzen durchgeführt, auf denen mit den Schulungsfunktionären der Länder und Kreise alle Fragen der innerbetrieblichen Schulung durchgesprochen, Erfahrungen ausgetauscht und konkrete Aufgaben zu ihrer Verbesserung gestellt werden. Die Fachministerien leiten die ihnen nachgeordneten Organe entsprechend an. Jede Schulung ist in allen Organen des Staatsapparats durch gründliche Zirkellehrer-Besprechungen vorzubereiten. Die leitenden Funktionäre in den staatlichen Organen sind verpflichtet, selbst an der Schulung regelmäßig teilzunehmen, ihr konkrete Anleitung und Hilfe zu geben und dafür zu sorgen, daß die Arbeitspläne der Abteilungen usw. einen planmäßigen Ablauf der innerbetrieblichen Schulung garantieren. Tagungen dürfen den Ablauf der innerbetrieblichen Schulung nicht behindern. Die Schulungsabteilungen in den staatlichen Organen, insbesondere die der Kreise, werden den Aufgaben entsprechend verstärkt. Die Einstufung der Schulungsfunktionäre nach dem Tarifvertrag wird nach einheitlichen Richtlinien erfolgen.

Die Kontrolle der innerbetrieblichen Schulung, die systematisch durchzuführen ist, wird sich verstärkt auf das ideologische Niveau der Zirkel konzentrieren. Falsche Auffassungen müssen in jedem Fall korrigiert werden. Die Zusammenarbeit zwischen Personalreferenten und Schulungsbeauftragten ist zu verstärken. Die Personalabteilungen werden verpflichtet, in Zusammenarbeit mit den Abteilungen Schulung regelmäßig die Seminare zu besuchen, um sie für die Kaderentwicklung systematisch auszuwerten.

LIEBE LESER!

In Heft 5/1951, Seite 141, teilten wir Ihnen mit, daß wir zur besseren Erfüllung unserer Aufgabe, allen Mitarbeitern bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu helfen, einige Selbstverpflichtungen übernommen hatten, zu deren Durchführung wir bis zum 30. September 1951 Ihre Kritik erbitten wollten.

Zu Punkt 1 (Abhaltung von vier Leserversammlungen zur Schaffung eines besseren Kontaktes zwischen Redaktion und Leserschaft) können wir berichten, daß wir seit Mal dieses Jahres 6 Leserversammlungen in Neubrandenburg, Rhelnsberg, Ruppin, Rathenow, Dresden und Wurgwitz veranstalteten, über die wir in den Heften 6 und 8 Veröffentlichungen brachten. Diese Leserversammlungen haben sich im allgemeinen als sehr fruchtbar erwiesen und wertvolle Anregungen für uns wie auch für die Leser gebracht. Wir werden sie laufend fortsetzen.

Hinsichtlich der Übernahme einer Patenschaft durch die Redaktion (Punkt 2 unserer Selbstverpflichtung) gaben wir einen Bericht in Heft 6/1951, Ausgabe B, Seite 162. Unsere Hilfe für die Gemeinde Tremdorf, Kreis Zauch-Belzig, konnte sich jedoch zunächst nur auf die Untersuchung einiger organisatorischer Mängel und gewisser Schwächen bei der Pflichtablieferung tierischer und pflanzlicher Erzeugnisse beschränken. Diese Arbeiten dauern noch an, wir werden unsere Leser von ihrem Ergebnis unterrichten.

Wie weit wir die anderen Punkte erfüllen, überlassen wir nun Ihrer Kritik, denn wir haben die Selbstverpflichtungen in Ihrem Interesse übernommen, und an Ihnen ist es, das Urteil zu sprechen. Bitte verwenden Sie dazu die Fragekarte, die auf der dritten Umschlagseite dieses Heftes zu finden ist. Wir danken Ihnen im voraus für Ihre Meinungsäußerung und wollen versuchen, alle Wünsche weitgehend zu erfüllen, denn der „Demokratische Aufbau“ soll ja Ihr Ratgeber, Ihr Freund und Helfer sein.

DIE REDAKTION

Projektorientierungen für den Wohnungsbau 1952

W. Krause, Ministerium für Aufbau der DDR

Der durch die unmenschliche Bombardierung amerikanischer Bombengeschwader entstandene Schaden in unseren Wohnvierteln und die dadurch verursachte Wohnungsnot sind ungeheuer groß. Unsere Aufgabe, neuen Wohnraum zu beschaffen, kann daher nur schrittweise gelöst werden. Hierfür sind drei Arbeitsstufen vorgesehen.

Die erste Arbeitsstufe war die Schadenbeseitigung am noch vorhandenen Wohnraumbestand. Es kam darauf an, jedem Bewohner der Deutschen Demokratischen Republik zunächst ein Dach über dem Kopf zu schaffen. Diese Etappe kann als nahezu abgeschlossen gelten. Die zweite Arbeitsstufe sieht vor, jeder Familie eine selbständige Wohnung zu geben, um damit die unzutraglichen Wohnverhältnisse, das Zusammenleben mehrerer Familien in einer Wohnung oder das Zusammenleben mehrerer Menschen in einem Zimmer zu beseitigen. In dieser Periode befinden wir uns jetzt. Bei der dritten Arbeitsstufe des Wiederaufbaues und der endgültigen Beseitigung der Wohnungsnot hingegen kommt es darauf an, jeder Familie eine ihrer Kopffzahl entsprechende Wohnung zu schaffen. Der Grundsatz dabei muß für alle, die an der Projektierung und der Durchführung von Wohnbauten für die werktätige Bevölkerung arbeiten, lauten: Es ist nicht so groß wie möglich, sondern so groß wie nötig, so schön wie möglich und so billig wie möglich zu bauen. Die Überlegungen und Untersuchungen bezüglich der Größe unserer Wohnungen unter Zugrundelegung dieses Grundsatzes und unserer materiellen und finanziellen Verhältnisse führten zu folgendem Ergebnis:

In der Zeit vor 1933 lag die Grenze für die Größe einer Wohnung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues bei 55,0 qm. Für die in späterer Zeit gebauten und unruhlich bekannten Volkswohnungen wurde diese Zahl auf 36,0 qm herabgesetzt, um mit 22,0 qm für eine oft acht- bis zehnköpfige Familie beim Behelfsheim die untere Grenze zu erreichen. Nicht an die Vergangenheit anknüpfend, sondern ausgehend von der Sorge um den Menschen, dem Bestreben, für ihn Wohnungen mit einem großen Wohnwert zu schaffen, d. h. Wohnungen, die so gestaltet und konstruiert sind, daß der Mensch in ihr alle seine Bedürfnisse physisch als auch psychisch, die Bedürfnisse nach Luft, Licht, angenehmer Wärme, wohlthuender Ruhe, schönen Farben, Formen usw. befriedigen kann, wurden vom Ministerium für Aufbau in Verbindung mit der Deutschen Bauakademie und den Vertretern der Massenorganisationen Anfang des Jahres folgende Wohnungsgrößen festgelegt:

für Einzimmerwohnungen 39,0 qm Nutzfläche im Mittel,
für Zweizimmerwohnungen 49,5 qm Nutzfläche im Mittel,
für Dreizimmerwohnungen 62,0 qm Nutzfläche im Mittel.

Bei der Einzimmerwohnung wird das Zimmer eine Größe von 20,0 qm bis 22,0 qm erhalten, bei der Zweizimmerwohnung beträgt die Raum-Mindestgröße 12,0 qm, das größte Zimmer soll 20,0 qm nicht übersteigen. Bei der Dreizimmerwohnung ist es gestattet, ein Zimmer 9,0 qm groß zu gestalten.

Vergleiche mit Wohnungen gleicher Zimmerzahl im Wohnungsbauprogramm von Westdeutschland haben ergeben, daß bei 100 WE (Wohneinheiten) in Westdeutschland 6400 qm Geschoßfläche gegenüber 7950 qm Geschoßfläche bei uns aufgewandt werden, d. h. dieselben Wohnungen bei uns um 24,3 Prozent größer sind. Vergleiche bei einem Dreispänner mit Dreizimmerwohnungen ergeben bei 99 WE für Westdeutschland 4614 qm

Geschoßfläche, während die für 1952 bei uns vorgesehenen Wohnungsbaugrundrisse eine Geschoßfläche von 6972 qm haben; d. h. dieselben Wohnungen werden bei uns um 31,5 Prozent größer sein als in Westdeutschland.

In der zweiten Arbeitsstufe, in der wir uns jetzt befinden, ist es immer noch die Hauptaufgabe, den Opfern der Bombardierungen des letzten Weltkrieges eine Wohnung und zu einem späteren Zeitpunkt jeder Familie die ihrer Größe (Anzahl der Familienangehörigen) entsprechende Wohnung zu geben. Untersuchungen ergaben, daß für die gleiche Bausumme 15 Einzimmerwohnungen, 11 Zweizimmerwohnungen, 8 Dreizimmerwohnungen oder 6½ Vierzimmerwohnungen gebaut werden können. Wir werden also im nächsten Jahr überwiegend Zweizimmerwohnungen bauen. Die Höhe der Etagen ist mit 2,75 m für mittlere Städte und 3,0 m für die Zentren der Großstädte vorgesehen. Das ist eine auf Grund von genauen Berechnungen ermittelte Bauhöhe. Sie ist seit langer Zeit erprobt und bietet sowohl in der Heizung der Wohnungen, bei den Baukosten und der Unterhaltung sowie in hygienischer Beziehung (Durchlüftung) wesentliche Vorteile. Zur Höhe der Häuser bzw. der Anzahl der Stockwerke ist zu sagen, daß die Kosten für 12 Wohnungen in einem eingeschossigen Gebäude bis 47 Prozent höher sind als die Herstellungskosten derselben 12 Wohnungen in einem fünfgeschossigen Gebäude. Das kommt daher, daß bei dem fünfgeschossigen Gebäude im Gegensatz zu einem eingeschossigen in derselben Größe des Grundrisses fünfmal mehr Wohnungen untergebracht werden können. Es ist also auf jeden Fall wirtschaftlicher, drei- bis fünfgeschossig zu bauen. Diese Höhen entsprechen auch den städtebaulichen Grundsätzen und dem notwendigen Charakter größerer Wohngebiete. Im zentralen Bezirk von Berlin sind sieben bis acht Geschosse vorgesehen.

Die Möglichkeit, sich eine Wohnung nach eigenem Wunsch zu bauen, den Architekten mit einem Entwurf zu beauftragen, mit diesem zu verhandeln und ihm gegenüber seine Wünsche zu äußern, war in der Vergangenheit ein Vorrecht der besitzenden Klassen. Wohnungen für die Bevölkerung wurden von kapitalkräftigen Gesellschaften nach dem Gesichtspunkt der aus diesen Wohnungen zu ziehenden Renten gebaut. Die Entwürfe für diese Wohnungen entstanden in den Ateliers der Gesellschaften, hergestellt von Architekten der Gesellschaften, und wurden in den Direktorenzimmern der Gesellschaften hinter geschlossenen Türen zur Entscheidung gebracht. Die Wünsche der Bevölkerung spielten dabei keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle. Diese Situation hat sich wesentlich geändert. Der Bauherr unserer Wohnungen ist die Bevölkerung. Mit ihr zu sprechen, ihre Wünsche zu hören, ist die wichtigste Voraussetzung für die Projektierung der Wohnungen. Die Bevölkerung hat also heute die Möglichkeit, unmittelbar Einfluß auf die Gestaltung ihrer Wohnungen auszuüben.

Am 19. April 1951 erhielten die Projektierungsbüros aller fünf Länder der DDR Aufträge zur Ausarbeitung von Ideenskizzen als erste Arbeitsstufe zur Typenprojektierung für das Jahr 1952. Das Ergebnis dieser Arbeit waren 61 Ideenskizzen. Diese wurden am 10. Mai 1951 den Vertretern der Deutschen Bauakademie, des Ministeriums für Aufbau, des Ministeriums für Schwerindustrie, HV Bauindustrie, zur ersten Prüfung und Auswahl vorgelegt. Ausgewählt wurden 15 Ideenskizzen. Die erste Auswahl erfolgte unter dem speziellen Blickpunkt der Erfüllung der gegebenen

Abb. 1

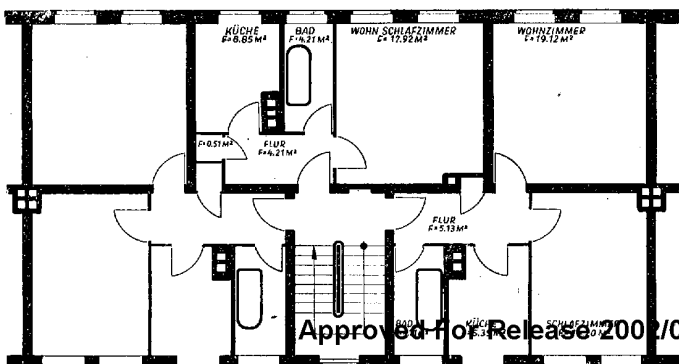
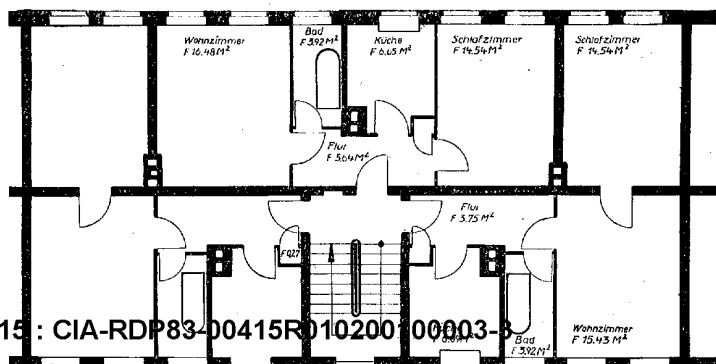
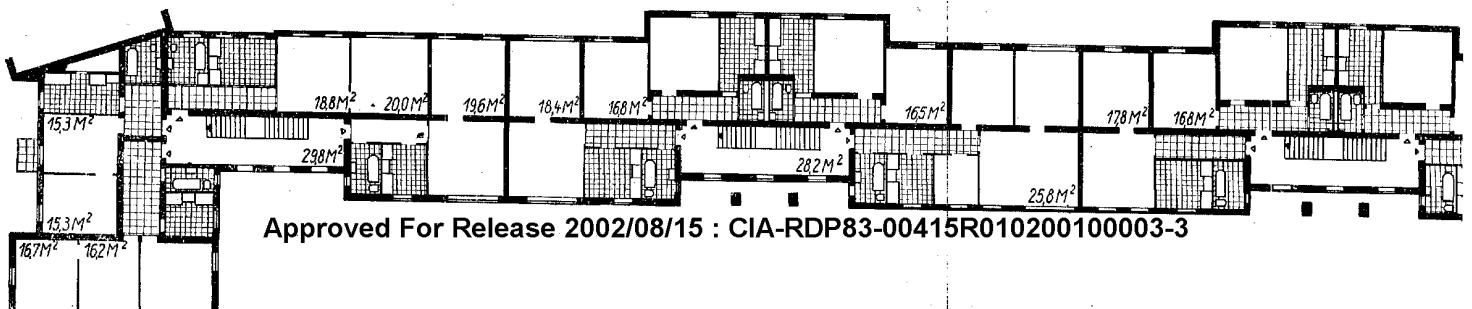
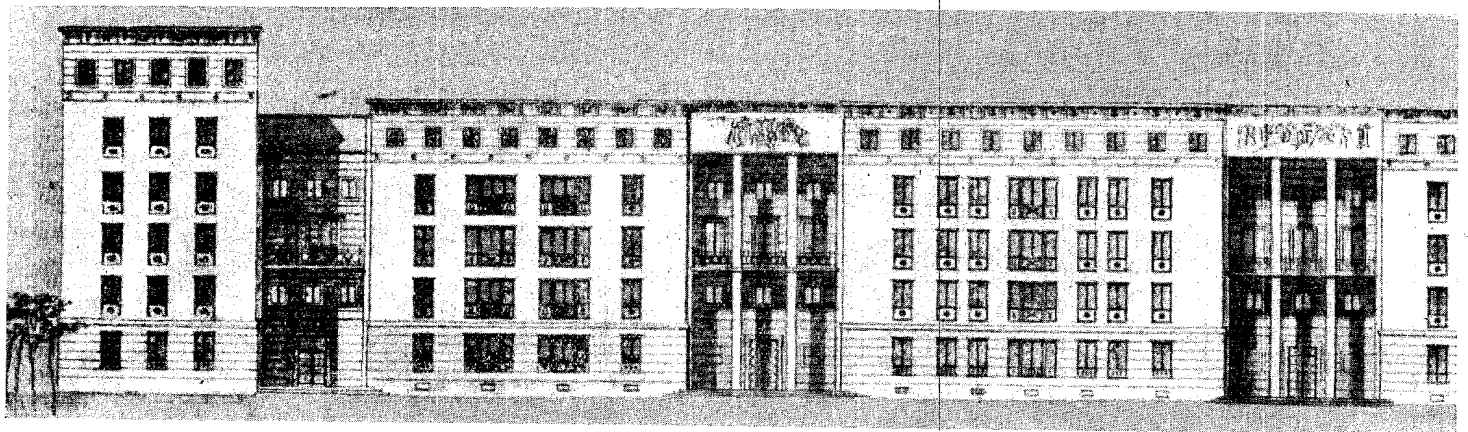
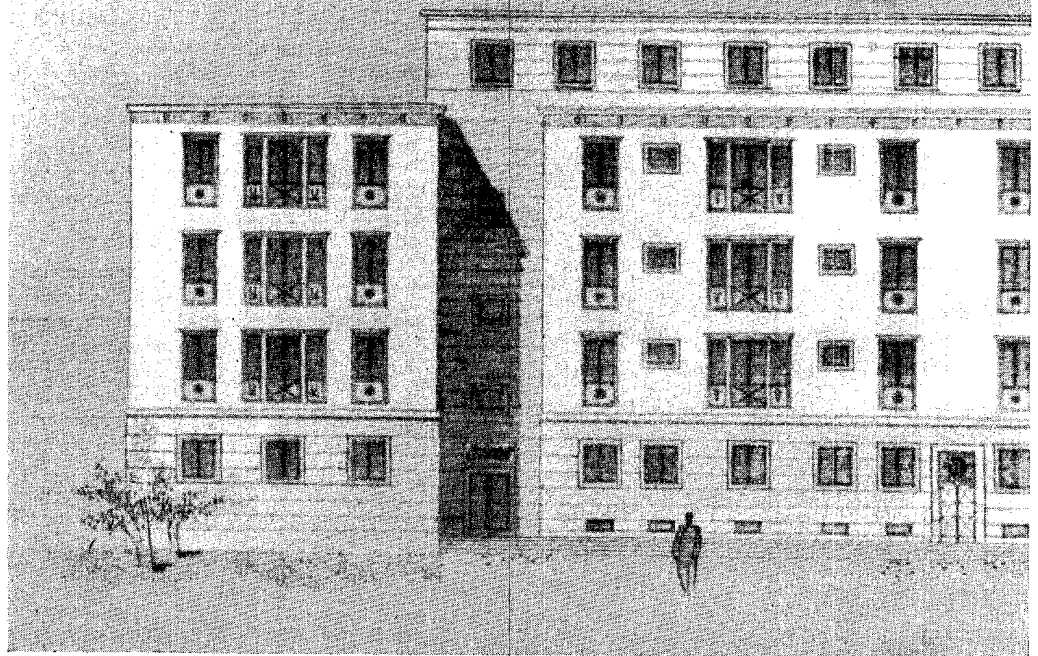


Abb. 2

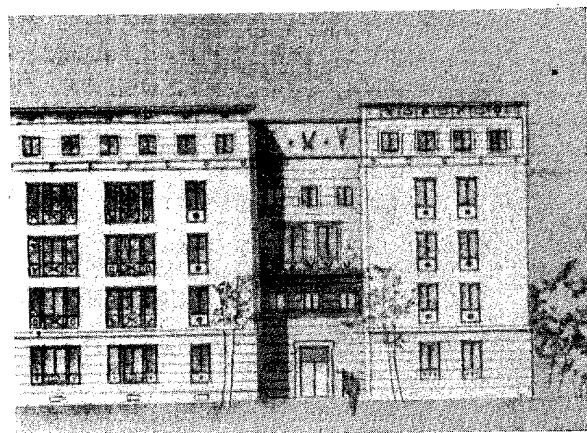


DIE NEUEN WOHNBAUTEN DER DEUTSCHEN H.

Nach den Grundsätzen des Städtebaues, die am 27. 7. 1950 vom Ministerrat beschlossen wurden (vergl. „Demokratischer Aufbau“ Heft 9/1950, S. 236 u. Heft 10/1950, S. 256), wird der Aufbau unserer zerstörten Städte auf den natürlichen Gegebenheiten, auf den sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen des Staates, auf den höchsten Errungenschaften von Wissenschaft, Technik, Kunst, auf den Erfordernissen der Wirtschaftlichkeit und auf der Verwendung der fortschrittlichen Elemente des Kulturerbes unseres Volkes fußen. Nach eingehenden Diskussionen und Beratungen wurden nunmehr durch Professor Henselmann von der Deutschen Bauakademie diesen Grundsätzen entsprechende Entwürfe für Wohnbauten im zentralen Bezirk der deutschen Hauptstadt ausgearbeitet, die der demokratische Magistrat von Groß-Berlin billigte. Bereits am 1. September d. Js. wurde mit dem Bau dieser Wohnhäuser begonnen.



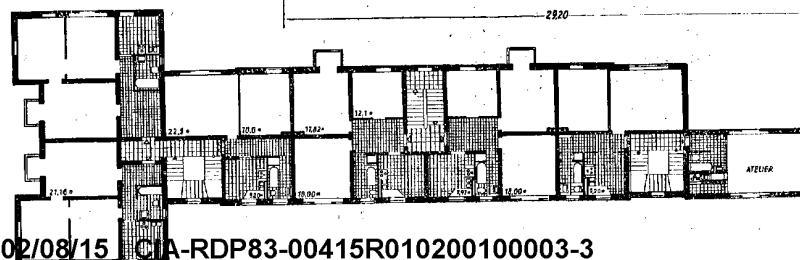
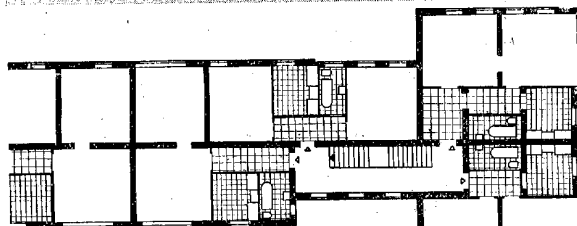
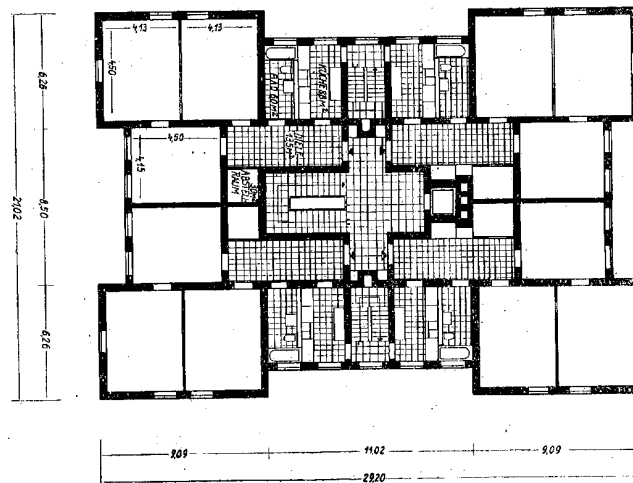
HAUPTSTADT



Oben: Hochhaus-
wohnblock „Weber-
wiese“ an der Stalin-
allee

Rechts: Grundrisse
des Wohnblocks

Links: Wohnblock
„Weberwiese“ an der
Marchlewskistraße
mit Grundriß



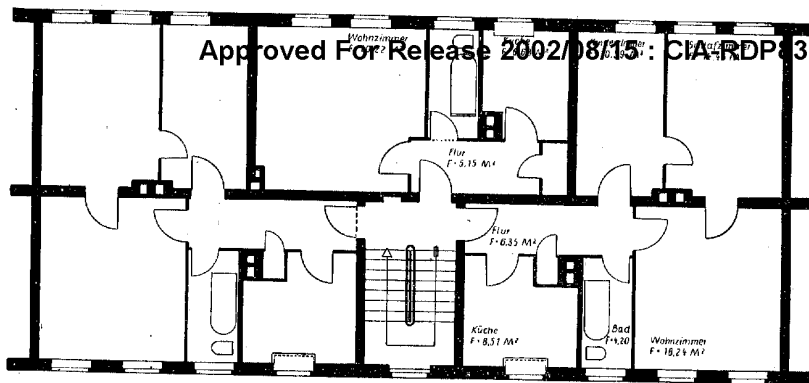


Abb. 3

Richtlinien und der Möglichkeit für die weitgehende Anwendung neuer Arbeitsmethoden und einer rationellen Grundrissgestaltung. Die ausgewählten Ideenskizzen wurden erstmalig einem großen Kreis zur Stellungnahme vorgelegt. Die Besprechung fand mit Aktivisten, Vertretern des FDGB-Bundesvorstandes, des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Bau/Holz, des Demokratischen Frauenbundes, der Presse, des Ministeriums für Aufbau, des Ministeriums für Schwerindustrie, HV Bauindustrie, der Deutschen Bauakademie und der Projektierungsbüros der Länder am 26. Mai 1951 im Hause der Ministerien statt.

Die Vorentwürfe, das Ergebnis der zweiten Arbeitsstufe, lagen am 28. Mai 1951 vor. Sie wurden vom Ministerium für Aufbau unter Hinzuziehung der Deutschen Bauakademie ausgewertet. Nun mußte unverzüglich die weitere Bearbeitung der Typenprojektierung erfolgen. Die bisherige Methode des Getrenntarbeitens in den verschiedenen Ländern war nicht mehr angebracht. Damit die ausgewählten Entwürfe nach einheitlichen Grundsätzen in der Konstruktion und im Detail ausgearbeitet werden konnten, mußte ein Kollektiv geschaffen werden. Zu diesem Zwecke wurden aus den Projektierungsbüros der Länder die Architekten, die an der bisherigen Entwicklung beteiligt waren, zu einem Kollektiv zusammengezogen. Hier erfolgte gemeinsam, unter Leitung der Deutschen Bauakademie, in Auswertung der gemachten Erfahrungen zu den Typen des Jahres 1951 und der Diskussionsbeiträge und Vorschläge der vorangegangenen Sitzungen, die weitere Bearbeitung der Vorentwürfe. Besprechungen im Zentralen Projektierungsbüro zwischen den dort tätigen Architekten und Aktivisten, Vertretern der Gewerkschaften und des Demokratischen Frauenbundes sowie der Bauindustrie sicherten eine enge Verbindung zwischen den Projektierenden und den Werktätigen. In der Presse wurden einige Entwürfe und grundsätzliche Fragen des Wohnungsbaues ebenfalls diskutiert. Am 13. Juli 1951 fand im Hause der Ministerien, Berlin, eine große Arbeitstagung statt, in der die in Entwicklung befindlichen Entwürfe einem noch größeren Kreis der Bevölkerung zur kritischen Betrachtung und Stellungnahme unterbreitet wurden und deren Bedeutung durch die Anwesenheit des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Aufbau, Dr. Lothar Bolz, unterstrichen wurde. Weiterhin fanden in allen fünf Ländern bei den von den Landesregierungen bestimmten Schwerpunkten Lichtbildvorträge und Diskussionen mit der Bevölkerung über den Wohnungsbau statt. Jedes Land erhielt graphische Darstellungen der Projekte zur Ausstellung. Das Ergebnis aller dieser Vorarbeiten und die Auswertung der Diskussionen mit der Bevölkerung liegt nunmehr vor. Einen Ausschnitt aus der Gesamtarbeit, vier von den insgesamt elf entwickelten Typen, zeigen nachstehende Abbildungen.

Abbildung 1, Typ W 52/3, zeigt einen Dreispänner in Nord-Süd-Lage mit zwei Zweizimmer- und einer Einzimmerwohnung. Bei der Zweizimmerwohnung ist das Wohnzimmer 19,12 qm und das Schlafzimmer 14,6 qm groß. Die eingezeichneten Gegenstände zeigen klar und deutlich die äußerst günstige Möblierbarkeit und die große Bewegungsfläche, die den Bewohnern zur Verfügung steht. Die Einzimmerwohnung ist für alte

Leute, Einzelpersonen oder junge Ehepaare vorgesehen und mit Küche und Bad sowie einer besonderen separaten Abstellkammer ausgestattet. Die Gesamtfläche der Zweizimmerwohnung beträgt 49,5 qm, die reine Wohnfläche 33,3 qm, die Gesamtfläche der Einzimmerwohnung 33,7 qm, die reine Wohnfläche 17,92 qm. Die Küchen bieten die Möglichkeit, normale Möbel aufzustellen.

Abbildung 2 bringt den Typ W 52/4, einen Dreispänner in Ost-West-Lage mit drei Zweizimmerwohnungen. Dieser Dreispänner zeichnet sich besonders durch eine äußerst wirtschaftliche und zweckmäßige Aufteilung des Grundrisses aus. Die Schlafzimmer sind bei allen drei Wohnungen 14,54 qm, die Wohnzimmer 15,43 qm bis 16,48 qm groß. Alle Wohnungen werden mit einer fast 7,0 qm großen Küche, Bad sowie Abstellkammer ausgestattet. Die eingezeichnete Möblierung zeigt, daß ausreichende Verkehrsflächen für die Bewohner zur Verfügung stehen. Die Gesamtgröße der Wohnungen ist im Durchschnitt 45,5 qm, die reine Wohnfläche rd. 30,0 qm.

Abbildung 3, Typ W 52/5, ist ein Dreispänner für Ost-West-Lage mit zwei Dreizimmerwohnungen und einer Einzimmerwohnung. Er zeichnet sich durch besonders groß gehaltene Wohnzimmer, die gerade bei großen Familien als angenehm empfunden werden, aus. Die Küche ist in diesem Fall eine ausgesprochene Essküche, die es gestattet, die Mahlzeiten in der Küche einzunehmen. Die mittlere Einzimmerwohnung hat eine normale Kochküche. Die Größe der Dreizimmerwohnungen ist 62,77 qm, die reine Wohnfläche 43,26 qm, die Größe der Einzimmerwohnung ist 37,07 qm, die reine Wohnfläche 20,22 qm. Alle Wohnungen sind mit den immer wieder von den Werktätigen geforderten Abstellkammern ausgestattet, erhalten ferner Bad und Diele mit besonderer Stellfläche für die Flurgarderobe.

Abbildung 4, Typ W 52/6, zeigt einen Vierspänner für Ost-West-Lage mit vier Zweizimmerwohnungen pro Etage. Dieses ist ein äußerst wirtschaftlicher Grundriß, der in genauer Symmetrie auf jeder Seite des Grundrisses zwei Zweizimmerwohnungen aufweist. Das Wohnzimmer ist 17,28 qm, das Schlafzimmer 14,32 qm groß. Bei diesem Grundriß sind zwei Wohnungen mit besonders großen Küchen (10,85 qm) ausgestattet, die als ausgesprochene Essküchen anzusehen sind. Die beiden westlichen Wohnungen haben 7,21 qm große, sogenannte Kochküchen, in denen die Normalküchenmöbel aufstellung finden. Besondere Abstellräume konnten bei zwei Wohnungen Berücksichtigung finden. Die in der heißen Jahreszeit oft gewünschte Querlüftung wird durch besonders angeordnete Entlüftungsrohre, die bis über das Dach hinausgehen, ermöglicht. Die Wohnungen haben eine mittlere Nutzfläche von 50,0 qm und eine reine Wohnfläche von 31,65 qm.

Zur Ausstattung der Wohnung, die den Wohnwert der Wohnung ebenfalls wesentlich beeinflußt, gehört selbstverständlich eine genügende wärme- und schallschutzbietende Decke. Die Fußböden der Küchen, Badezimmer und WC sollen Massiv-Fußböden mit Terrazzo- oder Fliesenbelag erhalten. Die Wohnräume werden mit einem möglichst fugenlosen und gut zu reinigenden Fußbodenbelag versehen. Wohn- und Schlafräume bekommen Doppelfenster. Mit geringen Ausnahmen erhalten die Wohnungen ortsfeste Kachelöfen in mittelschwerer Ausführung. Die Bäder werden mit Badewanne, Badofen oder einem Gas-Wassererhitzer sowie WC und soweit möglich mit einem Handwaschbecken versehen. In der Küche werden Ausguß und Spülbecken nach Möglichkeit aus zwei gleichen Körpern in verschiedener Höhe angebracht. Die Küchenherde kommen vorwiegend als ortsfeste Ausführung oder als transportabel kombinierte Elektro-Kohle- bzw. Gas-Kohle-Herde zur Aufstellung.

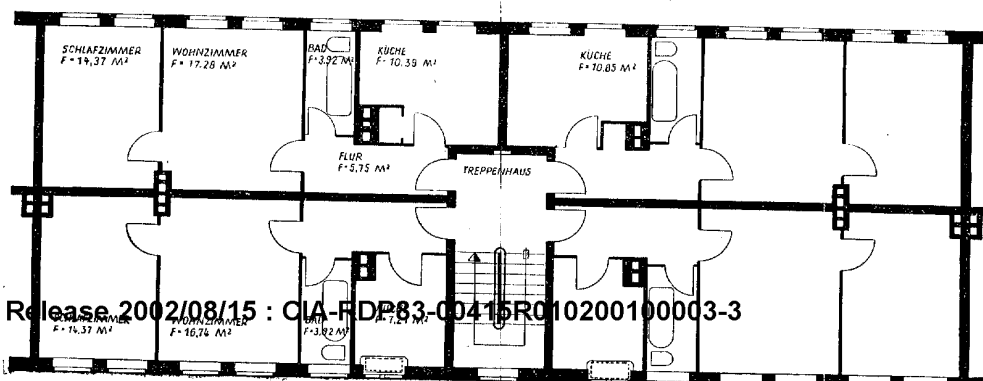


Abb. 4

Die Zeichnungen zeigen, daß es den Projektanten gelungen ist, Grundrisse mit einem wesentlich höheren Wohnwert zu schaffen, als es bei den Typengrundrissen des Vorjahres der Fall war, und nicht nur das, es ist auch gelungen, in weitgehendem Maße die Forderung der Aktivisten nach Grundrissen, die die Anwendbarkeit neuer Arbeitsmethoden möglich machen, zu erfüllen.

Es war im Rahmen dieser Ausführungen nicht möglich, auf alle Probleme des Wohnungsbaues einzugehen. Die nicht erörterten Probleme der Gestaltung der Küchen (Wohnküche, Kochküche,

Essküche, Einbauküche) oder die Frage der Gestaltung der Bäder (Brausebad, Badewanne oder Gemeinschaftsbad), die Frage der Fahrrad- und Kinderwagengarage im Keller, die Frage der Waschanlagen sowie das Problem der Einbaumöbel werden in einem späteren Aufsatz erörtert werden. Wir hoffen, daß die Leser des „Demokratischen Aufbau“ uns bei der weiteren Lösung der Frage des Wohnraums für die Werktätigen behilflich sind und ihre Meinung zu den Problemen des Wohnungsbaues, insbesondere zu den gezeigten Grundrissen, dem Ministerium für Aufbau mitteilen.

Neue Arbeitsmethoden bei der Wohnraumlentkung

In letzter Zeit sind Kreise und Gemeinden dazu übergegangen, neue Arbeitsmethoden einzuführen, um den Wünschen der Bevölkerung auf gerechte Wohnraumverteilung nachzukommen. Im Kreis Großenhain sind sogenannte Bürgermeisterbrigaden gebildet worden, die sich wie folgt zusammensetzen: ein Bürgermeister (ortsfremd), ein Angehöriger der Sonderkategorie (ortsangehörig), ein ehemaliger Umsiedler (ortsfremd), ein ehemaliger Umsiedler (ortsangehörig). Durch diese Kommission werden alle Gemeinden des Kreises auf freien oder nicht genügend ausgenutzten Wohnraum überprüft. Der erfaßte unterbelegte oder freie Wohnraum wird in öffentlichen Sitzungen unter Verantwortung der zuständigen Dienststellen verteilt. In Görlitz geht man ähnliche Wege. Hier arbeiten zwölf Kommissionen. In jeder Kommission ist ein Altbürger, ein Neubürger, ein bis zwei Frauen und ein Jugendlicher vertreten. Dazu kommt ein Mitglied des Hauptwohnungsausschusses sowie ein Angestellter des Wohnungsamtes. Die Verantwortung des Wohnungsamtes ist durch die Kommissionen selbstverständlich nicht aufgehoben.

Die Bildung von Arbeitsbrigaden zur Überprüfung der Kreisverwaltung durch die Abteilung Wohnungswesen im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit hat sich ebenfalls gut bewährt. Zu den Brigaden gehört ein Vertreter des Landeswohnungsamtes, ein Vertreter des Landeswohnungsausschusses, ein Vertreter des betreffenden Kreises und ein Vertreter eines Nachbarkreises. Das Ziel dieser Brigadenarbeit ist, an Hand von Beschwerden Überprüfungen an Ort und Stelle vorzunehmen, die Arbeit der Kreiswohnungsämter und der örtlichen Wohnungsämter zu kontrollieren und Mißstände nach Möglichkeit sofort abzustellen. So war z. B. die für den Kreis Borna eingesetzte Brigade in der Lage, einige Fälle sofort zu bereinigen. Auch Schulungen und Arbeitsbesprechungen der Wohnungsausschüsse werden in den einzelnen Bezirken des Kreises von qualifizierten Sachbearbeitern durchgeführt. Durch die Schaffung einer engen Verbindung des Kreiswohnungsamtes Borna mit der Stadt Leipzig konnten weiterhin in solidarischer Nachbarschaftshilfe dringende Wohnungsfälle eine befriedigende Lösung finden.

Für die Folgezeit ist vorgesehen, den Kreis Meißen besonders zu bearbeiten und als Musterbeispiel für die Unterbringung von Landarbeitern zu entwickeln, denn die menschenwürdige Unterbringung der Landarbeiter ist eine ebenso wichtige Frage wie die Unterbringung der Arbeiter in den volkseigenen Betrieben. Die Stadt Radeberg soll das Musterbeispiel für eine gute Zusammenarbeit zwischen Wohnungsamt und Großbetrieben geben. Bisher war die Verbindung der Wohnungsbehörden mit den Betrieben vielfach mangelhaft, und auch dies muß abgestellt werden.

Einen treffenden Beweis, daß es möglich ist, das Problem der Wohnraumlentkung auch unter ungünstigen Umständen zu lösen, gibt der 6000 Einwohner zählende Ort Bernsdorf, Kreis Hoyerswerda. Dort wird aus der Wohnraumlentkung kein Geheimnis gemacht. Unter verantwortlicher Leitung der Wohnungsbehörde tagen und arbeiten die Wohnungsausschüsse frei und offen, und der Erfolg ist, daß keine nennenswerten Beschwerden eingehen, obwohl auch hier zahlreiche Wünsche hinsichtlich einer besseren Wohnraumverteilung vorliegen. Aber die Bevölkerung kann sich davon überzeugen, daß sowohl von den ehrenamtlichen Mit-

arbeitern als auch von den Behörden alles getan wird, was unter den gegebenen Umständen möglich ist, und darauf kommt es wesentlich an.

O. E.

*

Zur besseren operativen Arbeit auf dem Gebiet der Wohnraumlentkung wurde beim Rat der Stadt Riesa ein Plan vorgeschlagen, dem folgende Punkte zugrunde liegen:

1. Mit Hilfe der Blockparteien, der Nationalen Front und der Stadtverordneten wird für jeden Wahlbezirk mindestens eine Wohnungskommission gebildet (etwa sechs Personen). In den Kommissionen sind die Umsiedler entsprechend zu berücksichtigen.
2. Das Wohnungsamt übernimmt gemeinsam mit dem Wohnungsausschuß die Anleitung der Kommissionen, ihre Schulung und die Auswertung der Überprüfungsergebnisse.
3. Die Kommissionen, die bei Bedarf zahlenmäßig erweitert werden können, überprüfen in ihrem Wahlbezirk die Wohnverhältnisse sämtlicher Familien, die in einem vom Wohnungsamt erstellten Formblatt festgehalten werden.
4. Nach Abschluß der Überprüfung werden die Ergebnisse in den Aufklärungslokalen der Nationalen Front untersucht. Die Bevölkerung kann zu den aufgeworfenen Problemen Stellung nehmen. Die Familien, bei denen Erfassungen oder Wohnungstausche vorgenommen werden sollen, können zu ihrer eigenen Angelegenheit sprechen. Es muß versucht werden, die Einsprüche und Beschwerden gleich in den Aufklärungslokalen abschließend zu behandeln, damit eine schnelle Durchführung der Maßnahmen sichergestellt ist. Bei den Auswertungen der Überprüfungsergebnisse muß ein Vertreter des Wohnungsamtes oder ein Ausschußmitglied bzw. ein Stadtverordneter anwesend sein.
5. Über die Beschlüsse ist ein Protokoll aufzunehmen, das unverzüglich dem Wohnungsamt zuzuleiten ist. Das Wohnungsamt überprüft mit dem Wohnungsausschuß die Rechtmäßigkeit der gefaßten Beschlüsse, insbesondere die Frage, ob nicht bindende gesetzliche Bestimmungen verletzt wurden.
6. Die Betriebe und Schulen sind anzuregen, daß sie über die einzelnen Wahlbezirke Patenschaften übernehmen. Es dürfte sich empfehlen, jeder Kommission eine schreibgewandte Person zuzuteilen.
7. Der DFD und die Sozialkommissionen sind zur Mithilfe zu veranlassen.
8. Die Bevölkerung ist aufzufordern, Meldungen über unterbelegte Wohnungen und besondere Mißstände in den Aufklärungslokalen abzugeben, bzw. der Stadtverwaltung zuzuleiten. Die Angaben sind sofort den zuständigen Kommissionen zu übergeben, damit sie bei den Wohnraumbegehungen berücksichtigt werden können.
9. Vor Beginn dieser Aktion findet eine Sitzung der Stadtverordneten über Maßnahmen zur gerechten Wohnraumverteilung statt.
10. In jedem Aufklärungslokal der Nationalen Front bzw. in den Abstimmungslokalen findet zuvor eine Aussprache über Sinn und Zweck der Aktion statt. Die aktuellen politischen Tagesfragen sind damit in Verbindung zu bringen.

11. Die Aktion ist in der Presse entsprechend bekanntzumachen und zu begründen. Über den Verlauf und den Erfolg werden wöchentliche Berichte an die Presse gegeben.

12. Nach Abschluß der Aktion wird ein Schlußbericht mit den Ergebnissen zusammengestellt, der vom Stadtverordnetenkollegium zu behandeln, in den Wahlbezirken und der Presse bekanntzugeben ist.

13. Die Erfahrungen aus dieser Aktion sind über die zuständigen Stellen der Landesregierung zuzuleiten, damit andere Städte aus den Erfahrungen lernen und der Meinungsaustausch zwischen den Wohnungsbehörden angeregt wird.

14. Vor Beginn der Aktion sind die ehrenamtlichen Helfer in einer Kurzschulung zusammenzufassen, wozu das Wohnungsamt einen Plan aufstellt. Diese Schulung findet dann regelmäßig in bestimmten Abständen statt.

15. Die Kommissionen bilden den Grundstock der ehrenamtlichen Helfer, der auch nach Abschluß der Wohnraumbegehungsaktion beibehalten bzw. erweitert wird.

16. Für die nach Abschluß der Aktion sich neu ergebenden Aufgaben wird ein weiterer Plan entwickelt.

Die Gewerkschaftsarbeit in den Ministerien

Der Bundesvorstand des FDGB hat eine Kampagne zur Verstärkung der innergewerkschaftlichen Demokratie eingeleitet. Instrukteure des Bundesvorstandes stellten in einigen Betrieben Untersuchungen an, deren Ergebnisse Anlaß sein müssen, einen energischen Kampf zur weiteren Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie zu führen. Auch der Zentralvorstand der Gewerkschaft Verwaltungen, Banken, Versicherungen hat mit einigen Instrukteurgruppen die Tätigkeit der Ministerien in bezug auf die gesamte Gewerkschaftsarbeit, die Entwicklung von Brigaden und Plänen zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit, die Förderung und Qualifizierung von Frauen überprüft. In einer Pressekonferenz wurden diese Ergebnisse, die die Instrukteurgruppen während ihrer mehrwöchigen Arbeit ermittelten, bekanntgegeben.

Im Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik konnte bisher von einer Gewerkschaftsarbeit, wie sie wirklich erforderlich ist, kaum gesprochen werden, da jede Massenarbeit fehlte. Die Betriebsgewerkschaftsleitung dieses Ministeriums war noch nach dem alten Organisationsprinzip mit Schriftführer und ohne Kommissionen für die Massenarbeit aufgebaut. So fehlte z. B. die Kommission für gewerkschaftliche Agitation überhaupt, während die Arbeit der anderen Kommissionen von einzelnen Kollegen durchgeführt wurde, die ihre Aufgaben nicht kannten. Die Arbeit der Gewerkschaftsorganisatoren ging nach dem überholten Prinzip der Vertrauensmänner als Nur-Kassierer vor sich, und der Beschluß des 3. FDGB-Kongresses, Gewerkschaftsorganisatoren zu entwickeln, wurde insofern rein formal durchgeführt, als die Vertrauensmänner der Einfachheit halber in Gewerkschaftsorganisatoren umgetauft wurden. Die BGL-Sitzungen fanden monatlich nur zweimal statt, wobei eine Beschlußprotokollführung, in der die Aufgaben der Betriebsgewerkschaftsleitung festgelegt werden, unbekannt war. Die Entwicklung der kulturellen Massenarbeit wird entscheidend dadurch gehemmt, daß der fünfzehnprozentige Beitragsrücklauf seitens der Berliner FDGB trotz mehrmaliger Forderungen nicht erstattet wird. Trotzdem gelang es der besonderen Initiative zweier Kolleginnen, bereits einen Chor, eine Tanzgruppe und eine Laienspielgruppe zu bilden.

Die bisher schlechte Gewerkschaftsarbeit im Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik hatte ihre Ursache darin, daß die Belegschaft nicht ihr Mitbestimmungsrecht erkannt und angewandt hatte. Darüber hinaus hatte die Leitung des Ministeriums ihre Aufgabe, neben der fachlichen auch die gesellschaftspolitische — hier ganz besonders die Gewerkschaftsarbeit — zu beachten, versäumt. Die ungenügende Beschäftigtenzahl von Frauen (35 Prozent) und Jugendlichen (9 Prozent) spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der BGL und AGL wider. So sind in der siebzehnköpfigen Betriebsgewerkschaftsleitung nur vier Kolleginnen und ein Jugendlicher vertreten. Darum stellte die Instrukteurgruppe der BGL die Aufgabe, die Einstellung der Personalleitung und ganz besonders der Hauptabteilungsleiter zur Frage des Fraueneinsatzes und der Frauenförderung zu überprüfen. Von den Abteilungsleitern sind beispielsweise nur vier Frauen. Es wird eine Aufgabe aller Beteiligten sein, den Einsatz von Frauen so voranzutreiben, daß sie in den noch zu besetzenden Planstellen stärker

in Erscheinung treten. Zur Durchführung einer gesünderen Personalpolitik ist auch die Beseitigung von Unterbezahlungen und die bessere Anwendung der Leistungsstufen als Ansporn erforderlich. Die Leistungsstufen sind in der Stufe 1 nur mit 45 Prozent und in der Stufe 2 mit 20 Prozent in Anspruch genommen. Ähnlich wie im Ministerium des Innern haben die gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Ministerium der Finanzen ihre Tätigkeit bisher nur in der Beitragskassierung gesehen. Auch die Kommissionen arbeiteten ungenügend. Ihre Aufgaben wurden in den meisten Fällen von den Leitern der Kommissionen durchgeführt. Die Arbeit des Betriebsfriedenskomitees wurde ebenfalls stark unterschätzt. Die Friedensfreunde hatten nicht erkannt, daß der Briefwechsel mit den westdeutschen Friedensfreunden in zunehmendem Maße durch gute Anleitung der Korrespondenzzirkel gefördert werden muß. In der Aufklärungsarbeit konnte das Ministerium mit 37 arbeitsfähigen Aufklärungsgruppen im Betrieb und in der Patengemeinde Hohen-Neuendorf gute Erfolge erzielen. Der Betriebsfunk jedoch findet noch nicht die richtige Auswertung. Darum wurde die Bildung einer Redaktionskommission und eines Sprechaktivs sowie die planmäßige Inbetriebnahme beschlossen. Die Wandzeitungen sind nicht das Spiegelbild des Betriebes. Kritik und Selbstkritik müssen in der Wandzeitung besser angewandt werden. Darum wurde beschlossen, in allen Abteilungen Wandzeitungen anzubringen. Die kulturelle Arbeit im Betrieb wurde ebenfalls noch nicht auf breiter Basis entwickelt. Eine Laienspielgruppe ist jetzt ins Leben gerufen. Eine Volkstanz-, eine Musik- und eine Sportgruppe sollen nach dem neuen Arbeitsplan in Kürze gegründet werden.

Wettbewerbe sind hauptsächlich nur in der Abgabenverwaltung durchgeführt worden. Die Förderung des Vorschlagwesens als Hebel zur Entfaltung der Masseninitiative, zur Verbesserung der Qualität in der Verwaltungsarbeit, zur Senkung der Verwaltungskosten und zur Ausschöpfung der innerbetrieblichen Reserven war im Ministerium der Finanzen bisher vollkommen ungenügend. Für die Betriebsabendschule sind die Vorbereitungen im vollen Gange. Die Schulungskommission wird die Beschickung der Gewerkschaftsschulen nach einem besonderen Plan vornehmen, eine Arbeit, die bisher stark vernachlässigt wurde. Zur weiteren Unterstützung und zur Vorbereitung der Kollegen für die Gewerkschaftsschulen wurde beschlossen, eine Betriebsgewerkschaftsschule mit kurzfristigen Externats-Lehrgängen einzurichten. Lehrgänge für die seit kurzer Zeit bestehende fachliche Betriebsvolkshochschule sind bereits angelaufen und werden stark in Anspruch genommen.

Im Ministerium für Volksbildung haben die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre die Beschlüsse des 3. FDGB-Kongresses offenbar noch nicht studiert. Es könnte hier wohl sonst kaum die Meinung aufkommen, die Durchführung der innerbetrieblichen Schulung allein genüge, um die Masseninitiative für die Verbesserung und Verbilligung der Verwaltungsarbeit zu entfachen. Zu der letzten Schulung der Gewerkschaftsmitglieder im April 1951 erschienen trotz der Bedeutung des Themas „Die Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf um den Frieden“ mit reichlicher Verspätung nur 13 Kollegen — etwa 4 Prozent der Belegschaft. Seither unterblieb jegliche Schulung auf gewerkschaftspolitischem Gebiet! Man muß den Kollegen im Ministe-

rium für Volksbildung die Frage vorlegen, ob sie wirklich der Meinung sind, daß dort eine Aufklärung nicht mehr notwendig sei. Kräfte, die imstande sind, eine gute Schulungsarbeit zu leisten, sind zweifellos vorhanden. Ein Beweis, daß man es im Ministerium für Volksbildung sonst richtig versteht, sind die wirklich vorbildlichen seminaristischen Schulungen und die Arbeitsbesprechungen, bei denen alle Kollegen unterschiedslos lebhaft mitarbeiten und in denen Kritik und Selbstkritik gut angewandt werden.

Aber der Entfaltung der Masseninitiative zur Änderung bisheriger Arbeitsmethoden scheint man vielfach noch gleichgültig gegenüberzustehen. Verantwortungsbewußte Mitarbeiter, die zur Einsparung von Verwaltungskosten Verbesserungsvorschläge einreichen, übergaben sie dem ehemaligen BGL-Vorsitzenden Brezina, der sie seit Oktober v. J. in einer Schublade seines Schreibtisches stapelte. Den Kollegen, die sich der Mühe unterzogen, über ihre Arbeit nachzudenken und eine Änderung alter Arbeitsmethoden vorzuschlagen, wurde jetzt erst durch das Eingreifen der Instrukteurgruppe eine Benachrichtigung über den Eingang ihres Vorschlages zugestellt. Heute werden die Verbesserungsvorschläge schnellstens bearbeitet und ausgewertet.

Zu wenig Gedanken macht man sich auch hier über die weitere Qualifizierung der Frauen. So wurde beispielsweise in der Abteilung Heimerziehung eine 28jährige Kollegin als Sachbearbeiterin mit der Perspektive des Aufstiegs zur Referentin eingestellt. Die Abteilungsleiterin erklärte, daß die Kollegin fachlich hierzu gut geeignet wäre, aber es fehlt an Stenotypistinnen, und so wurde die junge Kollegin ausschließlich mit Schreibmaschinenarbeiten beschäftigt — trotz Staatsexamens und guter Beurteilung durch die leitenden Kollegen!

Die Bereitschaft zur kulturellen Betätigung zeigt sich bei den Kollegen des Ministeriums für Volksbildung im Vorhandensein eines Chores, einer Klampfengruppe, eines Gymnastikzirkels und in der Gründung einer Laienspielgruppe. Ferner wurden laufend gute Filme im Kultursaal des Ministeriums vorgeführt. Filme aber kosten eine Leihgebühr. Die Mittel hierfür sind im Etat des Ministeriums nicht vorgesehen. Darum wurden die Gebührenrechnungen an die Berliner Gewerkschaft VBV gesandt, die dann auch bezahlte. Eines schönen Tages fand dieser Zustand ein Ende, die Rechnungen blieben liegen, und der Filmverleih weigerte sich, weitere Filme zur Verfügung zu stellen. Zur Sicherstellung weiterer Vorführungen schlug nun die BGL in einer Belegschaftsversammlung vor, von jedem Kollegen pro Tag einen „Kulturpfennig“ einzuziehen. Hier erhebt sich die Frage, aus welchen Gründen die Gewerkschaft VBV Berlin eine Sonderregelung über die Rückgabe der Beitragsanteile für die Finanzierung der kulturellen Betätigung in Betrieben mit über 200 Gewerkschaftsmitgliedern getroffen hat.

Eine bedenkliche Unterschätzung der Gewerkschaftsarbeit zeigte sich bei einigen Funktionären im Ministerium für Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik. Hier erstreckte sich die Tätigkeit der Instrukteurgruppe hauptsächlich auf die Feststellung der Mängel und Schwächen in der gewerkschaftlichen Arbeit, wobei gleichzeitig Fehler in der fachlichen Arbeit zu beanstanden waren, so z. B., daß in verschiedenen Abteilungen keine Arbeitsbesprechungen durchgeführt wurden. Die schwache gewerkschaftliche Arbeit in diesem Ministerium kommt vielfach in der Antwort „Keine Zeit, keine Zeit...!“ einer Anzahl von Kollegen zum Ausdruck. Besonders bezeichnend ist die Meinung einiger Staatsfunktionäre, daß sie mit fachlicher Arbeit überlastet seien und deshalb für gesellschaftliche Tätigkeit keine Zeit mehr finden. Auch bei der Entwicklung von Brigaden zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit, zur rationelleren Organisation der Arbeit und zur Einsparung von Verwaltungskosten und Arbeitskräften zeigten sich diese Schwächen. Keine Aufklärung in diesen Dingen, keine breite Diskussion und keine Anleitung von Seiten der Berliner Gewerkschaftsorganisation und der Betriebsgewerkschaftsleitung, kein Studium des bedeutenden Artikels von Anton Plenikowski über „Brigaden in der Verwaltung“ (Demokratischer Aufbau, Heft 3/1951, S. 68) und der Ausführungen Walter Ulbrichts in Forst Zinna — daher weder eine Brigade noch ein Plan zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit!

Werden die Kraftfahrer vergessen?

Die Mitarbeiter im Staatsapparat haben längst erkannt, daß es notwendig ist, sich zu qualifizieren, um unsere demokratische Entwicklung schneller vorantreiben zu können. Ihre Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben wächst, die Betriebsorganisationen der Parteien und Massenorganisationen zeigen größere Aktivität. Diese Entwicklung ist im allgemeinen bei allen Angestellten unserer Verwaltungen festzustellen. Es gibt aber Anzeichen dafür, daß unsere Kraftfahrer mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten haben.

Unsere Kollegen Fahrer haben eine große Verantwortung. Ihre Aufgabe ist es, Funktionäre, Abordnungen und Delegationen schnell und sicher zu befördern. Von ihrer Fachkenntnis, Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit hängt die reibungslose Durchführung oft wichtiger Maßnahmen ab. Die Tätigkeit unserer Kraftfahrer bedingt, daß sie die vorgeschriebene Arbeitszeit fast bei allen Dienststellen erheblich überschreiten, besonders wenn sie im Ferieneinsatz stehen. Durch diese Belastung haben sie nicht immer Gelegenheit, so wie die Kollegen, die sich ständig im Arbeits- oder Wohnort befinden, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. An der innerbetrieblichen Schulung, am Parteischuljahr der SED sowie an den Schulungen der Massenorganisationen nehmen sie aus dem gleichen Grunde ebenfalls meist unregelmäßig teil. Andererseits verstehen es die verantwortlichen Kollegen, die die Personenwagen in Anspruch nehmen, vielfach nicht, während der Dienstfahrten die Kraftfahrer durch politische und fachliche Gespräche anzuregen. Obwohl diese Schwächen allgemein bekannt sein dürften, ist trotz verschiedener Bemühungen, gerade bei unseren größeren Verwaltungen, die einen Kraftwagenpark unterhalten, noch nichts oder nur sehr wenig geschehen, um diesen Zustand zu ändern. Den Ministerien der Deutschen Demokratischen Republik ist es noch nicht gelungen, Kader von Kraftfahrern zu entwickeln. Die Schaffung von Arbeitskollektiven soll der Beginn sein, um das fachliche und gesellschaftliche Wissen zu bessern. Die Einführung der Hundertertausender-Bewegung ist ein weiterer Schritt dazu. Wir werden aber auf diesem Gebiet zu keinem vollen Erfolg kommen, wenn unsere Verwaltungsfunktionäre nicht selbst die Initiative ergreifen und ihren Fahrern gerade während längerer Dienstreisen Anregung und Anleitung für ein Selbststudium geben. Gerade bei größeren Fahrten mag der Fahrer einen erheblichen Teil seiner oft beträchtlichen Wartezeit für den unerlässlichen Schlaf oder für Reparaturen und die Überprüfung des Wagens benötigen, aber zweifellos wird er immer noch Zeit für eine Diskussion oder das Studium leichtverständlicher Literatur finden können. Empfehlen wir unseren Kraftfahrern das Beispiel ihrer Kollegen in der Sowjetunion, die im allgemeinen ihre Wartezeit stets lesend und lernend im Wagen verbringen! Die größeren Verwaltungen und sonstigen Dienststellen, die über einen Kraftfahrpark verfügen, sollten gemeinsam mit dem FDGB untersuchen, ob es nicht in der weiteren Entwicklung möglich ist, auch für die Kraftfahrer eine annähernd geregelte Arbeitszeit durchzuführen, so daß sie die Möglichkeit erhalten, für ihre gesellschaftliche Entwicklung und ihre Teilnahme am politischen und kulturellen Leben das tun zu können, worauf auch sie als fortschrittliche Menschen ein unabdingbares Recht haben. P. H.

Es ist auch unverständlich, daß in einem Ministerium, das in letzter Zeit maßgeblich an der Ausarbeitung fortschrittlicher Gesetze beteiligt war, kein Kollege zum 1. Mai ausgezeichnet werden konnte. Die hierfür verantwortlichen Kollegen hatten die Ausrede, daß sie von Seiten des FDGB keine Anleitung erhalten hätten und daß ihnen für Vorschläge nur acht Tage zur Verfügung standen! Die Unterschätzung der Frau im allgemeinen und der Stenotypistin im besonderen geht in diesem Ministerium so weit, daß Stenotypistinnen teilweise nicht an den Arbeitsbesprechungen teilnehmen dürfen. Bisher übernahm auch noch keiner der Kollegen in leitender Stellung die Verpflichtung, eine Frau zu fördern oder zu entwickeln. Die Folge davon ist, daß

durch diese Unterschätzung der gesellschaftlichen und staatspolitischen Funktion der Frau diese bei der Gewerkschaftsarbeit kaum in den Vordergrund getreten ist.

In den Diskussionen der Instrukteurgruppe mit den Kollegen des Ministeriums konnte festgestellt werden, daß die Bereitschaft zur Mitarbeit vorhanden ist, wie das bereits vorhandene gute Beispiel eindeutig zeigt. Dem Berliner Vorstand der Gewerkschaft VBV raten wir daher, sich mehr als bisher um die Kollegen im Ministerium für Arbeit zu kümmern und ihnen bei der Überwindung ihrer Schwächen behilflich zu sein. —

Herbert Warnke führte in Chemnitz aus, daß der Kern unserer Kritik und Selbstkritik sich gegen den Mangel an innergewerkschaftlicher Demokratie richten muß, weil dieser Mangel das

größte Hindernis bei der Entfaltung neuer Arbeitsmethoden ist, weil Anregungen und Vorschläge nicht genügend beachtet werden. Ohne eine breite Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie können die Gewerkschaftsleitungen das Mittel der Überzeugung bei der Bildung eines neuen Bewußtseins nicht anwenden.

Darum: Ohne gute Gewerkschaftsarbeit, ohne Durchführung der Beschlüsse des FDGB-Bundesvorstandes und der Entschließung der Chemnitzer Konferenz vom 15. Juli 1951, ohne die Anleitung des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Verwaltungen, Banken, Versicherung keine Verbesserung der Arbeit — nicht nur in den Ministerien!

B.

Die ständigen Kommissionen des Moskauer Sowjets

In der Sowjetunion werden zur staatlichen Tätigkeit weite Kreise der Werktätigen herangezogen, die früher außerhalb des politischen Lebens standen. Für die örtlichen Sowjets wurden rund 1 ½ Millionen Deputierte aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz gewählt, und an der Arbeit der ständigen Kommissionen der örtlichen Sowjets nehmen weitere Millionen von Werktätigen teil. Diese Kommissionen wurden zur Unterstützung der Sowjets geschaffen. Sie werden für die Wahlperiode der Sowjets auf deren Tagungen gewählt und aus den Reihen der Deputierten zusammengestellt. Zu ihrer Hilfe können sie das örtliche Aktiv sowie Vertreter der Massenorganisationen heranziehen. Den ständigen Kommissionen des Moskauer Stadt- und Bezirkssowjets stehen als Aktiv allein rund 11 000 Werktätige zur Seite. Ihre Arbeitspläne stellen die Kommissionen in der Regel für ein Vierteljahr auf. Diese Pläne werden mit den Arbeitsplänen der Bezirks-Vollzugskomitees koordiniert und in den Sitzungen der Kommissionen, die mindestens ein- bis zweimal monatlich einberufen werden, bestätigt. In den Plänen ist die Überprüfung der Arbeit aller Ämter des Vollzugskomitees und der dem Bezirkssowjet unterstellten Betriebe, ferner die Kontrolle über die Beschlußdurchführung der Bezirkssowjets hinsichtlich der Erfüllung aller Wähleraufträge sowie die Ausarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen und kulturellen Betreuung der Bevölkerung vorgesehen. Zur Förderung des Erfahrungsaustausches und zur weiteren Hilfe für die ständigen Kommissionen beruft das Vollzugskomitee des Moskauer Sowjets außerdem Fachsitzungen von Vertretern der ständigen Kommissionen der Bezirkssowjets ein. Bei allen Fragen, die die Interessen der Bezirke berühren, werden auch die Vorsitzenden der Kommissionen der Bezirkssowjets hinzugezogen.

An der Arbeit der 14 ständigen Kommissionen des Moskauer Sowjets nehmen rund 1200 Deputierte und 2500 Fachleute der Kommunalwirtschaft, Ingenieure, Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer und Spezialisten der Produktion teil. In den 25 Bezirkssowjets von Moskau wurden 271 ständige Kommissionen gebildet, und zwar 9 bis 13 ständige Kommissionen für jeden Bezirkssowjet, je nach den Bedürfnissen der einzelnen Bezirke. Insgesamt sind in den ständigen Kommissionen der Bezirkssowjets 3773 Deputierte als Mitglieder, 1042 Deputierte im Aktiv und außerdem weitere 3290 Personen tätig.

Mit welchen konkreten Fragen befassen sich nun die ständigen Kommissionen der Moskauer Sowjets? Die Finanzkommissionen nehmen an der Ausarbeitung der Haushaltsentwürfe teil, sprechen über alle damit zusammenhängenden Fragen in den Tagungen der Sowjets, überprüfen die Durchführung der angenommenen Haushaltspläne. Sie nehmen Einblick in das Finanz- und Wirtschaftsgebaren der Organisationen, die den Vollzugskomitees unterstellt sind, prüfen, ob die Lohnfonds für die Abteilungen und Verwaltungen der Vollzugskomitees richtig ausgegeben, ob die Pensionen zu Recht und richtig ausgezahlt werden, ob die Sparkassen richtig arbeiten und ob die Mieten bei den Hausverwaltungen eingehen. Die Schulkommissionen unterstützen die

Lehrer aktiv bei der Festigung der Verbindung zwischen Schule und Familie, insbesondere bei der Durchführung von Elternversammlungen. Viele Schulkommissionen der Moskauer Sowjets studieren und erörtern in mehreren Sitzungen unter Hinzuziehung des Aktivs Fragen der Ferienbetreuung und Fragen über die Verbesserung der Arbeit in den Schulzirkeln. Vor Beginn des neuen Schuljahres prüfen sie die Versorgung der Schulen mit Brennstoff, Lernmitteln und Zubehör sowie die Ausstattung der Schulräume. Besondere Aufmerksamkeit wenden sie der restlosen Erfassung aller schulpflichtigen Kinder durch die Schule zu. Ihre Vorschläge bringen sie bei den Vollzugskomitees der Sowjets ein, damit entsprechende Beschlüsse gefaßt werden können.

Wichtige Arbeit leisten auch die anderen ständigen Kommissionen des städtischen und der Bezirkssowjets von Moskau. Die ständige Wohnungskommission des Frunse-Bezirkssowjets begann ihre Arbeit mit dem Studium der Wähleraufträge. In ihren Sitzungen erörterte sie eine Reihe wichtiger Fragen, so z. B. die Realisierung der Wähleraufträge durch das Wohnungsamt des Bezirks oder die Ergebnisse der Wahl gesellschaftlicher Hilfskommissionen bei den Hausverwaltungen und den Verlauf der Erfüllung des Planes für Hauptreparaturen an den Häusern im Jahre 1951. Im Auftrage der Kommission hatte eine Deputiertengruppe gemeinsam mit dem Aktiv zu überprüfen, wie die Beschwerden und Aufträge der Werktätigen im Kropotkinski-Wohnungsamt bearbeitet werden. Die Überprüfung ergab, daß bisher keine befriedigende Arbeit geleistet wurde. Die Kommission machte den Leiter des Amtes auf die festgestellten Mängel aufmerksam und empfahl praktische Maßnahmen zu ihrer Behebung. Bei einer nochmaligen Überprüfung stellte sich aber heraus, daß in der Bearbeitung der Anträge und Beschwerden noch keine wesentliche Besserung eingetreten war. Daraufhin wurde die Angelegenheit dem Vollzugskomitee des Bezirkssowjets unterbreitet. Auf dessen Beschluß wurde der Leiter des Wohnungsamtes seines Postens enthoben. Der neue Leiter des Wohnungsamtes wurde aufgefordert, die Bearbeitung der Anträge und Beschwerden der Werktätigen neu zu regeln. Die Ausführung dieses Beschlusses wird von der Kommission kontrolliert.

Die ständige Industriekommission des Stalin-Bezirkssowjets hat der Einführung fortschrittlicher Arbeitsmethoden nach Kowaljow besondere Beachtung geschenkt. Auf Grund einer Betriebsüberprüfung bei der Vereinigung der örtlichen Industrie wurde festgestellt, daß die Kowaljow-Methode nur in einer Fabrik Anwendung fand. Die Kommission erörterte darauf die Angelegenheit in einer erweiterten Sitzung, an der Vertreter der Betriebe dieser Vereinigung teilnahmen, und heute hat nun die Kowaljow-Methode in allen Betrieben der Vereinigung weitgehende Verbreitung gefunden.

So helfen die ständigen Kommissionen der Bezirkssowjets den Vollzugskomitees äußerst wirksam, die Pläne zur Weiterentwicklung von Wirtschaft und Kultur zu verwirklichen, die Arbeit der Ämter und Betriebe zu verbessern und volksnah zu gestalten.

P. Leonow



DIE PAWLOW-POLIKLINIK IN MAGDEBURG –

Ein Beispiel guter Planarbeit

Im Jahre 1949 wurde der Plan entwickelt, eine Groß-Poliklinik in Magdeburg zu errichten, und im März 1950 begannen die Bauarbeiten. Der Termin für die Eröffnung der Poliklinik war auf den 1. Januar 1951 festgesetzt worden. Das war ein mutiger Entschluß im Hinblick auf die große Aufgabe und die zu erwartenden Schwierigkeiten. Denn man konnte hierbei nicht auf Vorbilder und Erfahrungen in Deutschland zurückgreifen, sondern mußte nach dem Beispiel der Polikliniken in der Sowjetunion ans Werk gehen und die in der Sowjetunion erprobten Arbeitsmethoden anwenden, um die termingerechte Durchführung des Projektes zu sichern.

Schon von Anfang an machten sich aber auch hier bürokratische Hemmungen bemerkbar. Darum entschlossen sich Bauleitung, Bauarbeiter, Ärzte und Verwaltung zur eigenen schöpferischen Initiative und Verantwortung und gelobten, dem Bürokratismus keinen Spielraum zu gewähren. Es wurde ein Arbeitskollektiv unter Leitung des jetzigen Chefarztes der Poliklinik gewählt, das sich zum Ziel setzte, am 13. Oktober 1950, dem Tag der Aktivisten, bereits einen Teil der Klinik in Betrieb zu nehmen. Brigaden wurden gebildet, die neue Arbeitsmethoden entwickelten und beispielgebend tätig waren. Es kostete schwere Kämpfe gegen die damals in Fachkreisen vorherrschende Anschauung, daß es nicht möglich sei, die Poliklinik schon in einer Abteilung zu eröffnen, denn eine Poliklinik könne nur als Ganzes bestehen. Diese Zweifler wurden aber eines besseren belehrt. Die Kollegen vom Bau arbeiteten in Tag- und

Nachtschichten. Ihre Leistungen fanden die Bewunderung der Bevölkerung, die den Bau von Tag zu Tag wachsen sah.

Am 13. Oktober 1950 wurde zu Ehren des Tages der Aktivisten ein Flügel mit der prophylaktischen Abteilung eröffnet. Aus eigener Initiative heraus war das Arbeitskollektiv daran gegangen, die erforderlichen ärztlichen und sonstigen Einrichtungen zu beschaffen. Die Geräte wurden, da sie eingeplant waren, von der DHZ angefordert und auch geliefert — sogar in Fällen, wo der Freigabeschein noch nicht auf den Tisch gelegt werden konnte. Infolge dieser unbürokratischen Arbeitsweise war die Gewähr gegeben, daß nicht etwa durch den Dienstweg über die Schreibtische der Bürokraten die Eröffnung der Poliklinik zum vorgesehenen Termin in Frage gestellt wurde. Die vorfristige Eröffnung der prophylaktischen Abteilung ermöglichte es, von Oktober bis Dezember 1950 bereits 5000 Röntgenuntersuchungen durchzuführen.

Dank des verantwortungsbewußten Einsatzes aller am Bau Beteiligten konnte die gesamte Klinik planmäßig am 1. Januar 1951 ihrer Bestimmung übergeben werden. Seit diesem Tage dienen hier 3 Fachabteilungen und 20 Fürsorgeabteilungen der Gesundheit des werktätigen Volkes. 200 Räume umfaßt der Bau, in dem sich außerdem noch 2 allgemein-praktische Abteilungen sowie beratungs- und kommissionsärztliche Dienststellen befinden. Die Belegschaft arbeitet in 32 Brigaden nach einem Arbeitsplan, der auf dem Plan zur Hebung der Volksgesundheit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aufgebaut ist. Sämtliche Brigaden stellen monatlich Teilpläne auf und haben am Monatschluß über die Erfüllung der in ihrem Arbeitsplan gestellten Aufgaben Rechenschaftsberichte abzugeben. Wir können stolz sein auf diese vorbildliche Einrichtung, die freilich noch verbessert werden kann und muß. Die mit dem Bau der Pawlow-Poliklinik vollbrachte Leistung ist ein Beweis dafür, wie schöpferische Initiative und Verantwortungsbewußtsein jeden Formalismus und Bürokratismus aus dem Felde zu schlagen vermögen.

Philipp Daub, Oberbürgermeister von Magdeburg



Die Klinik verfügt über eine moderne Betriebsfunkanlage

Aufn. Royé

Freundschaftsverträge — nicht nur auf dem Papier!

Beim Abschluß von Freundschaftsverträgen ist es wichtig, einen Plan aufzustellen, aus dem klar hervorgeht, wann ein Einsatz stattfinden soll und wieviel Kollegen daran teilnehmen werden. Daß dies aber leider nur selten geschieht, beweist das folgende Beispiel: Das Volksgut K u n n e r w i t z im Kreis Niesky hatte einen Freundschaftsvertrag mit dem Sachsenverlag, der Oberlausitzer Wollgarnspinnerei und der NAGEMA in Görlitz abgeschlossen. Aber keiner der Vertragspartner regte die Aufstellung eines Einsatzplanes an, um dem Volksgut bei seiner Arbeit zu helfen. Dieses Gut hat 25 ha Gemüse angebaut, die stark unkrautet sind. Die vorhandenen Arbeitskräfte reichten nicht aus, um diese Felder vom Unkraut zu säubern, weil der größte Teil der Arbeiter für die Erntebergung auf dem Felde gebraucht wird. Ein Einsatz von 20 freiwilligen Helfern war bisher das Ergebnis einer telefonischen Rücksprache des Gutsleiters mit dem Sachsenverlag. Obwohl das Unkraut täglich weiterwuchert und bei den umliegenden Bauern größtes Ärgernis hervorruft, war es bisher nicht möglich, einen größeren Einsatz zu organisieren.

Nach einer Aussprache aber versicherte die Betriebsvertretung des Verlages, daß sie alles veranlassen würde, um in freiwilligen Einsätzen an Sonnabenden und Sonntagen zu helfen. Auch die Kollegen des volkseigenen Betriebes NAGEMA erklärten sich, nachdem man sich an sie gewandt hatte, sofort bereit, zehn Schweinehütten zu bauen und in weiteren freiwilligen Einsätzen mitzuarbeiten. Die Bereitschaft der Betriebe war also vorhanden, doch leider hatte man es beiderseits versäumt, durch Aufstellung eines realen Planes den Freundschaftsvertrag Wirklichkeit werden zu lassen.

Ein anderes Beispiel zeigt, wie man einen Freundschaftsvertrag nicht auffassen soll. Die Kreisverwaltung G r o ß e n h a i n hatte mit dem Volksgut Kalkreuth einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Die Verwaltungsangestellten waren schon in vielen Einsätzen

am Wochenende dort tätig gewesen. Daraus glaubte die Leitung des Volksgutes schließen zu können, daß bei jeder Gelegenheit die Kreisverwaltung nur angerufen zu werden brauche, um jederzeit Helfer zu erhalten. So darf aber ein Freundschaftsvertrag nicht aufgefaßt werden. Erst ist der Arbeitseinsatzplan und die Arbeitsmethode gründlich zu prüfen. In einer Arbeitsbesprechung muß man mit den Kolleginnen und Kollegen über die bevorstehenden Aufgaben diskutieren, um festzustellen, ob man nicht in der Lage ist, durch Vereinfachung der Arbeitsweise die Arbeiten ohne Zuhilfenahme freiwilliger Kräfte zu erledigen. Erst wenn dies nicht möglich ist, soll man auf den Vertragspartner zurückkommen, denn durch die Freundschaftsverträge sollen zusätzliche Arbeiten geleistet werden, um es der Landwirtschaft zu ermöglichen, den Fünfjahrplan überzuerfüllen. Bei Abschluß von Freundschaftsverträgen mit den Volksgütern und Gemeinden ist ebenfalls erforderlich, die Mitarbeit der Industriegewerkschaften, der Nationalen Front sowie der Massenorganisationen zu gewinnen.

Im Kreise N i e s k y, der über wenig Industrie, aber über viele hilfsbedürftige landwirtschaftliche Gemeinden verfügt, hat die Kreisleitung des FDGB und die Industriegewerkschaft unter Hinzuziehung der VdGB und der Kreisverwaltung festgestellt, welche Betriebe einen Freundschaftsvertrag mit Gemeinden eingehen wollen. In erster Linie werden sodann die Dörfer berücksichtigt, die einen besonderen Mangel an Arbeitskräften haben. Die Bürgermeister werden durch die Gewerkschaften über die Kreisverwaltung benachrichtigt, welcher Betrieb einen Freundschaftsvertrag für ihre Gemeinde übernommen hat. Der Bürgermeister hat dann die Pflicht, sich sofort wegen des Einsatzes mit dem Betrieb zu verständigen. Wenn Freundschaftsverträge in diesem Sinne ausgeführt werden, werden sie in Zukunft nicht nur auf dem Papier stehen. A.

Ergebnis eines Erfahrungsaustausches

Im März 1951 übermittelte uns der Rat der Stadt Köthen eine Ausfertigung eines Planes zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit. Die in dem Plan festgelegten Maßnahmen waren das Ergebnis von Verbesserungsvorschlägen und Teilplänen mit dem Ziel der Belegschaft der Stadtverwaltung, einen Durchbruch zur Entwicklung neuer Arbeitsmethoden und eine Diskussionsgrundlage für andere Verwaltungen zu schaffen. Beim Studium dieses Planes hatten wir den Eindruck, daß die Mitarbeiter des Rates der Stadt Köthen auf dem besten Wege waren, eine volksverbundene Verwaltung zu entwickeln. Wir hatten den Plan seinerzeit aus Rummangel nicht veröffentlichen können, interessierten uns jedoch dafür, welche Erfahrungen mit ihm gemacht wurden.

Man ist nun in Köthen der Meinung, daß der Plan zwar eine Verbesserung der Arbeit innerhalb der Dezernate und Sachgebiete erbringt, daß darüber hinaus jedoch für eine gute, unbürokratische Arbeitsweise der gesamten Verwaltung eine richtige Organisation unbedingte Voraussetzung ist. Ein Mittel hierzu ist der Erfahrungsaustausch, der seit geraumer Zeit zwischen den Städten Köthen, Bernburg, Aschersleben und Bitterfeld regelmäßig stattfindet, und dessen erste Ergebnisse jetzt vorliegen.

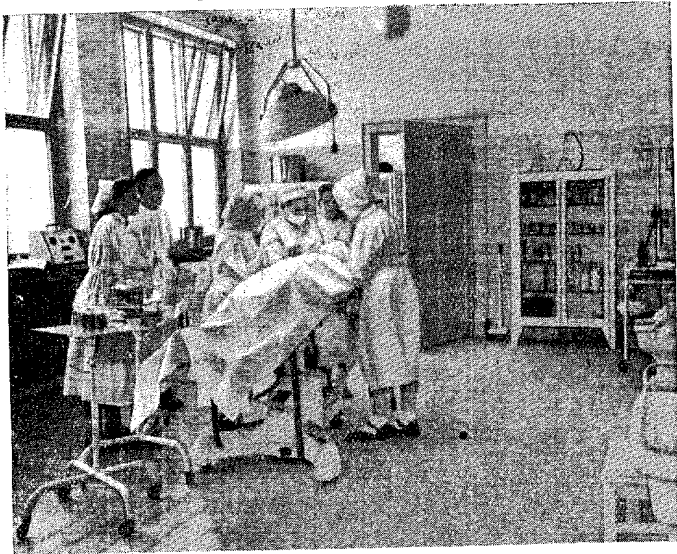
Die Grundlage für den formellen Dienstablauf einer Verwaltung ist die Dienstordnung. So wurde an Hand der „Dienstordnung der Regierung in der Deutschen Demokratischen Repu-

blik“ vom 3. November 1949 unter Angleichung an die örtlichen Verhältnisse und nach Überarbeitung der Dienstordnung der Stadt Aschersleben eine für die Stadtverwaltung Köthen in Kraft gesetzt, die ein gutes Mittel zur fachlichen Qualifizierung aller Mitarbeiter ist. Besonders im Hinblick auf den Strukturwandel unseres Staatsapparates, in dem an Stelle von Berufsbeamten neue, fortschrittliche Kräfte tätig sind, ist diese Dienstordnung das geeignete Handwerkszeug für den technischen Ablauf der Verwaltungsarbeit, das ihn in geregelte Bahnen lenkt. Die rationellere Arbeitsweise hat naturgemäß eine Vereinfachung und damit eine Kostensenkung zur Folge. Aber auch der Verwaltungsgliederungsplan entwickelte sich aus dem Erfahrungsaustausch der Städte. Er gliedert sich in Dezernat 1 Bürgermeister, Dezernat 2 Innere Verwaltung, Dezernat 3 Finanzen, Dezernat 4 Aufbau, Dezernat 5 Landwirtschaft, Dezernat 6 Handel und Versorgung, Dezernat 7 Sozialwesen, Dezernat 8 Volksbildung und ist nach dem Dezimalsystem aufgebaut, wobei die erste Ziffer das Dezernat, die zweite die Abteilung, die dritte die Unterabteilung und die vierte Ziffer das Sachgebiet bezeichnet. Hieraus ergeben sich weiterhin Geschäftszeichen und Aktenzeichen des Aktenplanes, die entsprechend den auftretenden Bedürfnissen weiterentwickelt werden können. Der Verwaltungsgliederungsplan ist gleichzeitig die Grundlage des Geschäftsverteilungsplanes.

Eine weitere Auswirkung des Erfahrungsaustausches ist die Organisationsmappe. Sie enthält eine Sammlung aller wichtigen Arbeitsunterlagen für die Stadtverwaltung wie z. B. Dienstordnung, Geschäftsverteilungsplan der gesamten Verwaltung wie auch der Abteilung, Mitarbeiter- und Fernsprechverzeichnis, Verwaltungsgliederungsplan, Verteilerschlüssel und neu hinzukommende Arbeitsrichtlinien. Die Organisationsmappe ist damit ein unentbehrliches Hilfsmittel für jeden Angestellten, da er durch sie alle Zusammenhänge besser übersehen kann und in die Lage versetzt wird, sachliche, sichere und schnelle Auskünfte an die Bevölkerung zu erteilen. bo.

Vergessen Sie bitte nicht,

die Fragekarte auf der dritten Umschlagseite möglichst umgehend an uns zu senden



Einer der Operationsräume

Links: Der Bau der Poliklinik ist so angelegt, daß er jederzeit durch Aufstockung erweitert werden kann

Die Apotheke der Poliklinik



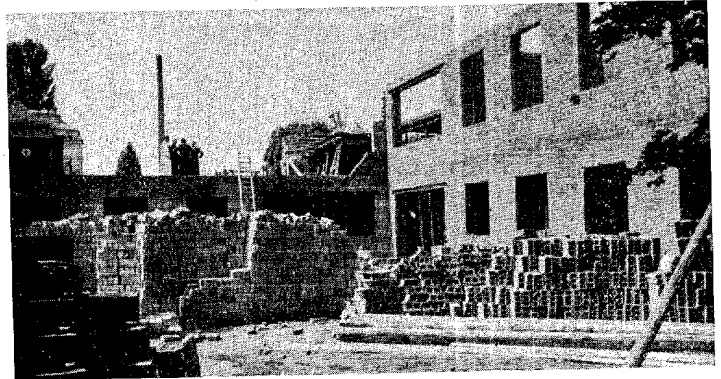
Im Laboratorium der Zahntechniker



Poliklinik Luckenwalde holt auf!

Wir hatten beim Bau der neuen Poliklinik in Luckenwalde ernste Mängel bürokratischer Art festgestellt und darüber in Heft 7/1951, Seite 194, berichtet. Vom Ministerium für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik erhielten wir zu dieser Angelegenheit nunmehr eine Stellungnahme, aus der hervorgeht, daß die Hemmnisse, die der planmäßigen Vollendung des Baues entgegenstanden, jetzt beseitigt wurden. Dabei mußte das Ministerium die von uns bereits getroffene Feststellung bestätigen, daß es vor allem der Initiative des Chefarztes im Luckenwalder Krankenhaus zu danken ist, wenn das Projekt nicht durch die unzulängliche, zum Teil unverantwortliche Arbeitsweise der beteiligten Dienststellen in Gefahr geriet, steckenzubleiben. Das Ministerium erklärte hierzu:

„War schon ein Zeitverlust eingetreten (vor allem durch Unklarheiten bei der Aufstellung des Raumprogrammes. D. Red.), so müßte man annehmen, daß nach erfolgter Klarstellung eine intensive Bearbeitung der Angelegenheit seitens aller beteiligten Stellen erfolgte. Leider war dies nicht der Fall, denn nur der Bauhof, der im Untervertragsverhältnis der Bau-Union die Poliklinik baut, ergriff die Initiative und begann mit den Bauarbeiten. Der Planträger kümmerte sich seit Erteilen der Investauftrag überhaupt nicht mehr um das Objekt. Das Projektierungsbüro, das nun mit der Anfertigung des Entwurfs hätte beginnen müssen — für ein Objekt, wie es die Poliklinik Luckenwalde ist, wären dafür 5 bis 6 Wochen erforderlich, — hat es nicht verstanden, bis zum 26. Juni 1951 diese Unterlagen zu fertigen. Von dem Investträger, der ja in erster Linie die Verantwortung für die Durchführung des Objektes trägt, konnte ebenfalls keine große Hilfe erwartet werden, weil er am Tage der Besichtigung und Besprechung nicht einmal wußte, ob er Investbeauftragter oder -träger ist, d. h., daß er sich demzufolge auch nicht über die Aufgabe des Investträgers bzw. -beauftragten im klaren war. Zu



Stand der Bauarbeiten am 15. August

Aufn. Kolbe

seiner Entlastung muß allerdings erwähnt werden, daß der Planträger die Aufgaben hierfür hätte bekanntgeben müssen.

Der einzige, der es verstand, helfend einzugreifen, war der Chefarzt des Krankenhauses, Dr. Dietrich. Er war täglich auf der Baustelle, besprach mit den Bauarbeitern die Durchführung und mobilisierte die verantwortlichen Instanzen, denn er kannte die Sorgen und Nöte der Bevölkerung, die eine Poliklinik forderten. Ungeachtet seiner starken Überlastung als Arzt kämpfte er rücksichtslos für die Errichtung der Poliklinik.

Das Ministerium für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik hat nun eine Kollegin eingesetzt, die vom Ministerium aus den reibungslosen Ablauf und die Errichtung der Poliklinik überwacht und für alle im Landesmaßstab nicht zu überbrückenden Schwierigkeiten jederzeit zur Verfügung steht. In kürzester Frist konnten schon die letzten Hemmnisse beseitigt werden, und das nur, weil sich alle beteiligten Stellen jetzt ihrer Verantwortung bewußt sind. Die Durchführung des Baues hat seitdem gute Fortschritte gezeigt, und es ist eine Freude zu sehen, wie er täglich, ja stündlich, wächst.

Das Beispiel der Poliklinik Luckenwalde zeigt wiederum klar

und eindeutig, daß es gilt, energisch den Kampf gegen den Bürokratismus auf allen Gebieten zu führen; denn nur ein reibungsloser Ablauf bei der Durchführung unserer Investitionsvorhaben gewährleistet uns die Erfüllung und Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne. Wenn alle Instanzen sich ihrer großen Verantwortung bewußt sind, kann und darf es keinen Schlendrian und keine Verzögerung mehr geben. Genaue Anleitung durch den Planträger, ständige Überwachung durch den Investträger, gute Arbeitspläne, die laufend überprüft werden müssen, sind selbstverständliche Voraussetzungen für eine glatte Durchführung unserer Planobjekte.“

Die optimistische Meinung des Ministeriums, daß nunmehr die letzten Hemmnisse zur planmäßigen Vollendung des Baues beseitigt seien, können wir allerdings nicht ganz teilen, denn, wie wir feststellten, liegen zur Zeit der Finanzplan, der Feinkostenplan sowie der Terminplan immer noch nicht vor. Weiterhin empfehlen wir dem Ministerium, auch die Baupläne noch einmal einer eingehenden Prüfung unterziehen zu lassen. Wir unsererseits verstehen jedenfalls nicht, warum für den Dachraum des Gebäudes kein Zugang projektiert worden ist und warum die Frage der Beheizung des Hauses noch ungeklärt zu sein scheint. Die schönsten Öfen dürften ja wenig nützen, wenn keine Schornsteine vorhanden sind. Das würde — so meinen wir — auch den Bürgern der berühmten Stadt Schilda eingeleuchtet haben. Wir glauben also, allen Grund zu haben, die Entwicklung dieses Investitionsvorhabens mit der gleichen Aufmerksamkeit wie bisher weiter zu verfolgen.

Mit Schwung an die Verbesserung der Arbeit

Wir müssen unserem Arbeitsplan einen Schwerpunktplan voranstellen, das bedeutet, daß wir unsere Arbeitszeit ebenfalls planmäßig einteilen. Das sieht so aus, daß jeder Minister mit seinen Hauptabteilungsleitern, bzw. die Hauptabteilungsleiter mit ihren Abteilungsleitern oder diese wiederum mit ihren Referenten und Sachbearbeitern, beispielsweise Montags vormittag kurz die Schwerpunktarbeit der kommenden Woche besprechen und die Durchführung konkret festlegen. Da in dem Wochenplan genau bekannt ist, wann beispielsweise Besuchstag, innerbetriebliche Schulung usw. ist, läßt sich ein gewisser Rahmen für die Wochenarbeit aufstellen. Am Wochenende wird kurz Bericht darüber in der Arbeitsberatung gegeben und im Kollektiv werden besondere Mängel abgestellt. Bei der Erledigung der Aufgaben in solch planmäßiger Weise wird ein Arbeitsplan nicht nur lebendig sein, sondern seine Aufstellung wird von Monat zu Monat realer werden, weil er dann tatsächlich die Konkretisierung der jeweiligen Aufgaben und Verhältnisse darstellt. Die volle Entfaltung von Kritik und Selbstkritik wird dabei nicht nur Motor sein, um die Fehler der täglichen Arbeit aufzuzeigen, sondern dazu dienen, sie schnellstens zu beseitigen.

Wenn nun ein jeder Sachbearbeiter, Referent, Abteilungsleiter usw. auf seinem Schreibtisch eine Mappe liegen hat, die etwa enthält

- a) die für die Abteilung in Frage kommenden wichtigsten Gesetze,
- b) den Arbeitsplan unter Voranstellung des Schwerpunktplanes,
- c) die laufenden bzw. ständig sich wiederholenden wichtigen Termine und wiederkehrenden Arbeiten,
- d) die Auswertung der Konferenz in Forst Zinna,

dann ist gleichzeitig für jeden Kollegen, der etwa in Vertretung oder als Nachfolger bzw. zur Kontrolle Einsicht in das jeweilige Arbeitsgebiet nehmen muß, eine klare Übersicht über das Arbeitsgebiet, die dafür zugrundeliegenden Gesetze und die wichtigsten Termine vorhanden. Hier fängt die Selbsterziehung eines jeden Funktionärs des Staatsapparates an. Damit ist gleichzeitig jedem die Möglichkeit gegeben, dem bürokratischen Trott ein Ende zu bereiten,

Wie oft schimpfen Kolleginnen und Kollegen über zu lange Dienstbesprechungen oder Tagungen. Dazu besteht teilweise Ursache, aber sie haben noch nicht gezeigt, wie man es besser machen kann. Wir müssen zu neuen Konferenzmethoden übergehen. Das ist nur möglich durch eine klar formulierte Tagesordnung, bei deren Abwicklung wir es verstehen, das Problem so klar darzustellen, daß wir den letzten Zuhörer überzeugt haben.

Horst Grünberg, Halle

Schweinemastverträge auch in der Großstadt

Der Rat der Stadt Leipzig hat die volkswirtschaftliche Bedeutung der Schweinemast auch in den Großstädten erkannt. In mehreren Großmästereien werden Hunderte von Schweinen für die Verbesserung der Fett- und Fleischversorgung gehalten. In der Schweinemästerei Portitz befinden sich etwa 600 Schweine in gesunden Stallungen. Ein Auslauf mit Suhle von dreiviertel Hektar Größe ist für die Zuchtsauen geschaffen worden. Auf diesem Freilandauslauf werden in der nächsten Zeit zur Erweiterung des Mastbetriebes zwanzig Schweinehütten für je zehn Läufer aufgestellt. Für die gesunde Sauenhaltung in Portitz spricht der bisher erzielte Durchschnitt von acht Ferkeln je Wurf. Das Mastfutter besteht hauptsächlich aus Küchenabfällen und Kleie. Gut organisierte Sammelkolonnen bringen die Küchenabfälle, vorwiegend Kartoffelschalen, täglich zur Mästerei. Obwohl diese Abfälle nicht sortiert werden, sind bisher keine Ausfälle durch Fremdkörper im Futter entstanden, da die Schweine diese im Trog liegenlassen. Die Mästerei finanziert sich selbst. Außer den Einnahmen für abgelieferte Mastschweine zu den erhöhten Preisen bringt der Verkauf von jährlich etwa vierzig bis fünfzig freien Schweinen die notwendigen Geldmittel zur Deckung von Löhnen, Gehältern und sonstigen Sachkosten. Im vergangenen Jahr schloß die Mästerei 300 Mastverträge ab. Die Fleischprämie von fünf Prozent ermöglicht es ihr, bei 360 Mastschweinen achtzehn frei zu verkaufen. Die Rentabilität der Schweinemästerei ist durch die Fleischprämie noch erheblich gesteigert worden.

In der Mästerei Meusdorf werden 600 Schweine von vier Hilfskräften gepflegt und gefüttert. Das Futter besteht ebenfalls vorwiegend aus Küchenabfällen. Täglich sind sieben Futtersammler unterwegs, um aus der Innenstadt Küchenabfälle zu den Sammelplätzen zu bringen. Ein Einsatzleiter beaufsichtigt die Futtersammlungen, so daß sie fortlaufend und gleichmäßig durchgeführt werden. Etwa vierzig bis fünfzig Zentner gutes Futter fallen täglich an. Die Fütterungsmethode ist sehr einfach. In der Frühe gibt es Wasser, dann gedämpftes Abfallfutter mit Kleie. Die Kleie wird, mit Futterkalk vermischt, trocken aufgestreut. Am Vormittag wird etwas Grünfutter gegeben und nachmittags gibt es wiederum Abfallfutter mit Kleieschlempe. Kümmernde und krankhafte Ferkel werden gesondert in drei Strohhöfen gehalten und in diesen „Krankenhäusern“ mit bestem Erfolg wieder gesund gemacht. Die Absatzferkel erhalten weder Magermilch noch Molke, dagegen zu jeder Mahlzeit 500 Gramm Kleie oder Schrot und zehn Prozent Eiweiß zum Abfallfutter. Sie gedeihen im Freien besonders gut.

Für die Heilanstalt Dösen werden siebzig Schweine, einschließlich zehn Zuchtsauen, gehalten. Die Anstalt verfügt bei der hohen Zahl von rund 1800 Verpflegten über reichliche Küchenabfälle, die ausschließlich zur Schweinemast verwendet werden. Die zur Anstalt gehörenden, nicht ablieferungspflichtigen zehn Hektar Land liefern außerdem reichliche Futterzusgaben, so daß die Leitung zuerst keine Mastverträge abschließen wollte. Die hier gemästeten Schweine dienten ausschließlich zur Verbesserung der Krankenernährung. Der Direktor überzeugte sich aber schnell davon, daß das Fleisch auch der für Mastverträge abgelieferten Schweine den Kranken zugute kommt, denn sie helfen ja mit, die Rationsätze zu erhöhen. Er schloß sofort zehn Mastverträge ab. Im Aktivistenplan der Anstalt ist eine Verdoppelung des Schweinebestandes noch in diesem Jahre festgelegt. Dazu sollen Schweinehütten errichtet werden. Die Verwaltung der Stadt Leipzig hat ihre Unterstützung beim Bau der Hütten bereits zugesichert.

Die anderen Großstädte sollten dem Beispiel der Stadt Leipzig folgen und ebenfalls recht bald mit der kommunalen Schweinemast beginnen. Die Schwierigkeiten bei der Abfuhr der Küchenabfälle müßten überwunden werden. Eine große Zahl von Schweinen, die der schnellen Verbesserung der Fleischversorgung dienen, kann zusätzlich gehalten werden, wenn in allen Städten der gesamte Küchenabfall restlos den Mästereien zugeführt wird.

E. A.

Die Schulung der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer

Fredo Wegmarshaus, Ministerium des Innern der DDR

Bereits im Heft 7 des „Demokratischen Aufbau“ (Ausg. A, S. 192) wurde zur Schulung der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer Stellung genommen. Die Auswertung der bisherigen Erfahrungen zeigt, welch großes Interesse man dem Problem allgemein entgegenbringt. Diese Tatsache gibt Veranlassung, noch ausführlicher auf die Schulung der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer einzugehen, um nicht nur bestehende Unklarheiten zu beseitigen, sondern auch die Schulung selbst erfolgreich zu gestalten.

Die große Zahl der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer als wichtiges Bindeglied zwischen Verwaltung und werktätiger Bevölkerung hat schon auf vielen Gebieten unserer demokratischen Verwaltung, im Wohnungs-, Sozial-, Bau-, Gesundheitswesen u. a., fruchtbringende Arbeit geleistet. Nicht zuletzt aber dürfen wir hierbei den großen Kreis unserer Straßen- und Hausvertrauensleute erwähnen.

Eine Voraussetzung, die Schulung der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer gut durchzuführen, ist nun, daß man sich zunächst über den dafür in Frage kommenden Personenkreis im klaren ist, d. h. wer zu den ehrenamtlichen Verwaltungshelfern zählt. Klar ist diese Frage, soweit es sich um Haus-, Straßen- und Straßengruppen-Vertrauensleute handelt. Schwierigkeiten bereitet die Frage aber schon bei den örtlichen Kommissionen. Wenn in Heft 7 u. a. von sämtlichen örtlichen Kommissionen gesprochen wurde, so waren darunter keinesfalls die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und die Friedens-

komitees zu verstehen, wie es z. B. im Kreise Haldensleben der Fall war. Der Name „ehrenamtlicher Verwaltungshelfer“ sagt eigentlich schon, um welchen Personenkreis es sich hier handelt. Zur Klarstellung seien hier einige angeführt: die Wohnungskommissionen, die Baukommissionen, die Sozialkommissionen, die Jugendkommissionen, die Gesundheitskommissionen, die Differenzierungskommissionen, die Saatenstandsberichtersteratter, die Steuerkommissionen bei den Finanzämtern sowie die Schöffen der Amts- und Landgerichte. Wenn auch diese Aufzählung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, so ist doch aus dem Charakter dieser Kommissionen erkenntlich, um welchen Personenkreis es sich bei den ehrenamtlichen Verwaltungshelfern handelt.

Aus der Vielzahl der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer ist zu erkennen, daß wir bereits eine weitgehende Demokratisierung unseres Staatsapparates vorgenommen haben. Es wird jetzt darauf ankommen, diesen Personenkreis für seine Aufgaben zu qualifizieren. Ausgehend davon, daß vor allem dort, wo man schon Schulungen durchgeführt hat, eine Wiederholung gewünscht wurde, und auf Grund der Erkenntnis, daß eine einheitlich durchgeführte Schulung die Arbeit der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer erleichtern wird, wurde nunmehr eine einheitliche Grundlage für die Schulung der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer geschaffen. Durch eine systematische, nach einheitlichen Grundsätzen erfolgende Schulung der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer erreichen wir:

eine bessere Erläuterung unserer demokratischen Gesetze und Verordnungen auf breiter Basis, eine weitere Festigung des Vertrauens der werktätigen Bevölkerung zu unserer Deutschen Demokratischen Republik, eine noch stärkere Entfaltung der Kritik und Selbstkritik durch die werktätige Bevölkerung und die Entwicklung neuer Kader für unseren demokratischen Staatsapparat.

Der Erfolg der Schulung kann aber nur dann gewährleistet sein, wenn eine individuelle Aufklärung unter den ehrenamtlichen Verwaltungshelfern erfolgt, etwa durch Ausspracheabende oder Übernahme von Patenschaften durch Verwaltungsangestellte über einen bestimmten Kreis ehrenamtlicher Verwaltungshelfer, der dann ständig betreut und zu jeder Schulung persönlich eingeladen wird.

Zur ideologisch-organisatorischen Vorbereitung gehört ferner, daß sämtliche Räte der Kreise und Gemeinden ihren Vertretungskörperschaften Vorschläge für die Unterstützung und ordnungsgemäße Durchführung der Schulung zur Beschlussfassung unterbreiten. Es wird notwendig sein, daß die Räte der Kreise und Gemeinden zur Referenten- und Raumfrage Stellung nehmen und einen Schulungsplan festlegen, der mit den übrigen Veranstaltungen am Ort abgestimmt sein muß. Darüber hinaus wird sich auch die Übernahme von Patenschaften durch die Volksvertreter für einzelne Zirkel und Schulungsräume sehr fruchtbringend auswirken. Sämtliche Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sollten im September zu öffentlichen Sitzungen einen großen Kreis von ehrenamtlichen Mitarbeitern einladen. Dort, wo schon gute ehrenamtliche Tätigkeit geleistet wurde, könnte man zu einer Auszeichnung für gute ehrenamtliche Arbeit übergehen. Es wird besonders darauf ankommen, die bisherige Tätigkeit der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer in diesen öffentlichen Sitzungen zu würdigen.

Die Schulung, die im Oktober 1951 einheitlich im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik beginnt, dient zur politischen und fachlichen Qualifizierung der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer. Sie wird zunächst einmal monatlich durchgeführt. Die Räte der Kreise und Gemeinden sollten dafür Sorge tragen, daß die Schulung in der ersten Hälfte des Monats Oktober anfängt, um in Verbindung mit dem Gründungstag der Deutschen Demokratischen Republik einen würdigen Auftakt zu finden. Das Schulungsmaterial wird einheitlich das Ministerium des In-

Noch einmal: „Warum doppelte Arbeit?“

Auch wir sind erfreut, daß dieses Thema (Vgl. Heft 4 A/1951 und 7/1951, S. 208, D. Red.) einmal angeschnitten ist, da nach Auflösung der KWU auch hier die Frage erörtert wird, ob es zweckmäßig ist, die Kanal-, Müllabfuhr- und Straßenreinigungsgebühren wieder mit der Grundsteuer zugleich zu erheben, wie es früher war, oder ob diese Gebühren auch weiterhin, wie es vom KWU gehandhabt worden ist, vierteljährlich zugleich mit dem Wassergeld im direkten Inkasso erhoben werden sollen. Das letztere Verfahren hat bei uns den Vorteil gezeigt, daß etwa 200 Hausanschlüsse und ebensoviel Müllkübel entdeckt worden sind, die bis dahin nicht veranlagt waren. Es ist selbstverständlich, daß durch die Wasserableser eine gute laufende Kontrolle über diese Einrichtungen ausgeübt werden kann. Andererseits soll zugegeben werden, daß der Erhebung dieser Gebühren mit der Grundsteuer zusammen (also eine Bringeschuld darstellend) ebenfalls das Wort geredet werden kann. Doch ist hierbei nicht der enge Kontakt mit dem Zahlungspflichtigen vorhanden.

Hinzu kommt, daß die Kanalgebühren z. B. für Grundstücke, die nach 1937 errichtet sind oder sich durch Umbauten in ihrem Ertrage verändert haben, da die Nutzungswerte seit diesem Zeitpunkt nicht mehr fortgeschrieben sind, bei uns nach der Menge des zugeleiteten Wassers bemessen werden. Hier sehen wir also eine enge Verflechtung der Kanalgebühren mit dem Wassergeld, die sich wahrscheinlich in Kürze noch wesentlich verstärken wird, da in fast allen Gemeinden die Ortsstatute über diese Gebühren sehr überholungsbedürftig sind. Nach Fortfall der Feststellung bzw. Fortschreibung der Nutzungswerte durch die Katasterämter muß das den Grundstücken zugeleitete oder auf diesen geförderte Wasser allgemein als Berechnungsgrundlage für die Bemessung der Kanalbenutzungsgebühren dienen. Weiter dürfte auch die bevorstehende Neuordnung der Wasserwirtschaft eine enge Verbindung der Be- und Entwässerung mit sich bringen.

Auch die Abrechnung ist bei uns auf das kürzeste Maß gebracht worden, indem die Soll-Listen, die an Hand einer Standkartei jährlich einmal aufgestellt werden, auch zugleich als Hebelisten dem Abrechnungskassierer dienen. Bei der Zusammenfassung dieser Arbeitsgänge hatten wir auch bei dem Gas- und Strominkasso schon seit Jahrzehnten beste Erfahrungen gemacht.

Versorgungsbetriebe Schönebeck a. d. E.

neri herausgeben und ist den Teilnehmern unentgeltlich auszuhandigen. Damit soll gleichzeitig eine Anerkennung der bisherigen Tätigkeit der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer zum Ausdruck kommen. Die Verantwortung für die Durchführung der Schulung liegt im Republik- und Landesmaßstab bei den Ministerien des Innern — Abteilung Schulung. In den Kreisen und Gemeinden sind die Räte der Kreise und Gemeinden für die ordnungsgemäße Durchführung verantwortlich. Großer Wert ist auf eine gute Anleitung der Referenten durch Vorbesprechungen zu jedem Schulungsthema zu legen, wobei die nächstfolgende mit einem Erfahrungsaustausch verbunden werden muß. Im weiteren Verfolg ist der Auswertung aller Anregungen und Kritiken aus dem Kreise der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer stärkste Beachtung zu schenken. Wenn wir so verfahren, dann werden wir auch, wie Staatssekretär Warneke im „Demokratischen Aufbau“ (Heft 7/1951, S. 180) schrieb, den Bürokratismus, den Schlen-drian in den Verwaltungen, wo er noch vorhanden ist, überwinden.

Die Schulung der ehrenamtlichen Verwaltungshelfer soll in der Regel nicht länger als zwei Stunden dauern. Es kommt darauf an, in diesen zwei Stunden nicht nur ein Referat zu halten, sondern nach den grundsätzlichen Ausführungen des Referenten, die sich auf eine Dauer von 45 Minuten beschränken sollen, die Probleme in seminaristischer Form durcharbeiten. Die Schulung ist durch Beispiele aus der örtlichen Verwaltung lebendig zu gestalten, die Seminare sind mit der Kritik und Selbstkritik und dem Kampf um die Verbesserung der Verwaltungsarbeit zu verbinden. Es empfiehlt sich, die Schulung in Kulturhäusern, Aufklärungslokalen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland oder sonstigen geeigneten Räumen durchzuführen. Wir werden damit die Aufklärungslokale noch mehr als bisher zum Zentrum aller patriotischen Kräfte machen.

Steckengebliebene Brigadearbeit

Die bei der Hauptabteilung Staatliche Verwaltung des Ministeriums des Innern des Landes Sachsen gebildete Brigade hatte sich zur Aufgabe gestellt, durch Studien am Arbeitsplatz die Verwaltungsarbeit zu verbessern. Diese Studien am Arbeitsplatz begannen im Dezember 1950 in der Abteilung Post- und Fernmeldewesen. Die Brigade stellte fest, daß drei Angestellte mit der Überprüfung und Nachrechnung von Gesprächs-(Gebühren-)Zetteln, die der monatlichen Fernsprechabrechnung der Oberpostdirektion Dresden beigelegt waren, beschäftigt waren. Bei dem umfangreichen Fernsprechverkehr, den die Landesregierung Sachsen zu führen hat, waren durch diese drei Kräfte des Fernmeldewesens monatlich rund 4000 Gebührentzettel auf ihre richtige Ausschreibung und auf die richtige Berechnung der Gebühren zu überprüfen. Diese Arbeit wurde aus alter Überlieferung Monat für Monat und Jahr für Jahr gemacht. Auf die Frage der Brigademitglieder, ob und in welchem Umfange durch diese Überprüfungsarbeit Differenzen in den Gesprächs-(Gebühren-)Zetteln festgestellt werden, erklärten die mit dieser Arbeit beschäftigten Angestellten, daß sie bisher keinerlei Differenzen gefunden hätten. Für die Brigade war es selbstverständlich, daß eine solche aus Überlieferung noch durchgeführte Arbeit, ohne jeden finanziellen Nachteil für die Verwaltung, wegfallen konnte. Es ist einfach widersinnig, mit einem Jahresaufwand von 11 280 DM eine Arbeit zu leisten, die keinerlei praktische Ergebnisse hat. Die Brigade hat deshalb der Landesregierung vorgeschlagen, die Überprüfung der Gesprächs-(Gebühren-)Zettel mit sofortiger Wirkung wegfallen zu lassen und die drei Arbeitskräfte mit anderen Aufgaben zu betrauen. Die Regierung hat dem Vorschlag entsprechend beschlossen.

Der Brigade genügte aber dieser rein örtliche Erfolg nicht, sie schlug vielmehr der Oberpostdirektion Dresden vor, zur Vereinfachung des gesamten Abrechnungsverfahrens im Fernmeldewesen auf die Ausschreibung von Gesprächs-(Gebühren-)Zetteln überhaupt zu verzichten und dafür mit der Landesregierung Sachsen einen Pauschalvertrag abzuschließen. Bei diesem Vorschlag ließ sich die Brigade davon leiten, daß für die vergangenen

Jahre einwandfreie Unterlagen vorhanden sind, aus denen ein Monatsdurchschnittsbetrag für die Benutzung der postalischen Fernsprecheinrichtungen mit Leichtigkeit errechnet werden könnte. Die Brigade stellte auch die Überlegung an, daß durch den Abschluß von Pauschalverträgen die Oberpostdirektion Dresden einen Teil Verwaltungskräfte und damit Verwaltungsausgaben einsparen könnte, wenn an Stelle von durchschnittlich rund 4000 Gesprächs-(Gebühren-)Zetteln für jeden Monat nur noch eine einzige Monatsabrechnung auf der Grundlage des Pauschalvertrages auszustellen wäre. Die Brigade stellte weiter fest, daß im Bereich der Republik eine erhebliche Anzahl von Verwaltungskräften und eine beträchtliche Summe von Verwaltungsausgaben eingespart werden könnten, wenn Pauschalverträge das komplizierte Abrechnungsverfahren im Fernmeldewesen überflüssig machten. Würde nach dem Vorschlag der Brigade das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik anordnen, daß die Oberpostdirektionen mit allen Fernsprechteilnehmern, die eine bestimmte Mindestzahl von Ferngesprächen führen, Pauschalverträge auf der Grundlage der tatsächlichen Abrechnungsergebnisse der beiden letzten Jahre abschließen, dann müßten in der Republik beachtliche Erfolge in der Vereinfachung der Verwaltungsarbeit und in der Einsparung von Verwaltungsmitteln zu erzielen sein.

Die Oberpostdirektion Dresden hat auf den Vorschlag der Brigade geantwortet, daß der Abschluß eines Pauschalvertrages nach Rücksprache mit dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen unmöglich sei. Als Begründung für die ablehnende Haltung des Vorschlages wird angeführt, daß die Oberpostdirektionen bei Abschluß eines Pauschalvertrages nicht mehr die Anzahl der geführten Ferngespräche in Rechnung stellen könnten, und zwar auch dann nicht, wenn die in einem Pauschalvertrag einbezogenen Fernsprechteilnehmer nach Abschluß des Pauschalvertrages weit mehr Ferngespräche als bisher führten. Diese Begründung ist nach Ansicht der Brigade nicht stichhaltig und keineswegs geeignet, einen so weitgehenden Vereinfachungsvorschlag ohne weiteres zu den Akten zu legen. Das Verfahren, für gewisse Leistungen im Wege des Pauschalvertrages Abrechnungserleichterungen zu schaffen, ist ja nicht neu. Es gibt beispielsweise Pauschalverträge für den Bezug von Strom, Gas und Wasser. Es gibt aber auch auf den öffentlichen Verkehrsmitteln durch die Einführung von Zeit- und Monatskarten eine pauschalierte Gebührenentrichtung. Diese Vertragspartner berufen sich auch nicht darauf, daß etwa nach Abschluß eines Pauschalvertrages zuviel Strom, zuviel Wasser oder zuviel Gas entnommen würde oder aber, daß ein Zeitkarteninhaber die Eisenbahn oder Straßenbahn übermäßig in Anspruch nehmen könnte. Die Überlegung, daß beispielsweise Dienststellen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nach Abschluß eines Pauschalvertrages über die Abrechnung der Gebühren für das Fernmeldewesen dann über die Erfordernisse des Dienstbetriebes hinaus die Vorteile eines Pauschalvertrages ausnützen könnten, ist absurd. Die Brigade stellt deshalb ihren Vorschlag der Pauschalierung des Abrechnungsverfahrens im Fernsprechwesen hiermit zur öffentlichen Diskussion.

Paul Hegner, Dresden

GESETZE UND VERORDNUNGEN DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK

Für Stadt- und Landkreise sowie Gemeinden
besonders beachtenswerte Gesetze und Verordnungen

Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die vertragliche Schweinemast in den Jahren 1951/52

Vom 26. Juni 1951 (GBl. 78/1951, S. 635 ff.)

Um den weiteren Aufstieg der Schweinezucht zu fördern, wird das Vertragssystem auch für die Jahre 1951/1952 beibehalten. Die Verordnung gilt für alle Schweinemastverträge, die vom 1. Juli 1951 bis 30. Juni 1952 abgeschlossen werden.

Wer schließt Schweinemastverträge ab?

Die VVEAB mit volkseigenen Gütern und Industriebetrieben. Die VdgB (BHG) unter Mitwirkung der VVEAB mit Bauernwirtschaften und andern Schweinehaltern sowie mit gewerblichen und örtlichen Schweinemästereien der Städte und Gemeinden.

Zu welchen Bedingungen werden Schweinemastverträge abgeschlossen?

Mastdauer in der Regel neun Monate. Ablieferungsleibengewicht 130 kg. Das über 130 kg aufgemästete Gewicht kann dem Erzeuger auf Wunsch auf die Pflichtablieferung angerechnet werden. Hierfür wird der einfache Erzeugerpreis gezahlt. Die Abnahme erfolgt durch die VVEAB. Abgelieferte Schweine unter 80 kg, außer Kümmerern, werden durch die VVEAB an Industriebetriebe, Betriebe der Lebensmittelindustrie oder an gewerbliche und örtliche Schweinemästereien der Städte und Gemeinden zur Weitermast abgegeben. Innerhalb von zwei Monaten nach Vertragsabschluß verkauft die VdgB (BHG) für jedes 130-kg-Schwein an den Mäster 345 kg Kleie oder andere Futtermittel, 285 kg Gerste (oder im Austausch 320 kg Hafer oder 250 kg Mais oder Kartoffeln im Verhältnis 1:4), 10 kg Eiweißkonzentrat, 200 kg Braunkohlenbriketts. Für jedes aufgemästete Kilogramm verkauft die VdgB (BHG) an den Aufmäster 2 kg Kleie, 1 kg Gerste, 6 kg Futterkartoffeln. Außerdem wird für jedes aufgemästete Schwein an den Aufmäster verkauft: 20 kg Eiweißkonzentrat, 200 kg Braunkohlenbriketts. Die Bezahlung der Futtermittel kann bis zur Ablieferung des Schweins verzugszinsfrei gestundet und dann mit dem Preis verrechnet werden. Die VdgB (BHG) dürfen 2 Prozent des Erzeugerpreises für die Lagerung des Getreides auf den Erzeugerpreis aufschlagen. Die Briketts sind zu den jeweils gültigen Preisen bei Lieferung zu bezahlen. Bezahlt wird bei einem Mindestabnahmegewicht von 130 kg der anderthalbfache Erzeugerpreis, für nicht ausgemästete Schweine bis 100 kg der Erzeugerpreis, von 100 bis 129,5 kg der eineinviertelfache Erzeugerpreis. Die Abrechnung durch die VVEAB erfolgt innerhalb von zehn Tagen. — Als Naturalprämie wird für das während der Mastperiode erzielte Mehrgewicht gewährt: den Betrieben der Lebensmittelindustrie 10 Prozent des Lebendgewichtes, den Werkküchen der Industriebetriebe, den Wirtschaften von Anstalten, Krankenhäusern, Schulen, Krüppel- oder Altersheimen usw. 30 Prozent des Lebendgewichtes, den gewerblichen und örtlichen Mastbetrieben der Städte und Gemeinden 5 Prozent des Lebendgewichtes.

Aufgaben der Kreis- und Gemeindeverwaltungen

Die Räte der Kreise schlüsseln die für die Kreise vom Ministerium für Handel und Versorgung festgesetzten Planzahlen auf die Gemeinden auf und gliedern dabei nach folgenden Gruppen von Betrieben: a) Bauernwirtschaften, b) sonstige landwirtschaftliche Betriebe, c) örtliche landwirtschaftliche Betriebe der Städte und Gemeinden, d) volkseigene Güter, e) Wirtschaften von Anstalten, Krankenhäusern, Schulen, Krüppel- und Altersheimen usw., f) Betriebe der Lebensmittelindustrie, g) Industriebetriebe mit Werkküchen und mit für die Durchführung einer Schweinemast geeigneten Einrichtungen, h) gewerbliche und örtliche Schweinemästereien der Städte und Gemeinden. Sie teilen den Gemeinden die festgelegte Planzahl bis zum 10. August 1951 schriftlich mit. Nach Beratung in einer Bauernversammlung werden diese Planzahlen Bestandteile des Dorfwirtschaftsplanes. Die Räte der Kreise legen dem Ministerium für Handel und Versorgung des Landes Quartalsarbeitspläne für den Abschluß von Mastverträgen vor und veranlassen die Gemeinden zur Ausarbeitung solcher Quartalsarbeitspläne für ihr Gebiet. Die Arbeitspläne der Kreise und Gemeinden werden den Vertretungskörperschaften (Kreistag bzw. Gemeindevertretung) zur Beschlußfassung vorgelegt. Der Plan über die abzuschließenden Mastverträge wird von der Abteilung Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse fünf Tage nach Bestätigung durch das Ministerium für Handel und Versorgung des Landes den Kreisverbänden der VdgB (BHG) und der VVEAB ausgehändigt. Die Vordrucke für Mastverträge händigt der Rat des Kreises den VdgB (BHG) gegen Quittung aus und kontrolliert

ihren Verbleib. Bis zum 10. jeden Monats berichten die Räte der Kreise an das Ministerium für Handel und Versorgung des Landes über die Durchführung der Pläne. Die Landräte und Oberbürgermeister sind verpflichtet, in ihrem Kreis die Sammlung von Abfällen aus Küchen aller Art, Mühlen, Molkeereien usw. zu organisieren und sie durch Errichtung von Schweinemästereien oder durch Zuführung an solche auszunutzen. Dafür ist ein genauer Arbeitsplan aufzustellen, den die Abteilung Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse durchzuführen hat. Alle ursprünglich der Schweinemast dienenden Einrichtungen, die anderweitig genutzt werden, sind ihrer Bestimmung wieder zuzuführen, die Neuerrichtung und der Ausbau von Mästereien ist durch die Räte der Kreise zu fördern. Streitigkeiten aus Mastverträgen sind von den Räten der Kreise unter Hinzuziehung von Vertretern der VdgB (BHG) und der VVEAB zu entscheiden. Die Bürgermeister geben einen Monat vor Quartalsbeginn, erstmalig 1. September 1951, der Abteilung Landwirtschaft beim Rat des Kreises den Bedarf an Mastferkeln bekannt, der aus der Aufzucht der Wirtschaften der Gemeinde nicht gedeckt werden kann. Die Abteilung Landwirtschaft beauftragt die VdgB (BHG) mit dem Ferkelausgleich und veranlaßt, falls erforderlich, den überkreislichen Ausgleich mit Hilfe des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

Aufgaben der VdgB (BHG)

Sie versorgt die Mäster mit Ferkeln, soweit sie diese nicht aus der eigenen Zucht nehmen können. Sie führt im Auftrage der Abteilung Landwirtschaft des Kreises den Ferkelausgleich innerhalb der Gemeinden des Kreises durch. Die Kreisverbandsvorstände leiten den planmäßigen Abschluß der Mastverträge. Sie können auch andere Personen, auch die Erfasser des VEAB, mit dem Vertragsabschluß betrauen. Die VdgB (BHG) oder der VEAB stellen die Mastverträge in doppelter Ausfertigung aus und geben eine Ausfertigung an den Mäster. Es ist zu prüfen, ob die zur Übernahme der Mastverpflichtung erforderlichen Schweine dem Mäster zur Verfügung stehen. Sie liefern die Futtermittel, entwerfen die Bezugsberechtigungsscheine dafür und bewahren sie auf. Die Futtermittellieferung ist durch eine genaue Karteführung zu überwachen. Für rechtzeitige Abnahme der Futtermittel, schnelle Auslieferung und ordentliche Lagerung ist Sorge zu tragen. Die VdgB (BHG) erstattet dekadeweise Meldungen an den zuständigen VEAB über den Abschluß der Mastverträge. Am 3. jeden Monats ist dem VEAB eine Übersicht auf Vordruck zu geben sowie eine namentliche Aufstellung der im Berichtsmonat abgeschlossenen Mastverträge mit Angabe des Ablieferungsmonats.

Verordnung über die Einführung des Vertragssystems für Nahrungsgüter

Vom 28. Juni 1951 (GBl. 80/1951, S. 647 ff.)

Erste, Zweite, Dritte Durchführungsbestimmung dazu

Vom 28. Juni 1951 (GBl. 84/1951, S. 669, 671, 673)

Vierte Durchführungsbestimmung dazu

Vom 27. Juli 1951 (GBl. 93/1951, S. 725 f.)

Handelsorganen, Produktionsbetrieben der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und anderen anerkannten Bedarfsträgern soll die Möglichkeit gegeben werden, die ihnen zur Erfüllung ihrer Planaufgaben zugewiesenen Kontingente an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigerzeugnissen durch feste Verträge mit Lieferanten ihrer Wahl zu binden. Alle wirtschaftlichen Organisationen müssen dem Abschluß solcher Verträge ihre Aufmerksamkeit widmen.

Die Kontrollziffern für die Versorgung der Bevölkerung sind in den Stadt- und Landkreisen so aufzuschlüsseln, daß eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung gesichert ist. Dafür ist der Stadt- bzw. Kreisrat für Handel und Versorgung verantwortlich. Er hat an Hand der Umsatzpläne und der Verkaufskapazitäten die von den Handelsorganen vorgeschlagene Aufschlüsselung der Kontrollziffern zu überprüfen. Er muß überwachen, daß der Abschluß von Verträgen im Kreisgebiet im Rahmen des Kreisverteilungsplans erfolgt und daß alle im Verteiler-

plan vorgesehenen Warenlieferungen durch Verträge gesichert sind. Die Realisierung der Verträge ist laufend zu kontrollieren. Die Kreisräte für Handel und Versorgung sind abrechnungspflichtig über die Erfüllung des Kreisverteilerplans.

Erste Durchführungsbestimmung zu der Verordnung zur Neuordnung des Straßenwesens — Straßenverordnung

Vom 28. Juni 1951 (GBl. 80/1951, S. 652 ff.)
Erlassen auf Grund der „Verordnung zur Neuordnung des Straßenwesens“ vom 10. Mai 1951 (GBl. 58/1951, S. 422, § 12)

Eine Straße erhält oder verliert die Eigenschaft als Autobahn, Landstraße I. oder II. Ordnung durch Eintragung oder Löschung in der entsprechenden Straßenkartei, die durch das Ministerium für Verkehr der Deutschen Demokratischen Republik angeordnet wird. Kreis- und Gemeindeverwaltungen, durch deren Gebiet die Straße führt, haben Gelegenheit, vorher ihre Belange geltend zu machen.

Kommunale Straßen sind alle dem öffentlichen Verkehr dienenden Gemeindestraßen, Kommunikations- und Wirtschaftswege mit Ausnahme derjenigen Ortsdurchfahrten, die der Generaldirektion Kraftverkehr und Straßenwesen bzw. den Hauptabteilungen Verkehr und Straßenwesen der Landesregierungen unterliegen.

Eine Ortsdurchfahrt ist der Teil einer Durchfahrtsstraße, der innerhalb der geschlossenen Ortslage liegt. Veränderungen der Grenzen der Ortsdurchfahrten, die gekennzeichnet sind, werden durch Eintragung in die Straßenkartei wirksam.

Besteht eine Gemeinde über 50 000 Einwohner (bei Fernverkehrsstraßen, über 10 000 Einwohner bei Landstraßen I. und II. Ordnung) aus mehreren nicht unmittelbar zusammenhängenden Ortsteilen oder steht die Länge der Durchfahrt in offensichtlichem Mißverhältnis zur Einwohnerzahl, so kann die Generaldirektion Kraftverkehr und Straßenwesen die Verwaltung der Straße derjenigen Dienststelle übertragen, die den anschließenden Straßenzug verwaltet. Die Übernahme der Verwaltung durch eine solche Dienststelle kann von einer Gemeinde beantragt werden, wenn sie kein geeignetes technisches Personal hat, um ihre Ortsdurchfahrt selbst zu verwalten.

Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Reorganisation der volkseigenen Industrie und zur Verordnung über die Organisation der volkseigenen örtlichen Industrie und der kommunalen Einrichtungen — Bestimmungen über das System der Finanzwirtschaft

Vom 29. Juni 1951 (GBl. 82/1951, S. 661 ff.)

Erlassen auf Grund der „Verordnung über die Reorganisation der volkseigenen Industrie“ vom 22. Dezember 1950 (GBl. 148/1950, S. 1233) und der „Verordnung über Organisation der volkseigenen örtlichen Industrie und der kommunalen Einrichtungen“ vom 22. Februar 1951 (GBl. 82/1951, S. 143)

Die Durchführungsbestimmung trifft Anordnungen über die Gliederung der Betriebe und der sonstigen örtlichen Wirtschaft. Sie enthält Vorschriften über die Finanzpläne und Bilanzen der volkseigenen örtlichen Industrie, der Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe und sonstigen Einrichtungen. Sie regelt die Verteilung der Umlaufmittel, die Abführung von Amortisationen, die Hergabe von Investitionsmitteln durch die Investbank und die von Krediten durch die Deutsche Notenbank, ferner den Finanzausgleich, die Nettogewinn- und Umlaufmittelabführungen, die Zuständigkeit für die Besteuerung sowie die Revision und Kontrolle.

Erste Durchführungsbestimmung zu der Anordnung über Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Ernte und Herbstbestellung 1951

Vom 28. Juli 1951 (GBl. 91/1951, S. 715 f.)

Erlassen auf Grund der „Anordnung über Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Ernte und Herbstbestellung 1951“ vom 5. Mai 1951 (GBl. 54/1951, S. 381, § 14, Abs. 2)

In der Durchführungsbestimmung wird der planmäßige Saat- und Pflanzgutwechsel für das Anbaujahr 1951/1952 geregelt. Die Räte der Kreise haben dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft des Landes bis zum 7. und 22. jeden Monats über die Ausgabe von Saat- und Pflanzgut an die Verbraucher und über den Bestand zu berichten. Eine Durchschrift des Berichts geben sie an die Kreisaußenstellen der DSG-Handelszentrale.

Schulung und **PRAXIS**

Die Schulung in der Deutschen Notenbank Mecklenburg

Von großer Bedeutung ist eine richtige Organisation der innerbetrieblichen Schulung. Wie sah es bisher in der Deutschen Notenbank in Mecklenburg mit der Durchführung der Schulung aus? Kontrollen haben gezeigt, daß es immer noch Verwaltungsangestellte gibt, die sich über die Bedeutung der innerbetrieblichen Schulung nicht im klaren sind. Diese Kollegen nehmen an der Schulung teil, weil sie wissen, daß sie von „oben“ angeordnet ist. Eine Folge dieser schlechten Einschätzung ist, daß auch die Auswahl der Zirkellehrer nicht immer richtig getroffen wurde. Hierfür einige Beispiele:

In der Notenbank Rostock vertrat ein Zirkellehrer wenige Tage vor Durchführung der Volksbefragung in der Schulung die Ansicht, daß es nicht mehr notwendig wäre, über den Frieden zu sprechen, davon sei schon genug geredet worden. Ein anderer Zirkellehrer war der Meinung, daß

uns die Menschen in Westdeutschland schon lange abgeschrieben haben. Dieser Kollege ging sogar so weit zu sagen, daß das, was in unseren Zeitungen stehe, auch nicht alles glaubhaft erscheine. In einem anderen Zirkel wiederum konnte der Zirkellehrer auf eine einfache Frage über die Volksbefragung nicht antworten, obwohl unsere Presse schon wochenlang davon schrieb und sie ein wichtiges Thema der innerbetrieblichen Schulung war. Der Kollege entschuldigte sich damit, daß er erst am Vortage Bescheid erhalten und die Schulung für einen verhinderten Kollegen durchzuführen hätte.

Derartige Mängel, daß Zirkellehrer kurzfristig umdisponiert und auf der anderen Seite Zirkel zusammengelegt werden, kommen auch in der Landeszentrale der Notenbank in Schwerin noch oft vor. Die Folge davon ist, daß jetzt in einem Zirkel 50 bis 60 Kollegen sitzen, die für den

Zirkellehrer natürlich eine sehr große Belastung darstellen. In anderen Filialen der Bank sowie auch in anderen Verwaltungsstellen wechselt wiederum der Zirkellehrer noch sehr oft. Eine Filiale machte sogar den Vorschlag, zu jeder Schulung einen anderen Kollegen einzusetzen.

Neben diesen organisatorischen Schwächen findet man auch noch Fehler in der Methodik der Durchführung. Es gibt immer noch Zirkellehrer, wie zum Beispiel in der Notenbank Ludwigslust, die sich darauf beschränken, den Inhalt des Schulungsheftes vorzulesen, um dann anschließend darüber zu diskutieren. In den meisten Fällen meldet sich dann kaum jemand zum Wort. Andere Zirkellehrer wiederum versuchen frei zu sprechen, verstehen es aber nicht, den vorliegenden Stoff mit den örtlichen Aufgaben zu verbinden. Viele unserer Zirkellehrer nehmen wohl an der Zirkellehrervorbesprechung teil, arbeiten aber nicht nach einem eigenen Seminarplan mit Haupt- und Unterfragen. Sie neigen also dazu, formales Wissen zu vermitteln. Die Anleitungen für die Zirkellehrer, die von der Abteilung Schulung im Innenministerium herausgegeben werden, entsprechen nicht den Anforderungen. Diese Abteilung sollte sich einmal damit be-

fassen, die schriftlichen Anleitungen für die Zirkellehrer zu verbessern. Kritik muß auch an der Arbeit der Abteilung Schulung der Zentrale der Notenbank in Berlin ge-

übt werden, die sich bisher wenig um die Durchführung der innerbetrieblichen Schulung in den einzelnen Ländern gekümmert hat. *Werner Kopatz, Schönberg/Meckl.*

Wann können Gemeinden eine Räumung wegen Eigenbedarfs verlangen?

Das Oberste Gericht der Deutschen Demokratischen Republik hat in einem Urteil vom 21. März 1951 (abgedruckt in Nr. 6, 1951, S. 270, der Zeitschrift „Neue Justiz“) zu der Frage des öffentlichen Eigenbedarfs einer Gemeinde Stellung genommen. Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Eine Gemeinde im Lande Sachsen verlangte die Freimachung von Räumen, die sie vermietet hatte, um eine Volksbücherei unterzubringen. Sie stützte ihr Verlangen auf sogenannten Eigenbedarf, um eine ihr gesetzlich obliegende Aufgabe zu erfüllen. Das Landgericht hatte den Anspruch der Gemeinde mit der Begründung abgelehnt, daß ein dringendes Eigenbedürfnis nur für einen Teil der Räume anerkannt werden könne. Das Oberste Gericht mißbilligte diese Entscheidung und führte aus, daß das hier zur Anwendung kommende Mieterschutzgesetz (Fassung vom 15. Dezember 1942, RGBl. I, S. 712) in den §§ 4 und 32 einen grundlegenden Unterschied zwischen privatem und öffentlichem Eigenbedarf mache. Hierzu führt das Oberste Gericht folgendes aus: „Während im § 4 MSchG

eine Interessenabwägung beider Parteien stattfindet, der klagende Vermieter sich also unter Umständen auf andere Räume von geringerer Zahl oder in andere Ortslagen verweisen lassen muß, ist einer Klage aus § 32 MSchG schon dann stattzugeben, wenn der Grund für den Eigenbedarf dargetan ist, ohne daß der Kläger sich auf andere Räume in derselben oder einer anderen Gegend verweisen lassen oder sich mit Räumen geringerer Zahl begnügen muß. Diese unterschiedliche Behandlung ergibt sich schon durch die grundlegende Verschiedenheit der Aufgaben und des Interesses an der Räumung, ist aber ersichtlich auch vom Gesetz gewollt; denn andernfalls wäre die Bestimmung des § 32 MSchG überhaupt nicht erforderlich gewesen, da alsdann das Land oder die Gemeinde ja immer auf Grund von § 4 MSchG klagen könnte.“ Wenn also öffentlicher Eigenbedarf vorliegt, ist es nicht erforderlich, auf Aufhebung des Mietverhältnisses nach § 4 MSchG zu klagen, sondern es kann nach Beendigung des Mietvertrages durch Zeitablauf oder Kündigung sofort Räumungsklage nach § 32 MSchG erhoben werden. *Dr. H.*

Nachgebühren der Post belasten die Verwaltung

Viele Briefe gehen täglich in den Posteingangsstellen ein, die von den Absendern nicht oder nicht richtig frankiert worden sind und für die von der Post Nachgebühren erhoben werden. Die Stadtverwaltung Leipzig hat täglich für etwa zwanzig solcher Sendungen 2 bis 3 DM Nachgebühren an die Post zu zahlen. Darunter befinden sich leider auch viele Briefe von Verwaltungsdienststellen. Wollten wir alle diese Nachgebühren einlösen, müßten jährlich etwa 1000.— DM aus unserem Haushalt zusätzlich für diesen Zweck ausgegeben werden. Die Dienstordnung der Regierung der DDR (§ 72), die ja auch von allen nachgeordneten Dienststellen sinngemäß anzuwenden ist, bestimmt ausdrücklich, daß alle Sendungen an Verwaltungen und Organisationen freizumachen sind. Wenn die Verwaltungen trotz dieser klaren Anweisung fast täglich nicht oder nicht richtig frankierte Briefe aufgeben, so zeugt das von einer schlechten Arbeitsweise eines Teils unserer Kollegen und einer Nichtbeachtung der Bestimmungen. Um diesen Mißstand zu beseitigen, wurde unsere Posteingangsstelle vor längerer Zeit angewiesen, alle mit Nachgebühren belegten Briefe an die Absender zurückgehen zu lassen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß diese Maßnahme erzieherisch wirkte, denn die von den gleichen Absendern in der Folgezeit eingegangenen

Briefe waren dann meist richtig frankiert. Es kann jedoch bei diesem Verfahren der Fall eintreten, daß sich bei Nichtannahme einer mit Nachgebühren belasteten Briefsendung der Geschäftsgang verzögert. Diese wenigen Ausnahmen rechtfertigen es aber im Interesse der Einsparung von Verwaltungskosten nicht, anders zu handeln.

Es wäre angebracht, den Kreis- und Gemeindeverwaltungen und vielleicht auch allen sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR die Befugnis einzuräumen, in solchen Fällen den Inhalt der Briefe zu entnehmen und nur den leeren Briefumschlag an die Absender zurückzugeben, damit die Post die Nachgebühren von ihnen einzieht. Dieses Recht steht nach § 51 Ziffer 5 Abs. 2 der Postordnung vom 30. Januar 1929 gegenwärtig nur den „Reichs- und Staatsbehörden“ zu, nicht aber den Kreis- und Kommunalverwaltungen. Nach einer mündlichen Auskunft der Oberpostdirektion Leipzig wird diese Bestimmung der Postordnung sehr eng ausgelegt. Sie ist aber unseres Erachtens heute nicht mehr tragbar, denn die Kreis- und Kommunalverwaltungen sind staatliche Verwaltungen und selbstverständlich ebenfalls bemüht, die Verwaltungskosten zu senken.

Annemarie Zahn — Edith Keil, Leipzig

Gegen das Bürokratendeutsch

Die geschichtliche Entwicklung unterdrückter oder gewaltsam geteilter Nationen lehrt, daß stets die Sprache eine große Rolle dabei spielte, diese zerrissenen Teile zusammenzuhalten und einer gewaltsamen Trennung zu widerstehen. Auch die deutsche Sprache ist eine solche Waffe im nationalen Befreiungskampf, die um so wirkungsvoller sein wird, je besser wir es verstehen, sie rein zu halten und zu pflegen. Wohl ist es den USA-Imperialisten und ihren Helfershelfern gelungen, vorübergehend den deutschen Heimatboden durch Zonenschranken zu zerreißten und das Wirtschaftsleben zum Nachteil besonders der werktätigen Bevölkerung Westdeutschlands zeitweilig zu stören, aber die Sprache Luthers, Lessings, Goethes und Schillers, Marx' und Engels' — die deutsche Sprache — ist eine unzerstörbare, unsiegbare Waffe im Kampf um die Einheit unseres Vaterlandes.

Der „Demokratische Aufbau“ hat in vorbildlicher Weise vielen Beiträgen Raum gewährt, die den Amtsstil und das Bürokratendeutsch als Überbleibsel einer vergangenen Zeit, als Ausdruck einer volksfremden und volksfeindlichen Verwaltungstätigkeit brandmarkten. Fred Oelßner nahm in seinem Vortrag auf der theoretischen Konferenz der SED im Juni 1951 aber vor allem gegen jenen schlechten Sprachstil Stellung, der sich in unserer Verwaltung neu entwickelt. So wird mit dem heute häufig gebrauchten Tätigkeitswort „planen“ ein sprachlicher Unfug getrieben, indem man von „einplanen“ oder gar „verplanen“ spricht oder schreibt, wobei gerade dieses letzte Wort das Gegenteil von dem ausdrückt, was eigentlich gesagt werden soll. Auch das Wort „durchgezogen“ wird meistens völlig zu Unrecht und am falschen Platz verwendet. Spürt man nicht selbst, daß man durch eiskaltes Wasser gezogen wird, wenn man den Satz liest oder hört: „Die Versammlungskampagne wurde termingerecht durchgezogen“; warum nicht schöner „Alle Versammlungen wurden, wie vorgesehen, durchgeführt“?

Als eines der schlimmsten Übel bezeichnete Fred Oelßner den Mißbrauch des Wörtchens „erstellen“. Ein Haus wird heute nicht mehr gebaut, sondern „erstellt“, ein Plan wird nicht mehr ausgearbeitet, Arbeitsnormen werden nicht ermittelt, sondern „erstellt“. Ein Aufsatz wird nicht geschrieben, eine Rede nicht vorbereitet, sondern alles das „erstellt“ man heutzutage. Dieser sprachliche Unfug macht auch nicht vor unseren demokratischen Gesetzen und Verordnungen halt, ja, manchmal wird er sogar dort erst geboren. Oder wer hat nicht schon den Unsinn gehört oder gelesen von der Frage, die „scharf steht“? Bei diesen Mißbildungen unserer Sprache handelt es sich in der Mehrzahl um verunzierte Tätigkeits- oder Hauptwörter, die ursprünglich im Zusammenhang mit unserer Wirtschaftspla-

nung, unserem demokratischen Gesetzgebungswerk und unserer täglichen Aufklärungsarbeit richtig gebraucht, später willkürlich abgewandelt wurden. Nicht selten ist das Motiv dazu — ganz besonders gilt das für die Häufung von Fremdwörtern — die überhebliche und falsche Auffassung bei Mitarbeitern unseres Staatsapparates, daß dadurch ein Schriftstück sachkundiger, ein Gesetz oder eine Verordnung wissenschaftlicher würde. Das Gegenteil ist meist der Fall!

Gibt es eine Möglichkeit, gegen diesen Sprachunfug systematisch zu kämpfen? Selbstverständlich, diese Möglichkeit besteht! So nehmen bereits Übungen zur Pflege der deutschen Sprache im Lehrplan sowohl der Landesverwaltungs- als auch der Verwaltungsgrundschulen einen breiten Raum ein und werden ihre Früchte tragen. Aber auch an der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ beginnt man mehr als bisher darauf zu achten, daß die Vorlesungen in reinem, unverfälschtem Deutsch gehalten werden, damit sie beispielgebend wirken, wie man auch ein schwieriges wissenschaftliches Gebiet allgemeinverständlich — unter Vermeidung einer Häufung von Fremdwörtern — behandeln kann. Sehr wichtig ist es auch, das Schulungsmaterial für die innerbetriebliche Schulung der Mitarbeiter des Staatsapparates weiter sprachlich zu verbessern. Dieses Schulungsmaterial, das wöchentlich Zehntausende von Mitarbeitern des Staatsapparates lesen, muß ein Beispiel dafür sein, wie die deutsche Sprache richtig gehandhabt worden, wie man sie in der täglichen Arbeit und im Gespräch pflegen muß. Wenn sich dann noch während der Schulung Zirkellehrer und Schulungsteilnehmer gegenseitig auf Fehler im Sprachgebrauch aufmerksam machen, ohne dabei zu überspitzen, so entsteht eine breite Grundlage für den systematischen Kampf gegen die Verschandelung der deutschen Sprache.

Das ist aber nur die eine Seite. Die andere, nicht weniger wichtige, besteht darin, daß sich unsere Mitarbeiter daran gewöhnen müssen, beim Schreiben, beim Diktat, in der Diskussion, in der Arbeitsberatung ständig zu überprüfen, ob ein klares, einfaches, einwandfreies Deutsch angewandt wird. Achten wir also darauf, daß unsere deutsche Sprache, die scharfe Waffe im nationalen Kampf, befreit wird vom bürokratischen Sprachstil! Studieren wir die Werke Stalins! Sie sind ein Beispiel dafür, wie man sich einfach ausdrücken, wie man schwierigste wissenschaftliche Probleme so darlegen kann, daß sie jeder Werktätige versteht. Und darauf kommt es an!

H.-J. Leichtfuß, DVA Forst Zinna

Der vorstehende Artikel prangert einige markante Beispiele für die Mißhandlung der deutschen Sprache an. Aber es ist auch an der Zeit, die Stilblüten, die in vielen Dienststellen der staatlichen Verwaltung immer noch wuchern, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Wie sie zuweilen aus-

sehen und wie sie gepflegt werden, zeigt der Rat der Stadt Radebeul, der in seiner Sitzung am 31. Juli 1951 im Punkt 4 der Tagesordnung den Antrag des städtischen Volksbildungsamtes auf vertretungsweise Übernahme des „Haushaltsüberwachungslistenführerpostens“ behandelte. Hier hat man bestimmt schon wieder Anschluß an die „Stadtoberfeuerwehrleiterswitwe“ seligen Andenkens gefunden. Aber noch sinniger pflegt man Stilblüten im Ministerium des Innern der Landesregierung Sachsen. Dort wurde kürzlich zur Benennung einer Volkspolizei-Wohnsiedlung in „Dr.-Kurt-Fischer-Siedlung“ angeordnet: „Der Chefinspekteur der Landesbehörde der Volkspolizei, Dick, hat sich vorbehalten, bei den Feierlichkeiten persönlich anwesend zu sein. Aus diesem Grunde ist unbedingt dafür Sorge

zu tragen, daß die Umbenennung in einer würdigen Form vorgenommen wird.“ — Wir nehmen an, daß nicht das persönliche Erscheinen des Chefinspektors Dick der Grund für die würdige Form der Feierlichkeiten war, sondern wohl das Andenken an den im vergangenen Jahre verstorbenen Chef der Deutschen Volkspolizei, Dr. Kurt Fischer. Oder irren wir? Es gibt unzählige solcher Beispiele, angefangen von einfachen Wortverdrehungen und falschen Anwendungen der Fremdwörter bis zu den kompliziertesten Verschachtelungen ganzer Sätze. Wir wollen den Kampf gegen solche Stilblüten, gegen das wieder wuchernde Amtsdeutsch aufnehmen und fordern alle Leser und Mitarbeiter auf, uns Beispiele bekanntzugeben, die wir veröffentlichen werden.

Die Redaktion

Verbesserungsvorschläge

Veröffentlicht im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik

19

Verbesserte Bismarrattenbekämpfung

Die Landesstelle Sachsen für die Bismarrattenbekämpfung beschäftigte bisher sieben von der Landesregierung angestellte Bismarrattenjäger, die nach Vergütungsgruppe VIII bezahlt wurden und dazu eine monatliche Reisekostenpauschale von 100 DM erhielten. Damit war die Bismarrattenbekämpfung ein Privileg dieser Bismarrattenjäger, und nur vereinzelt waren nebenberuflich tätige Bismarrattenfänger eingesetzt, deren Einsatz jedoch von der Zustimmung des Bismarrattenjägers abhängig war. Es war ein offenes Geheimnis, daß ein großer Teil der wertvollen Bismarrattenpelze — die gefangenen Tiere wurden nach alten Bestimmungen Eigentum des Erlegers — nach West-Berlin verschoben wurde. Infolge des Währungsunterschiedes wurde hierbei ein hoher Gewinn erzielt, und die wertvollen Felle gingen unserer Rauchwarenindustrie verloren.

Der Vorschlag regt an, in erster Linie nebenberuflich tätige Bismarrattenfänger einzusetzen und die Zahl der hauptberuflichen Bismarrattenjäger auf zwei bis drei zu reduzieren. Die Bismarrattenfänger werden bei Aushändigung ihrer Ausweise zur Ablieferung sämtlicher Felle verpflichtet, ihr Verdienst ist der Erlös aus den verkauften Pelzen. Hierdurch wird erreicht, daß eine intensivere Bekämpfung des Schädlings erfolgt, da das Fanggebiet nicht besonders begrenzt und eine Hege der Bismarratten unterbunden wird. Weiter bleiben die Pelze durch die Verpflichtung zur Fellabgabe im Lande und kommen unserer Pelzindustrie zugute. Die Einsparung an Verwaltungskosten würde sich im Lande Sachsen auf etwa 18 000 DM belaufen.

Der Vorschlag wurde für das gesamte Gebiet der DDR als brauchbar anerkannt und wird nach Erlaß des Pflanzenschutz-

gesetzes in einer der Durchführungsbestimmungen zur Neuorganisation der Bismarrattenbekämpfung aufgenommen.

(Urheber: Kollege Dr. Krampe, Dresden, prämiert)

20

Weiterleitung der Personalunterlagen bei Arbeitsplatzwechsel

Die Personalunterlagen jedes Beschäftigten (Personalbogen, Lebenslauf, Lichtbilder, Beurteilungen, Zeugnisabschriften usw.) verbleiben bei einem Wechsel des Beschäftigten in der bisherigen Beschäftigungsstelle. Bei der neuen Dienst- oder Arbeitsstelle müssen die gleichen Unterlagen neu, teilweise sogar in doppelter Ausfertigung erbracht werden. Es beginnen dann wieder neue Arbeiten in bezug auf die Anforderung von Beurteilungen, Zeugnisabschriften usw. Das bedeutet einen nicht unerheblichen Kostenaufwand an Material, Postgebühren und Arbeitszeit. Der Vorschlag sieht vor, daß die Personalakte den Beschäftigten von der bisherigen Dienststelle zur anderen begleitet, sofern es sich bei dem neuen Betrieb um eine Verwaltungsstelle oder um einen Betrieb des volkseigenen Sektors handelt.

Die Anregungen konnten als wertvoll bezeichnet werden und sind in die kurz vor der Veröffentlichung stehenden Bestimmungen über die Führung von Personalakten mit einigen Änderungen eingearbeitet.

(Urheber: Brigade der Personalabteilung VVB „Lowa“, Wildau, prämiert)

21

Planung des Bodenreform-Bauprogramms

Die reibungslose Durchführung des Bodenreform-Bauprogramms erfordert eine gründliche Einplanung aller maßgeblichen Faktoren. Hierzu gehören vor allem die Eigenleistung des Neubauern, der Einsatz der Gemeinschaftshilfe, die Einplanung der

Handwerksbetriebe und des Materials. Die Kontrolle der Plandurchführung als wichtigster Faktor wurde jedoch bisher vernachlässigt.

Zur besseren Durchführung dieser Kontrolle wird der Vorschlag gemacht, bei der Einsatzplanung in allen Kreisen nach einem einheitlichen Schema zu verfahren. Dieses Schema sieht drei Formblätter vor, nämlich die Baukarte mit einem Zeitplan für jedes Bauvorhaben, den Betriebseinsatzplan für die Baubetriebe des Kreises und den Materialbedarfsplan für sämtliche Bodenreform-Bauten des Kreises. Die Baukarte bildet die Grundkarte für das einzelne Bauvorhaben und gibt bei ordnungsgemäßer Führung jederzeit eine klare Übersicht über den Bautenstand und die eingetretenen Mängel. In dem Formblatt des Betriebseinsatzplanes werden sämtliche Baubetriebe des Kreises mit den Arbeitskräften, die zur Durchführung des Boden-

reform-Bauprogramms herangezogen werden sollen, aufgeführt. Ferner werden in ihm die einzelnen Bauvorhaben an Hand der Einzel-Zeitpläne vermerkt. Bei einer sorgfältigen Einplanung besteht jederzeit eine genaue Übersicht über die Auslastung aller Betriebe des Kreises. Neue Bauvorhaben können ohne weiteres mit eingeplant werden. Das Formblatt für den Materialbedarfsplan dient der zeitlichen Ermittlung des Baustoffbedarfs für alle Bodenreform-Bauten. Die zeitliche Einplanung des Materialbedarfs erfolgt in Verbindung mit der Einplanung auf der Baukarte.

Der Vorschlag wurde anerkannt und wird bereits ausgewertet. Der Urheber wurde in das Ministerium für Aufbau als Referent berufen und erhielt den Auftrag, seine Methode in allen Ländern der DDR einzuführen.

(Urheber: Kollege Helms, Parchim, prämiert)

Unsere Volkskorrespondenten berichten

Kommunales Versicherungswesen

Im Lande Thüringen bestand seit mehreren Jahren bereits der kommunale Schadenausgleich. Unter der Bezeichnung „Mitteldeutscher Kommunal Schadenausgleich“ war dies eine Einrichtung, die sich selbst trug. Ihr waren im Prinzip alle Gemeinden und Städte angeschlossen. Während die kleineren Gemeinden über die Landkreise betreut wurden, hatten die größeren Gemeinden und Städte selbst Versicherungen mit dem Schadenausgleich abgeschlossen. Die Prämie hierfür wurde nach der Einwohnerzahl zu Beginn des neuen Rechnungsjahres für das vergangene Rechnungsjahr umgelegt. Hauptsächlich wurde dies mit dem kommunalen Haftpflichtschadenausgleich so gehandhabt. Die Übernahme dieses Schadenausgleiches durch die Versicherungsanstalt des Landes Thüringen (VAT) änderte hieran nichts.

Wir konnten nun feststellen, daß neben diesen Versicherungen noch andere bestanden, die die Gemeinden — zum Teil in Unkenntnis der Sachlage — noch einmal besonders mit der VAT abgeschlossen hatten. Die Außenangestellten der VAT scheinen ein großes Interesse daran gehabt zu haben, möglichst alle Zweige der Versicherung in einer Gemeinde unterzubringen. So waren Doppelversicherungen entstanden, die die kleineren Gemeinden teilweise stark mit Unkosten belasteten. Diese Versicherungen haben wir im Kreise Altenburg teils für die Gemeinden gemeinsam gekündigt, teils wurden die Gemeinden aufgefordert, sie zu kündigen. Nun war aber zu beachten, daß trotzdem noch Versicherungen bestanden, z. B. Unfallversicherungen für Bürgermeister, Gemeindeangestellte, Flurschutzkräfte, örtliche Feuerwehr usw. Soweit uns das im einzelnen Falle bekannt wurde, konnten wir erreichen, daß viele derartige Versicherungen gekündigt und so in manchen Ge-

meinden Gelder frei wurden, die für andere Zwecke verwendet werden können. Eines scheint uns aber bisher noch nicht genug beachtet worden zu sein. Im Rahmen der Durchführung der Dorfwirtschaftspläne werden in wohl allen Gemeinden und Städten der Deutschen Demokratischen Republik freiwillige Arbeitseinsätze durchgeführt. An diesen Einsätzen sind nicht nur die Einwohner der einzelnen Gemeinden usw. beteiligt, sondern es nehmen auch oft noch Patenbetriebe teil. Wenn in einem solchen Einsatz einmal ein Unfall passiert, tritt keine Versicherung ein. So konnte es vorkommen, daß eine Gemeinde rund 200 DM Schadenersatz zahlen mußte. Verschiedene Gemeinden haben zwar schon Einzelversicherungen für freiwillige Arbeitseinsätze abgeschlossen, aber es ist trotzdem an der Zeit, sich einmal ernstlich Gedanken über eine Neufassung des kommunalen Schadenausgleiches zu machen. Ich schlage vor, daß man die bisherige Art der Versicherung ändert und eine „Kommunale Versicherung“ schafft, die alle Ansprüche umfaßt. Es könnten dadurch sowohl die Haftpflicht- als auch die Unfall-schadensansprüche erfaßt werden. Eventuell wird es auch möglich sein — um eine weitestgehende Einsparung zu erzielen —, diese „Kommunale Versicherung“ auf die gemeindeeigenen Grundstücke auszudehnen (Feuerschäden, Diebstahl usw.).

Vk. Gerhard Kurze, Altenburg

Mehr Wachsamkeit in den Gemeindeverwaltungen!

Auf der staatspolitischen Konferenz in Forst Zinna forderte Walter Ulbricht von unseren Verwaltungsangestellten erhöhte Wachsamkeit bei jeder Arbeit. Unsere Kollegen sind von der Notwendigkeit überzeugt und bemüht, danach zu handeln. Aber trotzdem nehmen es noch viele zu leicht damit.

Ich hatte bisher oft dienstlich und auch privat mit Bürgermeistern und Verwaltungen von Dörfern zu tun, denen ich unbekannt war. Fast immer genügte aber, daß ich mich mündlich vorstellte, manchmal noch mit wenigen Worten meine Fachkenntnisse in der Verwaltung bewies, um das volle Vertrauen der Kollegen zu erwerben. Ohne die Richtigkeit meiner Angaben zu überprüfen, erteilten sie mir die gewünschten Auskünfte und gaben Einsicht in die Unterlagen. Manchmal stand auch das Dienstsiegel so günstig auf dem Tisch, daß ich es unbemerkt einstecken konnte. Natürlich gibt es auch andere Kollegen, die sehr genau die Legitimation prüfen und auch dann noch recht verschlossen sind. Sie fahren bestimmt damit besser als die leutseligen oder gar die Kollegen, die den Drang haben, ihr Wissen und Können jedem zu offenbaren.

Denken wir stets daran, daß die Gegner unserer Ordnung alles daransetzen, um uns Schaden zuzufügen. Ihre Helfer arbeiten mit allen Mitteln. Harmlos erscheinende Auskünfte dienen zum Beispiel der verlogenen RIAS-Propaganda, um durch einen bekannten wahren Bericht die Lügenmeldungen glaubhaft zu machen. Kollegen, wir selbst bezahlen diese mangelnde Wachsamkeit und erschweren allen fortschrittlichen Menschen den Kampf um den Frieden und unsere deutsche Einheit.

Vk. Kurt Laucke, DVA Forst Zinna

„Wegen Schulung bis 10 Uhr geschlossen“

In vielen Berichten hat man sich schon mit der Durchführung der innerbetrieblichen Schulung beschäftigt, während die Frage „Wann?“ scheinbar vergessen wurde. Schon oft wurde von der Bevölkerung in Ausspracheabenden und auch in der Presse auf die unglückliche Auswahl der Schulungszeit hingewiesen. Dieser Hinweis aus der Bevölkerung wird von uns als durchaus berechtigt angesehen. Denken wir hierbei an den Markttag. Viele Einwohner der Landgemeinden kommen an diesem Tage in die Stadt, um Einkäufe zu tätigen. Bis 9 Uhr, ja teilweise sogar bis 10 Uhr stehen sie aber vor verschlossenen Türen; weder in den Verwaltungen noch in den Geschäften können Besorgungen gemacht werden. Dies trifft allein im Lande Mecklenburg in etwa 80 Städten zu. Bedenken wir hierbei, wieviel wertvolle Arbeitszeit durch unnötiges Warten verlorengeht.

Auch für die Verwaltungsarbeit würde sich eine andere Schulungszeit günstiger auswirken. Entsprechend dem demokratischen Grundsatz: „Die Verwaltung ist für die Bevölkerung da“, wurde im Kreise Anklam der Mittwoch als Sprechtag eingeführt. Wenn die Schulung um 9 Uhr beendet ist, setzt in den Vormittagsstunden ein besonderer Andrang des Publikums ein, der gemindert werden kann, wenn die Verwaltung ab 7 Uhr geöffnet ist. Auch die Arbeit im Außendienst, beispielsweise bei den Erfassungskontrolleuren, ließe sich besser einteilen, denn da die Schulung

mitten in der Woche stattfindet, müssen die Kontrolleure immer ihre Arbeit unterbrechen.

Aus all diesen Gründen wäre es zweckmäßiger, die Schulung am Montag durchzuführen. Verschiedentlich ist auch schon die Meinung aufgetreten, daß sich der Sonabend als Schulungstag am besten eignet. Aber ist der Sonabend nicht erst recht ein Markttag? Wir dürfen bei der Auswahl des Schulungstages nicht nur die Vorteile für die Verwaltung sehen, sondern müssen vor allem die Belange der werktätigen Bevölkerung in Erwägung ziehen. Obwohl die Org.-Instrukteurabteilung, der dieser Vorschlag schon im April unterbreitet wurde, mitteilte, daß in der nächsten Zeit eine bessere Regelung zu erwarten sei, ist noch nichts geschehen. Wann will das Ministerium des Innern der DDR, den Wünschen der Bevölkerung entsprechend, nun eine Änderung herbeiführen?

Vk. Heinz Griese, Anklam

Termine, Termine . . .

Ich empfinde es als Mangel, wenn mit jedem Schreiben einer übergeordneten Verwaltungsstelle gleichzeitig ein Terminkalender serviert wird. Der Hinweis auf „die persönliche Verantwortung für die Durchführung bis . . .“ wird kaum mehr unerwähnt gelassen. Bei einer derartigen Methode ist es nicht verwunderlich, wenn nur noch Anfragen beantwortet und erledigt werden, in denen die „Terminstellung“ angeführt ist. Welcher Sachbearbeiter hat schon einmal versucht, eine kurzfristige Umfrage bei nachgeordneten Verwaltungsstellen zu halten, ohne das „T“ mit Datum hinzuzufügen? Es scheint vermessen zu sein. Kann man das aber als fortschrittliche Arbeitsmethode bezeichnen? In diesem Zusammenhang erwähne ich die Ausführungen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Heinrich Rau, bei Abgabe des Rechenschaftsberichtes zum Zweijahrsplan, „daß der Plan erfüllt wurde trotz der Verwaltung!“ So beschämend diese kritische Feststellung ist, müßte sie uns Anlaß sein, alles daranzusetzen, um den Anschluß an die im Vorsprung befindliche Volkswirtschaft herzustellen. Während ein Teil — die Kollegen der Produktion — größte Anstrengungen macht, durch gesteigerte Leistungen den Lebensstandard aller zu heben, verläuft sich die Verwaltung in einer Flut von Terminen und verallgemeinert den Begriff „Termin“, der dadurch seine Wirkung verfehlt.

Vk. Heinz Kunze, Dresden

Für eine tägliche Presseschau

In Heft Nr. 7/1951 wird die Frage der Zeitungsschau in der innerbetrieblichen Schulung diskutiert. Ich bin der Ansicht, daß eine Zeitungsschau in der innerbetrieblichen Schulung fehlt am Platz ist. Vielmehr müßte man dazu übergehen, in allen Verwaltungsdienststellen jeden Morgen bei Arbeitsbeginn eine kurze Presseschau von etwa 15 Minuten durchzuführen. Diese

Presseschau, regelmäßig angewandt, dürfte dazu beitragen, einen neuen Arbeitsstil in der Verwaltung zu erreichen, den Praktizismus in vielen Dienststellen zu überwinden und die Verwaltung mehr als bisher zur Förderung des demokratischen Fortschritts einzuspannen. Ohne Zweifel wird eine regelmäßige Presseschau das Staatsbewußtsein der Angestellten heben und festigen, ihnen den Blick für das Wesentliche frei machen. Unsere Verwaltung ist keine Einrichtung mehr, die vom politischen Tagesgeschehen losgelöst arbeitet, sondern sie ist unmittelbar an der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben beteiligt. Und deshalb stellt uns gerade die Tagespresse täglich neue Aufgaben, die operativ zu lösen sind.

Selbstverständlich verfehlt eine Presseschau ganz ihren Zweck, wenn die Kollegen dann das selbständige Zeitunglesen einstellen und sich darauf verlassen, das Neueste täglich in der Presseschau zu erfahren. Das ist nicht Sinn der Presseschau, vielmehr muß sie eine Kontrolle sein, ob und inwieweit die Kollegen die Presse studiert und ob sie das Wesentliche aus den Veröffentlichungen erkannt haben. Man muß weiterhin in der Presseschau Hinweise auf wichtige grundlegende Artikel geben, über die man oft zu Hause hinwegliest, die aber die ganze Aufmerksamkeit aller Kollegen im Staatsapparat erfordern. Besonders gut läßt sich eine solche Presseschau mit einer Arbeitsbesprechung verbinden.

Die Frage, welche Zeitungen in der Presseschau zu behandeln sind, ist nach meiner Meinung so zu beantworten, daß immer die Zeitungen Grundlage einer Presseschau sein müssen, die für die jeweilige Verwaltung von besonderer Wichtigkeit sind. Neben dem Zentralorgan „Neues Deutschland“ oder der „Täglichen Rundschau“ werden also z. B. die Kollegen in den Kreis- und Gemeindeverwaltungen eingehend die Lokalseiten der Landeszeitungen studieren, wo sie in Form von Volkskorrespondenzen und ähnlichen Beiträgen genügend Hinweise für die Arbeit in ihrem Bereich finden.

Vk. Werner Barm, Nachterstedt

Bessere Filme auf das Dorf

Die Einwohner des Dorfes sind vielfach noch recht arm an kultureller Betreuung, und einen Höhepunkt des Kulturlebens bilden Filmvorführungen, die zweimal im Monat veranstaltet werden. Meist sind es alte, abgespielte Filme, die immer dann gerade reißten, wenn die Szene interessant ist. Meterlange Filmstreifen fehlen, und dem Zuschauer fällt es schwer, die Zusammenhänge zu erkennen. Oft wird dadurch der Sinn des Filmes entstellt aufgenommen, und man verläßt die Veranstaltung nicht gerade erbaut. Nicht selten hört man die Äußerung: „Für uns auf dem Dorfe ist ja so etwas gut.“ Mehr und mehr bleiben die Einwohner den Filmvorführungen fern. Die Dorfbevölkerung lehnt diese

schlechten Filmstreifen ab und möchte durch einen schönen und aufklärenden Film Entspannung finden, sich aber nicht ärgern! Es müßte endlich erreicht werden, auch auf das Dorf nur einwandfreie Filme zu bringen, denn auch das gehört zum demokratischen Aufbau.

Vk. Erna Staake, Kreistagsabgeordnete, Mehlitz a. d. Saale

10 DM für eine Geburtsurkunde

Ist das nicht ein bißchen viel? Vergessen wir nicht, daß von dieser Maßnahme vor allem Menschen betroffen werden, die durch den furchtbaren Krieg Hab und Gut, die Heimat und nicht zuletzt die Geburtsurkunde verloren haben. Seitens der Standesämter wurde immer schon versucht, einen Weg ausfindig zu machen, auf dem diese Menschen wieder in den Besitz der Urkunden gelangen. 1949, mit dem Erscheinen des Arndtschen Leitfadens, hielt man dieses Problem durch den Abschnitt 2, Punkt 13, für gelöst. Wohl wurden genügend Anträge auf Ausstellung von Urkunden über die entsprechenden Militärmissionen geleitet, leider ohne Erfolg. Weiter bediente man sich beim Aufgebot zur Eheschließung der eidesstattlichen Versicherung durch die Eltern und nächsten Anverwandten. Unter dem 26. Februar 1951 erklärte das Ministerium des Innern des Landes Sachsen, HA Staatliche Verwaltung II/114, 05: „Die Beschaffung von Urkunden aus den uns befreundeten Staaten übernimmt das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Konsularabteilung, Berlin NW 7, Luisenstraße 56.“ Anträge dieser Art wurden nach dort geleitet. Daraufhin wurden Fragebogen in fünffacher Ausfertigung zur genauen und deutlichen Ausfüllung zugestellt und um Übersendung einer Gebühr von 10 DM je Urkunde gebeten.

Vk. Röder, Plauen i. V.

*

Die Gebührenerhebung in Höhe von 10 DM für die Beschaffung von Urkunden aus dem Auslande entspricht den Tatsachen. Dieser verhältnismäßig hohe Satz entsteht dadurch, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Bearbeitung derartiger Angelegenheiten viel Zeit und Arbeit beansprucht. Zu erwähnen ist auch, daß die Antragsteller in sehr vielen Fällen zahlreiche Urkunden anfordern, die sie überhaupt nicht benötigen.

In der Vk.-Zuschrift ist aber nicht erwähnt, daß im Falle der Bedürftigkeit, geringen Verdienstes, großer Familie usw. eine weitestgehende Gebührenermäßigung und Befreiung von der Entrichtung der Gebühren stattfindet, so daß in Wirklichkeit der hohe Gebührensatz nur von denen entrichtet wird, die auf Grund entsprechenden Einkommens in der Lage sind, sie zu bezahlen.

Ministerium
für Auswärtige Angelegenheiten

Die Antworten

Die Schulung muß nicht „trocken“ sein

Zu dem Diskussionsbeitrag in Heft 7, S. 201, meint die Redaktion der Schulungshefte für die innerbetriebliche Schulung (Deutsche Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“):

Der Kollege Helmut Ilse empfiehlt, in Zukunft im Schulungsmaterial mehr als bisher graphische Darstellungen, Skizzen, Karten und ähnliches zu verwenden. Wir werden diesen Hinweis befolgen, denn die Anschaulichkeit — ihre Formen können sehr verschieden sein — ist ein sehr wichtiges Mittel, das aktive Denken der Schulungsteilnehmer systematisch zu entwickeln und sie dazu anzuregen, von sich aus entweder zu Verallgemeinerungen oder zur Konkretisierung von Tatsachen und Erscheinungen zu kommen. Dabei muß aber bedacht werden, daß eine Überladung mit Graphiken und Skizzen ebenso unvernünftig ist wie das völlige Fehlen. Die Aufgabe besteht einerseits darin, die anschaulichste Skizze, die übersichtlichste Graphik, andererseits aber das richtige Maß der Anschaulichkeit zu finden, um das Interesse und die Aufmerksamkeit der Schulungsteilnehmer bei den behandelten Fragen zu erhöhen und ein noch besseres Verständnis zu erzielen. Wir haben bei dem Thema „Aufgaben und Bedeutung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ (Heft 46—48) einen Versuch gemacht. Ist er gelungen?

Fredo Kriebus, der durch seinen Beitrag in Heft 4, S. 117, die lebhafteste Diskussion über die „trockene“ Schulung eröffnete, ergänzt die Ausführungen von Ilse wie folgt:

Die Zustimmung der Kollegin Ziewitz „Wir sind damit einverstanden, daß mehr Anschauungs- und Lehrmaterial verwendet wird als bisher“ klingt nicht gerade sehr erfreut. Gerade die für die Durchführung der Schulung verantwortlichen Stellen sollten sich bemühen, die Anschaulichkeit der Schulung durch Anregungen zu unterstützen. Etwa dadurch, daß geeignete graphische Darstellungen zu den jeweiligen Themen, deren Wiedergabe durch den Zirkellehrer ohne große Mühe an einer Tafel erfolgen kann, bereitgestellt werden. Es ist bestimmt wichtig, die Methode der Schulung gründlich zu untersuchen. Dabei wird man zweifellos aus den pädagogischen Erfahrungen, die man in der Sowjetunion gemacht hat, lernen können. Für die Verwendung von Anschauungsmaterial spricht beispielsweise folgender Versuch:

1. Erklärungen, die von Versuchen in der Klasse begleitet waren, wurden von 91 Prozent der Schüler behalten und in ihren Heften wiedergegeben.
2. Dieselben Erklärungen, die jedoch nicht von Versuchen begleitet, sondern nur durch Bilder illustriert waren, behielten 50 Prozent aller Schüler.

3. Dieselben weder durch Versuche noch durch Bilder illustrierten Erklärungen behielten und gaben nur 24 Prozent aller Schüler wieder (Jessipow-Gontscharow, Pädagogik, 7. Kapitel, § 9).

Sicher wäre es von Vorteil, wenn sich besonders die Kreisreferenten für die innerbetriebliche Schulung Gedanken darüber machen würden. Selbstverständlich darf das „Anschauen“ nicht Selbstzweck sein oder werden, sondern nur Illustrierung und Erläuterung zum Seminar, dessen Stoff so leichter erfaßt und besser behalten werden kann.

Verwaltungsvereinfachung durch Abbau der Rationierung

Zu den in den Heften 2 und 4/1951 geführten Diskussionen nimmt das Ministerium für Handel und Versorgung abschließend Stellung:

Auf einer Tagung sämtlicher Leiter der Landeskartenstellen wurden auch die von Ihnen angeschnittenen Probleme besprochen. Die Entwertung des Markenrücklaufs durch den Einzelhandel wurde für falsch gehalten. Es wurde geltend gemacht, daß dadurch jede ordnungsgemäße Überprüfung der abgelieferten Markenbogen auf richtige Einordnung der Markenwerte unmöglich gemacht würde, weil die Abschnitte nach der Entwertung unleserlich seien. Eine Überprüfung würde unter diesen Umständen mehr Zeit erfordern, als die Entwertung durch die Kartenabrechnungsstellen bisher beanspruchte. Ganz besonders würde aber die Feststellung von gefälschten Markenabschnitten erschwert werden.

Zur Familienkartei ist zu sagen, daß sich diese Frage hauptsächlich auf das Land Thüringen bezieht, welches in eigener Zuständigkeit die Ausgabe der Lebensmittelkarten in größeren Gemeinden und Städten an Hand der Familienkartei geregelt hat, während in anderen Gemeinden die Ausgabe auf Grund der üblichen Ausgabelisten erfolgt. Ab Juli 1951 müssen überall wegen der Vereinfachung des Kartensystems und der daraus hervorgehenden Umstellung des Ausgabeverfahrens Ausgabelisten benutzt werden.

Riesa macht nochmals Vorschläge

Nach unserer nochmaligen Aufforderung in Heft 7, S. 193, äußert sich das Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Fragen der Lebensmittelkartengestaltung (Heft 4, S. 100, Heft 7, S. 193):

Der Vorschlag des Kollegen Riedel war unserem Ministerium direkt zugegangen. Wir hatten das Fachreferat veranlaßt, eine grundsätzliche Stellungnahme zu den bisher eingegangenen Verbesserungsvorschlägen für die Gestaltung der Lebensmittelkarten auszuarbeiten. Diese Stellungnahme haben wir unserer Zeitschrift „Der Handel“ zur Veröffentlichung übermittelt. Die vom Kollegen Riedel beanstandete Ver-

mehrung der Lebensmittelkarten um weitere fünf Stück stellt nur eine für den Monat Juni zutreffende Übergangsregelung dar. Es wurden für diesen Monat erstmalig die Grund- und Zusatzkarten als selbständige Karten nebeneinander auf einem Blatt gedruckt. Da für Teilselbstversorger die jeweilige Teilselbstversorgereigenschaft nur auf die Grundkarte angerechnet wird, mußten im Juni sämtliche Zusatzkarten auch einzeln vorhanden sein. Obwohl die Vereinigung der Grund- mit den Zusatzkarten für die Kartenausgabe und insbesondere für die Bevölkerung Vorteile mit sich bringt, ist diese Maßnahme jedoch nur als eine halbe zu bezeichnen, wenn nicht gleichzeitig auch die Teilselbstversorgerkarten abgeschafft werden. Hierzu noch bestehende Meinungsverschiedenheiten einzelner Stellen waren die Gründe dafür, daß dies für Juni noch nicht geschehen konnte. Auf Grund der auf der Arbeitstagung der Landes- und Kreiskartenstellenleiter am 12. Juni 1951 erzielten Übereinstimmung sind dann für den Monat Juli sämtliche Teilselbstversorgerkarten in Fortfall gekommen, so daß also ab Juli (ohne Quartalskarten) nur noch 15 bzw. 17 Lebensmittelkartensorten zur Ausgabe gelangen. Wir bedauern, daß der Kollege Riedel zu dieser Arbeitstagung von der Landesregierung Sachsen nicht hinzugezogen wurde.

Des weiteren wurde die Einführung einer Vierteljahreskarte sowie der Einbau der Abschnitte der Zusatzkarten in die Grundkarte vorgeschlagen. Bei den eingehenden Aussprachen mit den Ländern und Kreisen über die verschiedenen Möglichkeiten zur Vereinfachung des Kartensystems ist die Frage des Druckes einer Mehrmonatskarte ständig behandelt worden. Wenn nach vielem Für und Wider doch zunächst bei der allmonatlichen Ausgabe der Lebensmittelkarten verblieben werden muß, dann deshalb, weil hier die Frage der Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist. Dieser Gesichtspunkt allein zwingt uns dazu, trotz mancher Vorteile der Mehrmonatskarte im gegenwärtigen Zeitpunkt davon abzusehen, wobei nicht unerwähnt gelassen sein soll, daß auch die Ausgabe der Karten, die Einstufung und die Bevölkerungszählung durch den Druck einer Mehrmonatskarte sehr ungünstig beeinflusst wird. Außerdem würden auch Planungsgründe nicht für die Einführung einer Vierteljahreskarte sprechen.

Der Einbau der einzelnen Abschnitte der Zusatzkarten in die Grundkarte läßt sich nach der oben erwähnten Anrechnung der Teilselbstversorgereigenschaft nicht verwirklichen.

„Warum noch Entwertung des Markenrücklaufs?“

Die Diskussionen in den Heften 2 und 4 sowie die Ausführungen des Kollegen Heinz Rexhausen in Heft 5, 1951, S. 143, veranlaßten das Ministerium für Handel und Versorgung der

*Deutschen Demokratischen Republik
zu folgender Stellungnahme:*

Wir haben die Regierungen der Länder veranlaßt, nach Prüfung aller hierbei ausschlaggebenden Faktoren einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten, dabei aber die Grundlage zum Wegfall der Markenentwertung, also das Vorhandensein diebessicherer Aufbewahrungsräume, zu schaffen. Diese Grundlage ist notwendig, da nur ein Teil der Kreise den Markenrücklauf einmal im Monat, ein anderer Teil ihn aber in kürzeren Zeitabständen, also nach der Gültigkeitsdauer der Lebensmittelpartenabschnitte abrechnen läßt. Die Landesregierungen sind in ihrer Stellungnahme über den Wegfall der Entwertung geteilter Meinung. In einer Arbeitsberatung mit den Landeskartenstellenleitern wird das ganze Problem nochmals eingehend durchgesprochen werden, um zu einem abschließenden Ergebnis zu gelangen.

Gutes Deutsch

IX. Vom Verhältniswort

Verschiedene Beziehungen, die die Dinge zu einer Handlung, einem Vorgang oder untereinander einnehmen können, werden bereits durch die vier Fälle des Dingwortes ausgedrückt. (Siehe Heft 2/1951, S. 56.) Sind diese Beziehungen aber räumlicher, zeitlicher, ursächlicher oder dergleichen Natur, so bedient sich die Sprache zu ihrer Kennzeichnung der Verhältniswörter.

Da die Verhältniswörter im allgemeinen vor dem Dingwort stehen, hat man ihnen den Namen Präpositionen gegeben (Praepositio = Voraussetzung). Allerdings können im Deutschen einige Präpositionen sowohl vor- als auch nachgestellt werden (gegenüber dem Haus — dem Haus gegenüber, wegen des Wetters — des Wetters wegen). So harmlos und unansehnlich die Verhältniswörter anmuten, sind sie dennoch von großer Bedeutung und nicht selten die Ursache vieler Fehler. In trotzigem Eigensinn beharren die Verhältniswörter darauf, daß sich das Dingwort genau nach ihnen richtet. Das Verhältniswort schreibt dem Dingwort tyrannisch vor, in welchem Fall es zu stehen hat. Man sagt dafür: Das Verhältniswort „regiert“ einen bestimmten Fall. Eingeteilt werden die Verhältniswörter nach dem Fall, den sie regieren.

Den 4. Fall verlangen: durch, für, um, ohne, gegen und wider. Dabei ist zu beachten, daß im Unterschied zum Umstandswort wieder (nochmals) das Verhältniswort „wider“ ohne „e“ geschrieben wird. Auch ist darauf zu achten, daß „wider“ nur in feindlichem Sinne gebraucht wird, indes „gegen“ sowohl in freundlichem als auch feindlichem Sinne stehen kann. Man kann also sagen: Wir kämpfen gegen oder wider den Bürokratismus. Er wurde gegen oder wider seinen Willen in diese Sache verwickelt. Er verstieß gegen oder wider die Anordnung.

Aber nur: Er war freundlich gegen mich und hilfsbereit gegen jedermann. Wenn die Richtung auf einen Ort hin bezeichnet werden soll, gebraucht man nur „gegen“ bzw. „gen“: Er pilgerte gegen (gen) Norden. Das Haus liegt von hier aus gegen (gen) Osten. — Für manche ist es ratsam, sich besonders den 4. Fall nach „ohne“ einzuprägen: Ohne eine Befürwortung... ohne eine beglaubigte Abdrift... ohne mich, ohne dich! Sodann sei daran erinnert: Bei durchs (durch das), fürs (für das), ums (um das) darf kein Fehlhäkchen (Apostroph) stehen, weil es sich hier um eine Verschmelzung und nicht um den Ausfall eines Lautes (Sag's laut! Gesteh's ein!) handelt.

Mit dem 3. Fall werden verbunden: mit, nach, nächst, nebst, samt, bei, seit, von, zu, zuwider, entgegen, gegenüber, aus, außer, binnen, gemäß, zunächst und trotz. Binnen, zunächst und trotz werden zuweilen auch mit dem 2. Fall verbunden: Binnen einem Zeitraum oder eines Zeitraumes von...; er saß zunächst dem Fenster oder des Fensters; trotz großen oder großer Bemühungen, Entgegen, gegenüber, gemäß und zuwider können sowohl vor als nach ihrem Hauptwort stehen: Entgegen dem geltenden Recht... Dem geltenden Recht entgegen... Gemäß Ihrem Wunsch... Ihrem Wunsch gemäß... Fest muß man sich einprägen, daß „nach“ stets den 3. Fall erfordert: Nach unserem Erachten bzw. unserem Erachten nach... doch nie: Unseres Erachtens nach... Auf die Frage: „Wohin?“ darf niemals mit „bei“ geantwortet werden. Also: Komme zu mir! (Keinesfalls bei mich!) Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Anwendung von „außer“: Außer mir und meinem Freund war niemand anwesend. Außer dem Vertreter der Regierung sprach niemand. Ich geriet außer mir. Dagegen heißt es richtig: Ich kenne niemand hier, außer dich und deine Frau. Er hat alle beleidigt, außer mich und meinem Bruder. „Außer“ ist nämlich in diesen Sätzen ein Bindewort, und der 4. Fall ist abhängig von den Tätigkeitswörtern kennen und beleidigen. — Besonders zu merken sind die formelhafte Wendungen: außer Landes gehen, etwas außer Zweifel, außer Tätigkeit setzen. — Schlimme Fehler sind: Mein Lager in Rauch- und Schnupftabake(!), Aufbewahrung von Fahrräder(!), Unser Angebot in Ersatzteile(!).

Je nachdem, ob ein örtlicher Ruhepunkt (Wo?) oder die Bewegung (Wohin?) gemeint ist, regieren folgende Verhältniswörter den 3. oder 4. Fall: an, auf, hinter, neben, in, über, unter, vor und zwischen. Also: Die Akte liegt auf dem Tisch. Ich lege die Akte auf den Tisch. Die Sekretärin sitzt im Vorzimmer. Gehen Sie bitte in das Vorzimmer! Mein Kollege stand neben mir. Er stellte sich neben mich. Selbst wenn die eigentliche räumliche Bedeutung nicht genau erkennbar ist, läßt sich ein Unterschied von Ruhe und Richtung feststellen. Soll ein Verharren in einer Tätigkeit oder einem Zustand bezeichnet werden, wendet man den 3. Fall

an: Er hält an seiner Meinung fest. Ist das Ziel oder die Richtung einer Tätigkeit gemeint, verwendet man den 4. Fall: Er hält sich an die Vorschrift. Bei Zeitbestimmungen steht der 3. Fall in der Regel auf die Frage: Wann? Im Winter, im Dezember. Den 4. Fall erfordert die Frage: Wie lange? Bis in die Nacht hinein. Über den Termin hinaus. Von gebräuchlichen Wendungen merke man im 3. Fall: Vor allem, vor allen Dingen, unter solchen Umständen, in dieser Hinsicht, in dieser Weise; im 4. Fall: Über alle Erwartungen, über alle Maßen, über alle Begriffe, auf diese Weise.

Den 2. Fall regieren die Verhältniswörter: unweit, mittels, kraft, während, laut, vermöge, ungeachtet, oberhalb, unterhalb, innerhalb, außerhalb, diesseit(s), jenseit(s), halber(n), wegen, um - willen, statt, längs, zufolge und trotz. Der 3. Fall bei „trotz“ wurde schon erwähnt. Wenn bei „zufolge“ das Hauptwort voransteht, ist der 3. Fall erforderlich: Ihrem Wunsche zufolge — Zufolge Ihres Wunsches... Ihrem Einspruch zufolge — Zufolge Ihres Einspruches... Bei „längs“ kann man auch den 3. Fall verwenden: Längs dem Ufer, längs dem Korridor, längs dem Fenster. „Halber“ wird immer nachgesetzt (der Wahrheit halber), „wegen“ kann sowohl vor als nach dem Hauptwort stehen (wegen des Termins — des Termins wegen). Gegen die Anwendung des 2. Falls wird häufig schwer gestündigt. Wie oft liest man: Geschlossen wegen Todesfall(!), Ausverkauf wegen Raummangel(!), wegen Umbau(!), wegen Umzug(!), verurteilt wegen Diebstahl(!), wegen Betrug(!) usw. Ganz falsch auch „wegen mir“ anstatt: meinetwegen. Wie oft hört man: Währenddem, während dem Krieg, statt einem Angebot... für: währenddessen, während des Krieges, statt eines Angebotes! Die Scheu vor dem „s“ des 2. Falles geht so weit, daß ein falsches „von“ eingesetzt wird in: Unfern von dem Dorf, unweit von dem Berg, oberhalb von Dresden, diesseit(s) von dem Flusse... statt unfern des Dorfes, unweit des Berges, oberhalb Dresdens, diesseit(s) des Flusses. Richtig müßte man sagen: Diesseit des Flusses, denn diesseit ist das Verhältniswort, dagegen „diesseits“ ein Umstandswort. Der Unterschied wird jedoch kaum beachtet. Es ist nutzlos, dagegen anzukämpfen.

Außer den genannten Präpositionen gibt es eine Anzahl präpositionell gebrauchter Wörter, die man in gutem Schriftdeutsch unbedingt vermeiden sollte: seitens (von), anlässlich (bei), behufs (zu), hinsichtlich (für oder wegen), bezüglich (über), zwecks (zu, für, über) und das angeklitterte -seits (unsererseits = von uns aus, behördlicherseits = von der Behörde).

Die Verhältniswörter drücken die mannigfaltigsten Beziehungen aus und bereichern und beleben dadurch die Sprache. In geradezu tyrannischer Weise verlangen sie nach einem bestimmten Fall. Daher ist die Beherrschung der Präpositionen ein vorzüglicher Prüfstein sprachlicher Gewandtheit und Sicherheit. Dr. A. B.

OFFENE STELLEN

Einstellung der Arbeitskräfte erfolgt nur über das örtlich zuständige Amt für Arbeit und Sozialfürsorge

Diplom-Volkswirt

zum baldigen Antritt gesucht. Promotion Bedingung. Besoldung erfolgt nach der Verg.-Gruppe I des Tarifvertrages. Aufgabengebiet: Gesundheitsplanung, Medizinalstatistik, Wirtschaftsprüfung des Gesundheitswesens, volkswirtschaftliche Weiterentwicklung der sozialen Medizin, Bearbeitung der ökonomisch - sozialen Verhältnisse für eine fortschrittlich-demokratische Gesundheitspolitik.

Bewerbungen mit Lebenslauf, politische Beurteilung, Zeugnisabschriften erbeten an:

Die Direktoren Prof. Dr. H. Redetzky, Prof. Dr. E. Holstein, Zentralinstitut für Sozial- und Gewerbehygiene, Berlin-Lichtenberg, Nöldnerstraße 42.

Beim Rat der Stadt Halberstadt ist die Stelle eines

Architekten (Stadtplanung)

zu besetzen. Gefordert wird: Abschluß einer Diplom-Prüfung oder gleichwertige Kenntnisse und Erfahrungen im Städtebau und fortschrittliche gesellschaftliche Einstellung. Bezahlung erfolgt nach Gruppe 2 des Tarifvertrages IG VBV. — Bewerbungen mit Lebenslauf werden erbet. an den Rat der Stadt Halberstadt, Personalabteilung.

Das Stadtkrankenhaus Kirchberg/Sa. sucht zum sofortigen Antritt

**erfahrene Operationsschwester
Stationsschwester
Voll-Schwester
Säuglingschwester
med.-techn. Assistentin**

Vergütung erfolgt n. Tarif. Bewerbung mit den üblich. Unterlagen sind an den Rat der Stadt Kirchberg/Sa., Personalamt, zu richten.

Für den Wiederaufbau der Stadt Rostock werden zum sofortigen Dienstantritt gesucht:

- 1 Sachbearbeiter für Rechnungsprüfung**
Verg.-Gr. IV VBV
- 1 Technischen Kaufmann für Materialversorgung**
Verg.-Gr. V VBV
- 9 Bautechniker (Absolventen der Fachrichtung Hochbau) für Planung, Baukontrolle und Abrechnung**
Verg.-Gr. V VBV
- 1 Bautechniker (Absolvent der Fachrichtung Tiefbau)**
Verg.-Gr. V VBV
- 1 Stenotypist**
Verg.-Gr. VIII VBV
- 1 Hilfssachbearbeiter für Rechnungsprüfung**
Verg.-Gr. VIII VBV

Bewerbungen von fortschrittlichen und befähigten Kräften mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind zu richten an: Rat der Stadt Rostock, Personalabteilung.

Wir suchen zum baldmöglichen Antritt

**Sachbearbeiter für Küchen
Sachbearbeiter für Gaststätten
Betriebsabrechner
Bilanzbuchhalter
Revisoren und Revisorinnen
Revisions-Assistenten
Stenotypistinnen**

Fortschrittliche Kräfte wenden ihre Bewerbung mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf an die Personalabteilung des

WISMUT-HANDEL

Anstalt des öffentlichen Rechts, Zentrale Leitung Chemnitz 13, An der Fuchselle 52—54.

Der Rat der Landeshauptstadt Halle sucht einen

Leiter der Abteilung Grünanlagen

Bewerbungen mit Zeugnisabschriften sind an die Personalabteilung beim Rat der Landeshauptstadt Halle zu richten.

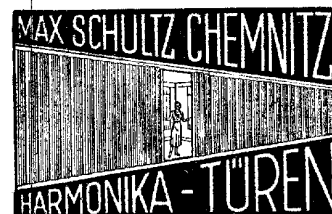
STELLENGESUCHE**Verwaltungsangestellter**

44 Jahre alt, verh., selbständige, zielbewußte und fortschrittlich denkende Arbeitskraft, Verwaltungsprüfung, vertraut mit allen Büroarbeiten der kommunalen Verwaltung, sucht selbständigen Posten als Gemeindegastwirt oder Sachbearbeiter in größerer Landgemeinde, möglichst in Sachsen-Anhalt oder Thüringen. Angebote erb. unt. D A 1059 an den Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin W 8.

Erfahrener

Ziegelmeister

verh., firm in der gesamten Ziegeleibranche, wünscht sich zu verändern. Möglichst selbständige Position. Angebote unter DA 867 an den Verlag DIE WIRTSCHAFT, Berlin W 8, Französische Str. 53/55



Dresdener Straße 66 / Ruf 40323

Demokratischer AUFBAU

BERLIN W 8

①

Französische Straße 53/55

POSTKARTE

An die

Redaktion

BESONDERE WÜNSCHE